·I.C·L·E·I

The International Council for
Local Environmental Initiatives

Stefan Kuhn

Mit Beiträgen von
Carla Vollmer und
Monika Zimmermann

ICLEI
Internationaler Rat für
Kommunale Umweltinitiativen
Europasekretariat Freiburg

Handbuch
Lokale Agenda 21

Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen

Juni 1998
Im Auftrag des
Umweltbundesamtes
im Rahmen des
Umweltforschungsplans
- F+E 29616001 -
des Bundesumweltministeriums

Impressum

Handbuch Lokale Agenda 21
Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen

Dieses Handbuch ist ein Ergebnis des zweijährigen Forschungs- und Entwicklungsvorhabens (F+E 296 16 001) "Umweltwirksamkeit kommunaler Agenda-21-Pläne zur nachhaltigen Entwicklung" und wurde im Rahmen des Umweltforschungsplanes des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellt. Die fachliche Betreuung seitens des Umweltbundesamtes lag bei dem Fachgebiet I 1.2 / Raumbezogene Umweltplanung, Kommunaler Umweltschutz (Wulf Hülsmann).

Die fördernden Institutionen übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten müssen nicht mit denen der fördernden Institutionen übereinstimmen.

Texte und Redaktion:

ICLEI, der Internationale Rat für kommunale Umweltinitiativen
Stefan Kuhn (Projektleiter)
mit Beiträgen von Carla Vollmer und Monika Zimmermann

Gestaltung:

Stefan Kuhn

Herausgeber und Bezug:

Bundesumweltministerium
Postfach 12 06 29
D-53048 Bonn

Tel: 0228 / 305-0
Fax: 0228 / 305-3225

Umweltbundesamt
Postfach 33 00 22
D-14191 Berlin

Tel: 030 / 8903-0
Fax: 030 / 8903-2285

© Juni 1998

Inhalt

Vorwort 7
Zu diesem Handbuch 9

Die Grundlagen:
Initiativen für die Zukunft

Global denken... 13
...lokal handeln 14

1. Zukunftsbeständigkeit 16
Die drei Komponenten: Umwelt, Wirtschaft, Soziales 16
Im Zentrum: Zukunftsbeständiges Wirtschaften 18

2. Der Auftrag von Rio an die Kommunen der Welt 20

3. Lokale Agenda 21 25
Die politische Kultur 26
Das Vorgehen 27
Das Dokument 28

4. Anfangen! 32
Die Initiatoren vor Ort 32
Kommunalverwaltung und Rat
Politische Parteien
Örtliche Interessengruppen
Bildungsträger
Umwelt und Entwicklung: Herstellung eines örtlichen Bezugs 38
Brücken schlagen zwischen Nord und Süd, Ost und West
Neue Qualität von Partnerschaften
Örtliche Anknüpfungspunkte
Wiederfinden eigener Anliegen 42
Der Ratsbeschluß 44

5. Externe Unterstützung 48
Kommunalverbände 48
Bundesebene 49
Landesebene 51

Die Kommunalverwaltung: Zukunftsbeständig verwalten

Die zentrale Rolle spielen 55

6. Integrierte Themenbearbeitung.....56

7. Koordination im "Agenda-Büro".....57
Agenda-Büro innerhalb einer Fachverwaltung
Agenda-Büro als Stabsfunktion bei der Verwaltungsspitze
Agenda-Büro außerhalb der Verwaltung
Agenda-Büro als Mischung aus Verwaltung und Ehrenamtlichen

8. Finanzierung.....61

9. Kommunalverwaltung als beispielgebender Akteur.....64
Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter..... 64
Neue Inhalte
Neue Methoden
Eigener Einflußbereich als gutes Beispiel 66
Beschaffung und Vergabe
Kommunaler Gebäudebestand
Kommunale Betriebe
Kommunaler Fuhrpark
Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung 69
Die Fahrt zur Arbeit
Abfall
Energiesparen

Die politische Kultur: Dialog und Konsensfindung

10. Warum Konsens?.....73
Formen des Dialogs 74
Die Absicht...
...bestimmt die Methode
Beteiligte am Dialog..... 75

11. Öffentlichkeitsarbeit.....77
Printmaterialien
Logos
Pressearbeit
Öffentliche Veranstaltungen
Umfragen, Haushaltsbefragungen, etc.
Internet

12. Dialog mit Akteuren.....82
Strukturen für einen örtlichen Dialog 82
Erweiterte Ratsausschüsse
Bereits vorhandene Foren
Neu gegründete Foren
Thematische und stadtteilbezogene Arbeitsgruppen
Gezielte Zusammenführung von Interessen
Methoden zur Entwicklung gemeinsamer Ziele 93
Moderation
Mediation
Zukunftswerkstatt
Zukunftskonferenz
Planungszelle
Open Space Konferenz

13. Politische Repräsenz des Agenda-Prozesses.....100

Das Vorgehen: Schritte und Strategien

14. Leitbild.....103

15. Analyse der örtlichen Situation.....106
Bestandsaufnahme.....106
Analyse: Was trennt vom Leitbild?.....106
Erhebung bereits bestehender Aktivitäten 107

16. Ziele.....109
Zielkonflikte.....109
Prioritäten.....110

17. Potentiale für die Umsetzung 111
Haushaltsplan 112
Stadtentwicklungsplanung 113
Bauleitplanung 115
Sektorale Entwicklungsplanung 115
Umweltplanung 116
Programme zu weiteren kommunalen Handlungsfeldern 117

18. Maßnahmen: Was zu tun ist 118

19. Erfolgskontrolle 121
Indikatoren als Mittel zur Erfolgsmessung 122
Indikatoren im örtlichen Dialogprozeß 124
Indikatoren für die Zukunftsbeständigkeit einer Kommune 125
Indikatoren für den Erfolg von Maßnahmen 130

Das Dokument: Kommunaler Aktionsplan

20. Der kommunale Aktionsplan 133
Inhalt des Aktionsplans 133
Rolle des Aktionsplans 134
Der systematische Weg
Der strategische Weg
Der aktionsbezogene Weg

21. Das Wirkungspotential des Aktionsplans 137
Umweltwirksamkeitspotential 138
Kriterien für das Umweltwirksamkeitspotential 139
Maß der Ausrichtung auf Zukunftsbeständigkeit
Umsetzungspotential
Durchsetzungspotential

Vorwort zum vorliegenden Nachdruck

Die Konferenz von Rio 1992 hat alle Kommunen der Erde aufgefordert, eigene kommunale Lokale Agenden 21 aufzustellen. Nach anfänglicher Zurückhaltung sind auch in Deutschland zahlreiche Städte und Gemeinden dieser Aufforderung des Kapitels 28 der in Rio verabschiedeten Agenda 21 gefolgt. Auch wenn es verfrüht wäre, von einem Durchbruch einer nachhaltigen Entwicklung zu sprechen, so ist festzustellen, dass dieses Prinzip inzwischen sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich einen deutlich höheren Stellenwert bekommen hat. Vor allem durch ihre Nähe zu gesellschaftlichen Gruppen, Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern haben die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen in den Städten und Gemeinden hierzu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Auch engagieren sich immer mehr Kommunen zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen in internationalen Netzwerken wie der Europäischen Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden, Eurocities und Gesunde-Städte.

Das Handbuch, das erstmals 1998 erschienen ist, beinhaltet Wissen und Erfahrungen zum Thema „Lokale Agenda 21". Durch praxisnahe Erhebungen wird anschaulich vermittelt, was eine Lokale Agenda für eine Kommune bedeutet und welches die anzustrebenden Ziele sind. Die spezielle Rolle der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung einer Kommune werden berücksichtigt. Des weiteren werden Inhalte und Kriterien des eigentlichen Agenda-Planes vermittelt.

Das Handbuch ist nach wie vor aktuell. Wegen des regen Interesses ist jetzt ein Nachdruck erforderlich.

Zu diesem Handbuch

Während im Jahr 6 nach Rio einerseits noch immer darüber räsoniert wird, ob eine *Lokale Agenda 21* für deutsche Kommunen überhaupt etwas Neues darstellt, beschließen andererseits Hunderte von Städten, Gemeinden und Landkreisen die Aufstellung eben einer solchen Lokalen Agenda 21. Nahezu jede wissenschaftliche Disziplin setzt sich in irgendeiner Weise mit Fragen einer zukunftsbeständigen Entwicklung auseinander, zahlreiche Institutionen und Planungsbüros bieten Hilfestellung und Begleitung bei lokalen Agenda-21-Prozessen an und kaum eine Konferenz mit kommunaler Zielgruppe kommt mehr ohne einen Workshop oder zumindest einen Redebeitrag zur Lokalen Agenda aus.

Als der Internationale Rat für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) 1992 im Vorfeld der Rio-Konferenz seinen Entwurf für das 28. Kapitel der Agenda 21 vorlegte und damit den Begriff der *Local Agenda 21* ins Leben rief, konnte er eine derartige Dynamik höchstens erhoffen.

Mitte 1996 beauftragte das Umweltbundesamt ICLEI mit der Durchführung des Forschungsvorhabens *Umweltwirksamkeit kommunaler Agenda-21-Pläne zur nachhaltigen Entwicklung*. Als die 20 am Projekt teilnehmenden Kommunen sowie weitere 7, die dem Projektbeirat angehörten, kurz darauf zu einem ersten Workshop zusammenkamen, trafen sich Pioniere: Menschen, die zwischen dem selbstgefälligen "Das haben wir doch schon immer gemacht!" und dem erschreckten "Das haben wir noch nie gemacht!" ihrer Kolleginnen und Kollegen nach Wegen suchten, wie die Entwicklung ihrer Kommunen auf die Ziele einer zukunftsbeständigen Entwicklung ausgerichtet werden könnte.

Zwei Anliegen waren für alle Teilnehmenden wesentlich: Einerseits sollte - vor dem Hintergrund der bestehenden, bereits heute weit entwickelten kommunalen Praxis - versucht werden, nicht das Rad noch einmal zu erfinden.

UBA-Projekt Umweltwirksamkeit kommunaler Agenda-21-Pläne

Die Teilnehmer

- Berlin-Lichtenberg
- Bocholt
- Bonn
- Dortmund
- Frankfurt
- Germering
- Hagen
- Halle (Saale)
- Hamburg
- Kiel
- Leverkusen
- Lübeck
- Lüneburg
- Neuruppin
- Nordhausen (LK)
- Potsdam
- Regensburg
- Rostock
- Schwabach
- Unterhaching

Der Beirat

- Berlin-Köpenick
- Bremen
- Karlsruhe
- Leipzig
- München
- Nürnberg
- Wuppertal

- Agenda-Transfer NRW
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Bundesverband für Umweltberatung e.V.
- Deutscher Städtetag
- Deutscher Landkreistag
- Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Forum Umwelt & Entwicklung
- Umweltbundesamt
- Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Andererseits sollte deutlich werden, wo nun die neuen Anforderungen an die Kommunen beim Sprung von der Umweltverträglichkeit zur Zukunftsbeständigkeit liegen.

Das *Handbuch Lokale Agenda 21* ist das Ergebnis eines über 2 Jahre geführten Erfahrungsaustausches zwischen den am UBA-Projekt beteiligten Städten, Gemeinden und Landkreisen und des Dialoges mit vielen weiteren kommunalen Verantwortlichen, Wissenschaftlern/innen und privaten Akteuren im In- und Ausland.

Es wendet sich an Kommunalpolitiker/innen aller Parteien, an die Mitarbeiter/innen kommunaler Verwaltungen sowie alle interessierten und engagierten Verbände, Gruppen, Bürgerinnen und Bürger. Das Handbuch ist eine Mischung aus Bestandsaufnahme und Anleitung: Im Unterschied zu den zahlreichen, bereits verfügbaren Leitfäden zur Lokalen Agenda 21 zeigt es, wie die Verknüpfung der neuen Anforderungen einer zukunftsbeständigen Entwicklung mit der bestehenden kommunalpolitischen Praxis aussehen kann. Zahlreiche Beispiele sollen den Facettenreichtum lokaler Agenda-Prozesse widerspiegeln, aber auch zeigen, daß die Kommunen hierzulande auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit - so weit er auch noch sein mag - nicht erst am Anfang stehen.

Für die fruchtbare Zusammenarbeit möchten wir allen am UBA-Projekt Teilnehmenden danken, insbesondere den Mitgliedern des Projektbeirates für die kritische Durchsicht des Handbuch-Entwurfes.

Wir hoffen, daß das *Handbuch Lokale Agenda 21* möglichst vielen Leserinnen und Lesern als Anleitung, Nachschlagewerk oder wertvolle Anregung dient.

Konrad Otto-Zimmermann
Europadirektor

Stefan Kuhn
Projektleiter

Weitere Informationen:

ICLEI
Internationaler Rat für
kommunale Umweltinitiativen

Europasekretariat
Eschholzstr. 86
D-79115 Freiburg

Tel: 0761 / 36892-0
Fax: 0761 / 36260

http://www.iclei.org

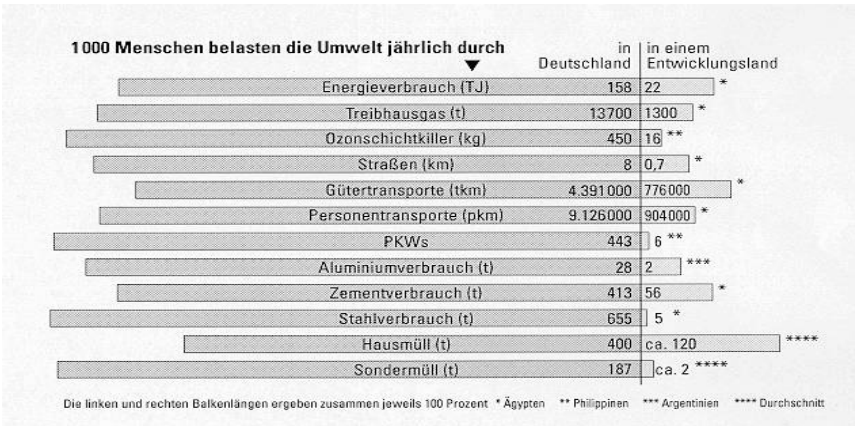
Die Grundlagen:
Initiativen für die Zukunft

Global denken ...

In den reichen Ländern der Erde, darunter Deutschland, leben ungefähr 20 Prozent der Weltbevölkerung. Und sie leben - wenigstens im Durchschnitt - nicht schlecht: 80 Prozent des weltweiten Verbrauchs an Energie und natürlichen Ressourcen gehen ebenso auf ihr Konto wie derselbe Anteil an den weltweiten Emissionen von Abfällen und Schadstoffen, am "prominentesten" von ihnen die CO_2-Emissionen.

Nun legt die Bezeichnung "Entwicklungsländer" bereits die Einsicht nahe, daß auch die übrigen 80 Prozent der Weltbevölkerung mit Recht danach streben, sich zu entwickeln, und sie tun dies in aller Regel nach unserem Vorbild.

Der Zustand der Ökosysteme ist jedoch bereits heute bedenklich: Wirbelstürme, Flutkatastrophen und Dürren selbst in Gebieten, in denen solche Phänomene bislang unbekannt waren, weisen darauf hin, daß wir mit unserer Art, uns zu "entwickeln", an Grenzen stoßen. Schon heute beginnen unsere Lebensgrundlagen wie menschliche Gesundheit und gute Wasser-, Luft- und Bodenqualitäten zu wertvollen, nur mit viel Aufwand zu erhaltenden Gütern zu werden.



Nicht zukunftsbeständig: Tausend Deutsche verbrauchen etwa zehnmal soviel wie tausend Argentinier, Filipinos oder Ägypter.

Es ist klar, daß dem Wunsch, alle Menschen auf der Erde könnten eines Tages an einem Wohlstand teilhaben, der unserem derzeitigen entspricht, die Grenzen der globalen Ökosysteme entgegenstehen: So weit, daß der "Rest der Welt" seinen Ressourcenverbrauch auf unser Niveau erhöht, wird es erst gar nicht kommen. Im Gegenteil: Angesichts einer auch noch rasch wachsenden Weltbevölkerung müssen so schnell wie möglich Wege gefunden werden, Wohlstand und Ressourcenverbrauch voneinander zu entkoppeln. Nur wenn der globale Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß insgesamt reduziert und gerechter verteilt wird, kann ein Zusammenbruch des "Ökosystems Erde" vermieden werden. Die derzeit praktizierte Entwicklung ist auf Dauer nicht aufrechterhaltbar.

Wer muß sich also eigentlich entwickeln?

Offenbar ist es notwendig, hier und heute einen Konsens über eine neue Form zukünftiger Entwicklung anzustreben, die auch als Vorbild für andere Gesellschaften taugt. Eine Entwicklung, die für alle Menschen gleichermaßen eine erstrebenswerte Zukunftsperspektive eröffnet und auf Dauer aufrechterhalten werden kann:

Eine zukunftsbeständige Entwicklung.

... lokal handeln

Die Kommune als der Ort, der den Menschen am nächsten steht, als die politische Ebene, auf der Politik am effizientesten umgesetzt und erlebbar gemacht werden kann, erlebt zur Zeit einen Schub an Wertschätzung, der sich durch zahlreiche Dokumente (und Reden) auf nationaler und internationaler Ebene zieht. Diese Wertschätzung hebt zwar das Ansehen und den Einfluß kommunaler Politiker/innen und ihrer Strategien, sorgt aber auch für mehr Verantwortung und neue Aufgaben, ohne daß allerdings damit ein größerer finanzieller Spielraum der Kommunen verbunden wäre.

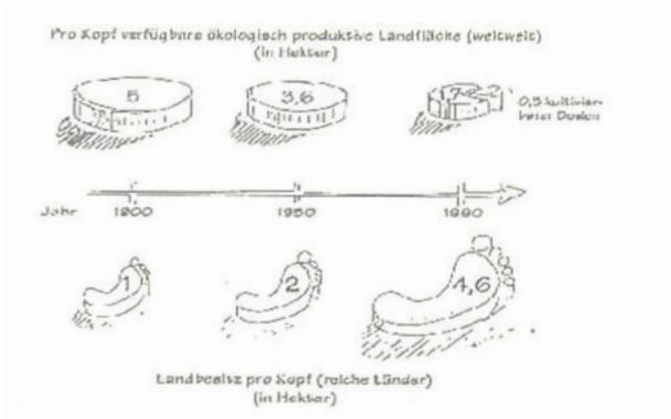
Der wird im Gegenteil immer kleiner: Sinkende Beschäftigung und steigende Zahlen von Bedürftigen sorgen für erhöhte Ausgaben bei gleichzeitigem Nachlassen der Finanzkraft der Kommunen. Die vielzitierte "Schere" bei der Verteilung von Arbeit, Einkommen, Wohlstand und dem, was traditionell als "Lebensqualität" bezeichnet wird, erzeugt soziale Spannungen innerhalb der Kommune. Die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser, die Behandlung von Abwässern und die Entsorgung hoher Abfallmengen wird immer teurer. Steigenden Kosten für die Bereitstellung und Unterhaltung der Infrastruktur für ein ständig wachsendes Verkehrsaufkommen stehen Bemühungen gegenüber, die Luftqualität der Gemeinde zu verbessern.

Darüber hinaus scheinen die politischen Gestaltungsmöglich-keiten im sozialen und Umweltbereich zunehmend einge-schränkt zu werden durch die oft einseitige Bewertung der Kommune als Wirtschaftsstandort, die in

Konkurrenz zu anderen Kommunen um die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen buhlt. Kommunalpolitik kann so zu einem "Flickwerk" werden aus einer Vielzahl kurzfristiger Einzelreaktionen auf eine Vielzahl von Einzelproblemen.

Offenbar ist es notwendig, hier und heute einen Konsens über eine neue Form zukünftiger Entwicklung anzustreben, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Anforderungen miteinander verknüpft und in Einklang bringt. Eine Entwicklung, die für alle Menschen gleichermaßen eine erstrebenswerte Zukunftsperspektive eröffnet und auf Dauer aufrechterhalten werden kann:

Eine zukunftsbeständige Entwicklung.



Wir brauchen heute drei Erdbälle, um sechs Milliarden "ökologischer Fußstapfen" eines Durchschnittskanadiers unterbringen zu können. Vor hundert und selbst vor 40 Jahren wäre unsere Erde noch groß genug gewesen.

Quelle: Wuppertal Institut, Grafik P-314/96

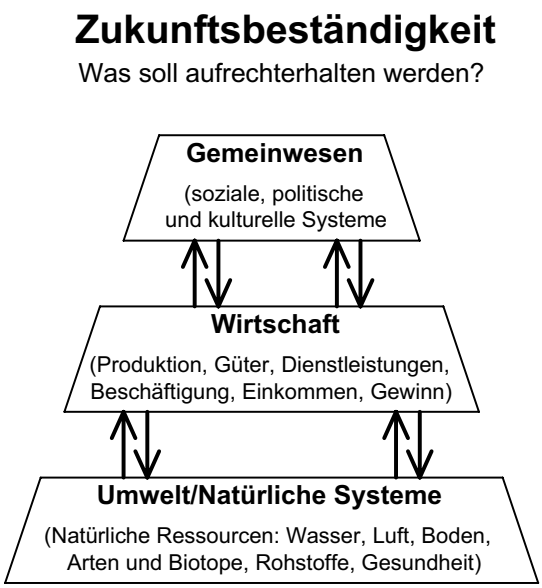
1 Zukunftsbeständigkeit

Die drei Komponenten: Umwelt, Wirtschaft, Soziales

Ist eine zukunftsbeständige Entwicklung wirklich etwas so Neues? Wer auch immer Verantwortung in einer Kommune übernimmt: Würde man nicht für sich in Anspruch nehmen, Entscheidungen in der Absicht zu treffen, dauerhaft tragfähige Strukturen zu schaffen, möglichst hohe Lebensqualität für möglichst viele Menschen auf Dauer zu gewährleisten?

In der Tat sind Kommunalpolitiker/innen im ganzen Land bestrebt, stabile soziale Systeme zu gestalten: Ein Gemeinwesen, in dem Menschen Arbeit und ein behagliches Zuhause haben, in Alter und Krankheit abgesichert sind, am öffentlichen Leben teilhaben können und eine möglichst gesunde Lebensumwelt vorfinden, in dem Benachteiligte integriert und gefördert werden und die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen erforderlichen Güter und Dienstleistungen in ausreichender Menge und Qualität verfügbar sind.

Menschliches Wirtschaften im Zentrum einer zukunftsbeständigen Entwicklung: Was soll aufrechterhalten werden?



ICLEI 1997

In der Regel werden all diese Dinge erwirtschaftet: Nur eine gesunde Wirtschaft ist in der Lage, den Menschen einer Kommune ein Auskommen zu sichern und die Güter und Dienstleistungen bereitzustellen, die für das tägliche Leben erforderlich sind oder es zumindest angenehmer machen. Nur eine gesunde Wirtschaft liefert darüber hinaus die notwendigen Einnahmen für die Kommune, damit diese ihre eigenen, gemeinschaftlichen Aufgaben verantwortlich erfüllen kann.

Jedes menschliche Wirtschaften wiederum ist abhängig von natürlichen Ressourcen: Zusammen mit menschlicher Arbeit läßt sich alles, was wir täglich an Gütern und Dienstleistungen benötigen, auf Rohstoffe aus der natürlichen Umwelt zurückführen: Boden und Bodenschätze, Wasser, Luft und Erdklima, Pflanzen und Tiere in all ihrer Artenfülle.

Wo liegt also der Fehler?

Unsere Wirtschaftsweise ist einerseits immer weniger in der Lage, die sozialen Systeme, so wie wir sie kennen, aufrechtzuerhalten. Die öffentliche Diskussion um Arbeit, Renten, soziale Sicherung und Umverteilung zeigt dies eindrücklich. Bezieht man die Auswirkungen unserer Wirtschaftsweise auf die Lebensbedingungen der Menschen in den Ländern des Südens in diese Betrachtung mit ein, so versagt sie sogar vollends.

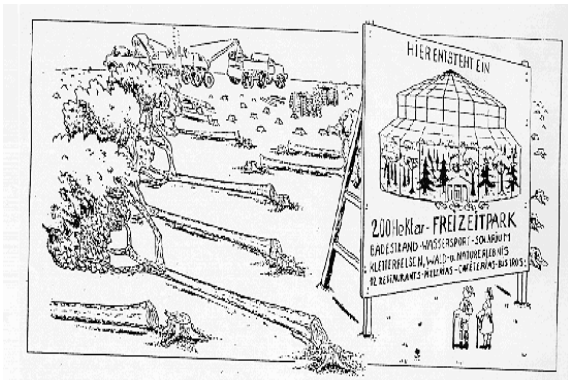
Von der Pyramide zum Haus: Grafische Umsetzung des Zukunftsbeständigkeits-Gedankens

Aus: Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit: Hessen 2010 - Agenda 21 - Global denken, lokal handeln. Wiesbaden 1997.

Andererseits mißachten wir mit unserer Art zu wirtschaften die Nutzungsgrenzen der natürlichen Ressourcen unseres Planeten: Wir verbrauchen mehr, als in derselben Zeit nachwachsen oder neugebildet werden kann, und wir stoßen mehr Abfallstoffe und Emissionen aus, als die Natur - einschließlich der Mensch - in derselben Zeit abbauen oder umwandeln kann. Ganz un-wirtschaftlich leben wir nicht von den "Zinsen", sondern verbrauchen das "Kapital": unsere Lebensgrundlagen.

Ersatz-Umwelt statt Erhaltung von Lebensgrundlagen?

Aus: Alternative KommunalPolitik 5/1997



Sustainability

(engl. = ability to be sustained) bedeutet wörtlich "Aufrechterhaltbarkeit".

Zukunftsbeständige Entwicklung

ist eine Entwicklung,

die ökologische, wirtschaftliche und soziale Grundbedürfnisse aller Bewohner/innen einer Gemeinde befriedigt,

ohne dabei die natürlichen, gebauten und sozialen Systeme zu gefährden, auf denen die Grunddaseinsvorsorge beruht,

und ohne die Chancen für eine zukunftsbeständige Entwicklung in den übrigen Gemeinden der Welt zu beeinträchtigen.

ICLEI 1997

Im Zentrum: Zukunftsbeständiges Wirtschaften

Zukunftsbeständigkeit ist gekennzeichnet durch die wechselseitige Abhängigkeit verschiedener Systeme

- Zukunftsbeständigkeit des Gemeinwesens: Konsens über Grundwerte, gesunde Lebensbedingungen und Verteilungsgerechtigkeit zwischen den derzeit lebenden Menschen weltweit und zwischen den Generationen.
- Zukunftsbeständigkeit des Wirtschaftssystems: Stützung auf menschliche Arbeit und erneuerbare Ressourcen statt auf Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen; Beachtung und Schließung von Kreisläufen, langfristige Rentabilität.
- Ökologische Zukunftsbeständigkeit: Erhaltung der Artenvielfalt, der menschlichen Gesundheit sowie der Sicherung von Luft-, Wasser- und Bodenqualitäten, die ausreichen, um das Leben und das Wohlergehen der Menschen sowie das Tier- und Pflanzenleben für alle Zukunft zu sichern.

ICLEI 1997

Die Verwirklichung einer nachhaltigen, umweltgerechten Lebens- und Wirtschaftsweise eröffnet Gestaltungsspielräume, die im Sinne von mehr Lebensqualität, aber auch zur Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze genutzt werden können.

Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel in einer BMU-Pressemitteilung vom 10. September 1997.

Zukunftsbeständige Entwicklung erfordert also in erster Linie eine Veränderung unseres Wirtschaftens. Die Zukunft der Menschheit wird davon abhängen, ob es gelingt, zu einer Wirtschaftsweise zu gelangen, die sich innerhalb der Nutzungsgrenzen des Naturhaushaltes bewegt und dennoch allen Menschen ein lebenswertes Dasein ermöglicht.

Diese Herausforderung richtet sich allerdings durchaus nicht an die wirtschaftenden Unternehmen und Betriebe allein: Jeder Mensch wirtschaftet. Ob im Privathaushalt, im Industrie-, Gewerbe- oder Dienstleistungsbetrieb, ob in der Kommunalverwaltung, im Kirchengemeinderat oder im Sportverein: Überall werden täglich wirtschaftliche Entscheidungen getroffen, die - zusammengenommen - über die Zukunft der Menschheit entscheiden!

5 Management-Regeln zukunftsbeständigen Wirtschaftens

1 Die Nutzung erneuerbarer Naturgüter (z.B. Wälder oder Fischbestände, Frischwasser) darf auf Dauer nicht größer sein als ihre Neubildungsrate (Regenerationsrate). Andernfalls steht diese Ressource zukünftigen Generationen nicht (ausreichend) zur Verfügung.

2 Nicht-erneuerbare Naturgüter (z.B. fossile Energieträger, Fläche) dürfen nicht schneller verbraucht werden, als sie durch dauerhafte, erneuerbare Ressourcen ersetzt werden können. Andernfalls gingen nicht nur die Ressourcen selbst, sondern auch deren Funktionen zukünftigen Generationen verloren.

3 Das Zeitmaß anthropogener Eingriffe in die Umwelt muß in einem ausgewogenen Verhältnis zu der Zeit stehen, die die Umwelt zur selbst stabilisierenden Reaktion benötigt. Die Freisetzung von Stoffen und Energie (z.B. Abfälle, Chemikalien oder andere Emissionen) darf auf Dauer nicht größer sein als die Anpassungsfähigkeit der natürlichen Umwelt, also die Fähigkeit von Luft, Wasser und Boden, diese Schadstoffe zu binden und abzubauen. Andernfalls werden Naturgüter und/oder die menschliche Gesundheit geschädigt.

4 Ein Siedlungsraum (Stadt, Land) soll seine Probleme grundsätzlich nicht in die weitere Umgebung oder in die Zukunft "exportieren". Alle Probleme und Ungleichgewichte sollen zunächst vor Ort ausgeglichen werden und erst, wenn dies nicht möglich ist, auf nächst höherer Ebene aufgefangen bzw. ausgeglichen werden. Konkret: Das Exportieren von Abfall, das Herantransportieren von Frischwasser aus fernen Gegenden, das Ablagern von Atommüll oder das Importieren von Futtermitteln aus Ländern der Dritten Welt widerspricht diesem Prinzip.

5 Gefahren und unvertretbare Risiken für den Menschen und die Umwelt durch anthopogene Einwirkungen sind zu vermeiden.

Quellen: Charta von Aalborg 1994, BMU 1997, UBA 1997.

Literatur

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU): Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Bericht der Bundesregierung anläßlich der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1997 in New York. Bonn, Februar 1997.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Misereor (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland, Basel 1996.
- Charta der Europäischen Städte und Gemeinde auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (Charta von Aalborg), Aalborg/Dänemark 1994.
- Donella H. Meadows et al.: Beyond the Limits. Vermont 1992.
- Umweltbundesamt (UBA): Nachhaltiges Deutschland - Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. Berlin 1997.
- Mathis Wackernagel und William Rees: Unser ökologischer Fußabdruck - Wie der Mensch Einfluß auf die Umwelt nimmt. Basel/Boston/Berlin 1997.

2 Der Auftrag von Rio an die Kommunen der Welt

Logo der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro 1992

Zum ersten Mal in der Geschichte haben sich auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro über 170 Staats- und Regierungschefs/innen gemeinsam auf ein neues Leitbild für die weltweite Entwicklung verpflichtet: Mit der "Agenda 21" verabschiedeten sie ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, das Wege hin zu einer zukunftsbeständigen Entwicklung skizziert und seither eine Beachtung gefunden hat, wie sie bis dahin kein internationales Dokument je erfuhr. Für die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Agenda 21.

Logo der Habitat II-Konferenz in Istanbul 1996

Eine weitere Premiere ist, daß in der Agenda 21 erstmals die Kommunen als wichtige Akteure bei der Gestaltung der weltweiten Entwicklung anerkannt und benannt werden. Dies bildete den Startpunkt für eine internationale Beachtung und Heraushebung der kommunalen Politikebene, die sich beispielsweise in der Darstellung vorbildlicher kommunaler Konzepte und Maßnahmen, sogenannter "best practices" auf der Zweiten Weltsiedlungskonferenz der Vereinten Nationen (Habitat II) in Istanbul, 4 Jahre nach Rio, niederschlug.

Wo liegen die Gründe für diese Bedeutung?

Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen das tägliche Leben stattfindet. Hier wird gewirtschaftet, gebaut, geheizt, gegessen, hier finden menschliche Begegnungen statt, man fährt los oder kommt an, hier fallen politische Entscheidungen, die uns unmittelbar betreffen. Städte und Gemeinden entscheiden über die Nutzung ihrer Flächen, die Versorgung der Menschen mit Energie, Trinkwasser und Wohnraum, die kulturelle Vielfalt, die Bereitstellung und Betrei-

bung von Infrastruktureinrichtungen für den öffentlichen und individuellen Verkehr, die Behandlung von Abfällen und Abwässern und vieles mehr. Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen Menschen sich an der Gestaltung ihrer Lebensumgebung direkt beteiligen können. Und: Hier werden durch den täglichen Konsum von Lebensmitteln und Waren und durch den Verbrauch von Energie und Rohstoffen die Lebensbedingungen von Menschen in anderen Ländern und Regionen - bewußt oder unbewußt - "mitgestaltet".

Im Kapitel 28 der Agenda 21 werden deshalb alle Kommunen der Erde aufgefordert, ihre eigene, jeweils den besonderen Bedingungen vor Ort angepaßte Agenda 21 aufzustellen:

Eine Lokale Agenda 21.

Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele. Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungs-ablauf, entscheiden über die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung.

Agenda 21, Kapitel 28.1.

Lokale Agenda 21 weltweit

In allen Erdteilen haben Kommunen den Apell von Rio aufgegriffen und begonnen, lokale Agenden zu erstellen. Nie zuvor in der Geschichte hat eine Idee dazu geführt, daß an so vielen Orten gleichzeitig Menschen versuchen, ein gemeinsames Ziel zu erreichen.

Die einzige weltweite Übersicht über die Zahl der kommunalen Agenda-Prozesse stammt von Ende 1996. Sie wurde von ICLEI gemeinsam mit dem Department for Policy Coordination and Sustainable Development der Vereinten Nationen als Vorbereitung der UN-Sondersitzung "5 Jahre nach Rio" im Juni 1997 zusammengestellt.

- Über 1800 Kommunen und Metropolen in 64 Ländern waren zu diesem Zeitpunkt dabei, sich eine Lokale Agenda 21 zu erarbeiten, eine deutliche Mehrzahl davon in Europa.
- Offensichtlich ist, daß in solchen Ländern, in denen koordinierte Aktivitäten auf Nationalebene stattfinden, Kommunen deutlich schneller und in größerer Zahl aktiv werden.
- Rund die Hälfte der dokumentierten Agenda-Bemühungen beinhalten einen konsultativen Prozeß mit den Bürgern/innen, über 500 Kommunen haben Agenda-Foren eingerichtet.
- Die inhaltlichen Schwerpunkte der örtlichen Agenda-Prozesse sind vielfältig und ortsangepaßt. Die starke Hervorhebung von Umweltaspekten ist eine Eigenart der reichen Länder. Demokratie vor Ort, Bürger/innen als Mitwirkende an Entscheidungen, Entwicklungsstrategien und Armutsbekämpfung sind die wichtigsten Agenda-Fragen der armen Länder.

Bis 1996 soll sich die Mehrheit der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozeß unterzogen haben und einen Konsens hinsichtlich einer "kommunalen Agenda 21" für die Gemeinschaft erzielt haben.

Agenda 21, Kapitel 28.2.

Mit jedem Monat beginnen neue Kommunen mit der Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 und suchen dabei die Zusammenarbeit mit anderen - oft jenseits der Landesgrenzen. Häufig ist Hilfe und Motivation von außen/oben erforderlich: In Afrika und Lateinamerika wurden Kampagnen zur Lokalen Agenda 21 gestartet, um den Städten den Einstieg zu erleichtern. Die philippinische Regierung beispielsweise motiviert Kommunen, durch ihre lokalen Agenden zur nationalen Agenda beizutragen, in Kolumbien fördert die Regierung lokale Agenda-Aktivitäten durch Projekte.

Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine "kommunale Agenda 21" beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Konsultationsprozeß würde das Bewußtsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft. Außerdem würden kommunalpolitische Programme, Leitlinien, Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verwirklichung der Ziele der Agenda 21 auf der Grundlage der verabschiedeten kommunalen Programme bewertet und modifiziert.

Agenda 21, Kapitel 28.3.

Lokale Agenda 21 in Europa

Unterschiedlich rasch und intensiv wurde die Botschaft von Rio in den europäischen Ländern aufgenommen. Sehr früh reagierten britische und skandinavische Kommunen und begannen örtliche Prozesse zur Aufstellung lokaler Agenden. Unterstützung und Anleitung fanden sie dabei bei ihren Kommunalverbänden, teilweise auch bei ihren nationalen Regierungen. Wenn Großbritannien heute als besonders vorbildlich gilt, liegt das auch daran, daß sich dort die kommunale Umweltpolitik wesentlich durch den Agenda-Impuls entwickelt hat und als erste den Begriff der Lokalen Agenda 21 in Europa aufgriff.

Starke Unterstützung finden holländische Kommunen in ihrer nationalen Agenda-Diskussion. Einige österreichische Städte arbeiten an einer kommunalen Agenda, in Schweizer Kommunen und Bundesstellen hat ebenfalls eine Diskussion darüber begonnen. Auch in Südeuropa nehmen die kommunalen Agenda-Initiativen rasch zu, in Griechenland ist es wiederum der Kommunalverband, der seine Mitglieder mittels nationaler Modellprojekte zum Mitmachen anregt, in Italien hat die Nationalregierung 1998 per Gesetz beschlossen, die Kommunen bei der Lokalen Agenda 21 finanziell zu unterstützen. Auch in Osteuropa sind einzelne Kommunen aktiv, allerdings unter sehr viel schwereren Bedingungen als im Westen.

Startpunkt für viele europäische Kommunen stellt die Unterzeichnung der *Charta von Aalborg* dar. Bis April 1998 hatten damit über 370 Städte, Gemeinden und Kreise die inhaltlichen Ziele der Zukunftsbeständigkeit anerkannt und sich selbst zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 verpflichtet.

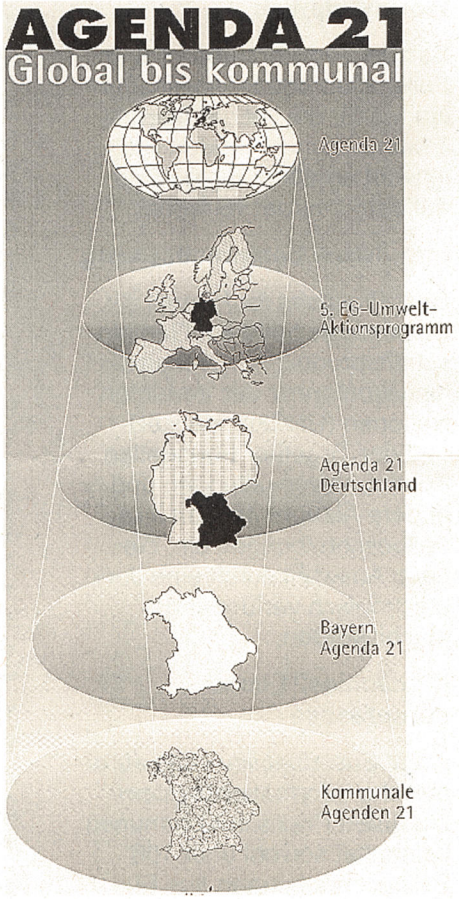
Seit 1996 wird jährlich ein europäischer Preis an besonders engagierte Kommunen vergeben, 1997 befand sich unter den 5 Preisträgern als erste deutsche Stadt Heidelberg.

Lokale Agenda 21 in Deutschland

Das Deutsche Institut für Urbanistik führte zusammen mit dem Deutschen Städtetag unter dessen 277 Mitgliedsstädten 1997 eine Umfrage zur Lokalen Agenda 21 durch. Die Ergebnisse dieser Umfrage waren:

- 1997 betrachteten 113 von den 157 antwortenden Städten die Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 als ihre Aufgabe. Bei 57 Städten lag ein politischer Beschluß zur Umsetzung der Lokalen Agenda vor, weitere 56 Städte befanden sich in der Vorbereitungsphase.
- 59 Städte hatten zu diesem Zeitpunkt gesonderte Stellen bzw. Zuständigkeiten für die Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 eingerichtet. Erst 30 Städte hatten auch zusätzliche Finanzmittel dafür zur Verfügung gestellt.
- Umweltämter sowie Stadtplanungsämter beteiligten sich an verwaltungsinternen Kooperationsgremien zur Lokalen Agenda 21. Die Ämter für Wirtschaftsförderung waren zu diesem Zeitpunkt auch aktiv. Die Sozialämter hatten sich bislang wenig an dem Prozeß beteiligt.
- An der Spitze der behandelten Themen lagen Klimaschutz und Energie, Verkehr und Öffentlichkeitsarbeit.
- Als größte Hemmnisse für die Einführung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 nannten die Städte fehlende Finanzmittel oder fehlendes Personal zur Durchführung.

Jedoch nicht nur in den Städten, sondern auch in den Gemeinden und Landkreisen gewinnt die Lokale Agenda 21 rasant an Bedeutung. Das Europasekretariat des Internationalen Rates für Kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) geht nach eigenen Schätzungen im Frühjahr 1998 für Deutschland von insgesamt mindestens 400-500 Kommunen aus, in denen explizit Aktivitäten zur Lokalen Agenda 21 in Gang sind.



Die Umsetzung der Agenda 21 von Rio muß auf allen politischen Ebenen stattfinden

Aus: Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen: Umwelt & Entwicklung in Bayern, München 1997.

Literatur

- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über menschliche Siedlungen im Juni 1996 in Istanbul. Abschlußdokumente. HABITAT II. Bonn 1997.
- Deutsches Institut für Urbanistik: Deutsche Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21. Berlin 1997.
- European Commission DG XI: The Lisbon Conference Report. Second European Conference on Sustainable Cities & Towns. Lisbon 6-8 October 1996. Brüssel 1997.
- Gilbert, R., Stevenson, D., Girardet, H. & R. Stren: Making Cities Work. The Role of Local Authorities in the Urban Environment. London 1996.
- International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI): Local Agenda Survey: A Study of Responses by Local Authorities and their National and International Associations to Agenda 21. Toronto 1997.

Fallstudien auf dem WorldWideWeb

Seit der Rio-Konferenz haben Fallstudien und Beispielsammlungen für die Lokale Agenda 21 einen zunehmenden Stellenwert erhalten. Einige sind auf dem Internet verfügbar:

http://www.bestpractices.org

Best Practices for Human Settlements heißt ein Gemeinschaftsprodukt der Weltsiedlungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCHS Habitat) und der Together Foundation. Kommunalverwaltungen und andere Akteure senden ihre Fallbeschreibungen ein, die nach Auswahl durch eine Jury elektronisch verfügbar gemacht werden.

http://cities21.com/europractice

Local Sustainability - das europäische Informationssystem zur guten Praxis in Kommunen beinhaltet sowohl über 100 Fallbeschreibungen aus Europa als auch Dokumente und erläuternde Texte. Das System ist in Deutsch, Englisch und Französisch nutzbar.

http://www.eaue.de/winuwd/default.htm

Die "Database on Good Practice in Urban Environment" der Europäischen Akademie für Städtische Umwelt in Berlin bietet Fallstudien in englischer Sprache.

In 40 Kapiteln nennt die Agenda 21 die wichtigsten Umwelt- und Entwicklungsprobleme des 21. Jahrhunderts. Eine Lokale Agenda 21 soll diese auf örtlicher Ebene beschreiben und Lösungswege aufzeigen.

Was steht in der Agenda 21 von Rio? - Die 40 Kapitel

1 Präambel

Teil 1: Soziales und Wirtschaft

2 Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern
3 Armutsbekämpfung
4 Veränderung der Konsumgewohnheiten
5 Bevölkerungsdynamik
6 Menschliche Gesundheit
7 Nachhaltige Siedlungsentwicklung
8 Integration von Umwelt- und Entwicklungszielen in die Entscheidungsfindung

Teil 2: Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen

9 Schutz der Erdatmosphäre
10 Bodenressourcen
11 Entwaldung
12 Wüstenbildung und Dürren
13 Berggebiete
14 Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
15 Biologische Vielfalt
16 Biotechnologie
17 Ozeane und Meere
18 Süßwasserressourcen
19 Toxische Chemikalien
20 Gefährliche Abfälle
21 Feste Abfälle
22 Radioaktive Abfälle

Teil 3: Rolle wichtiger Gruppen

23 Präambel
24 Frauen
25 Kinder und Jugendliche
26 Eingeborene Bevölkerungsgruppen
27 Nichtstaatliche Organisationen
28 Kommunen
29 Arbeitnehmer und Gewerkschaften
30 Privatwirtschaft
31 Wissenschaft und Technik
32 Bauern

Teil 4: Möglichkeiten der Umsetzung

33 Finanzierung
34 Technologietransfer
35 Wissenschaft
36 Schulbildung, Bewußtseinsbildung und berufliche Aus- und Fortbildung
37 Stärkung personeller und institutioneller Kapazitäten in den Entwicklungsländern
38 Institutionelle Rahmenbedingungen
39 Rechtsinstrumente und -mechanismen
40 Information

Lokale Agenda 21

3

Eine Lokale Agenda 21 ist das langfristige Aktionsprogramm einer Kommune für eine zukunftsbeständige Entwicklung vor Ort.

Sie ist damit nicht einfach ein Plan, wie deutsche Kommunen bereits viele aus der täglichen Praxis kennen. Sie ist aber auch nicht eine neue bürgerschaftliche Basisbewegung, wie viele Bürgergruppen es sich vielleicht wünschen. Sie ist ein Aktionsprogramm, also ein Bündel von Maßnahmen und Projekten vieler Akteure, die ausgewählt und in einem Dokument festgehalten werden, um ein ganz bestimmtes Ziel - die Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde - zu erreichen.

Um ein solches Aktionsprogramm durchzuführen, bedarf es einer bestimmten politischen Kultur: Die verschiedenen Akteure einer Gemeinde suchen einen Konsens über Wege der zukünftigen Entwicklung vor Ort und setzen diesen Konsens nach und nach in die Tat um. Auf diesem Weg - dem lokalen Agenda-Prozeß - stellt die Zusammenfassung des Aktionsprogrammes in einem Aktionsplan eine entscheidende Etappe dar.

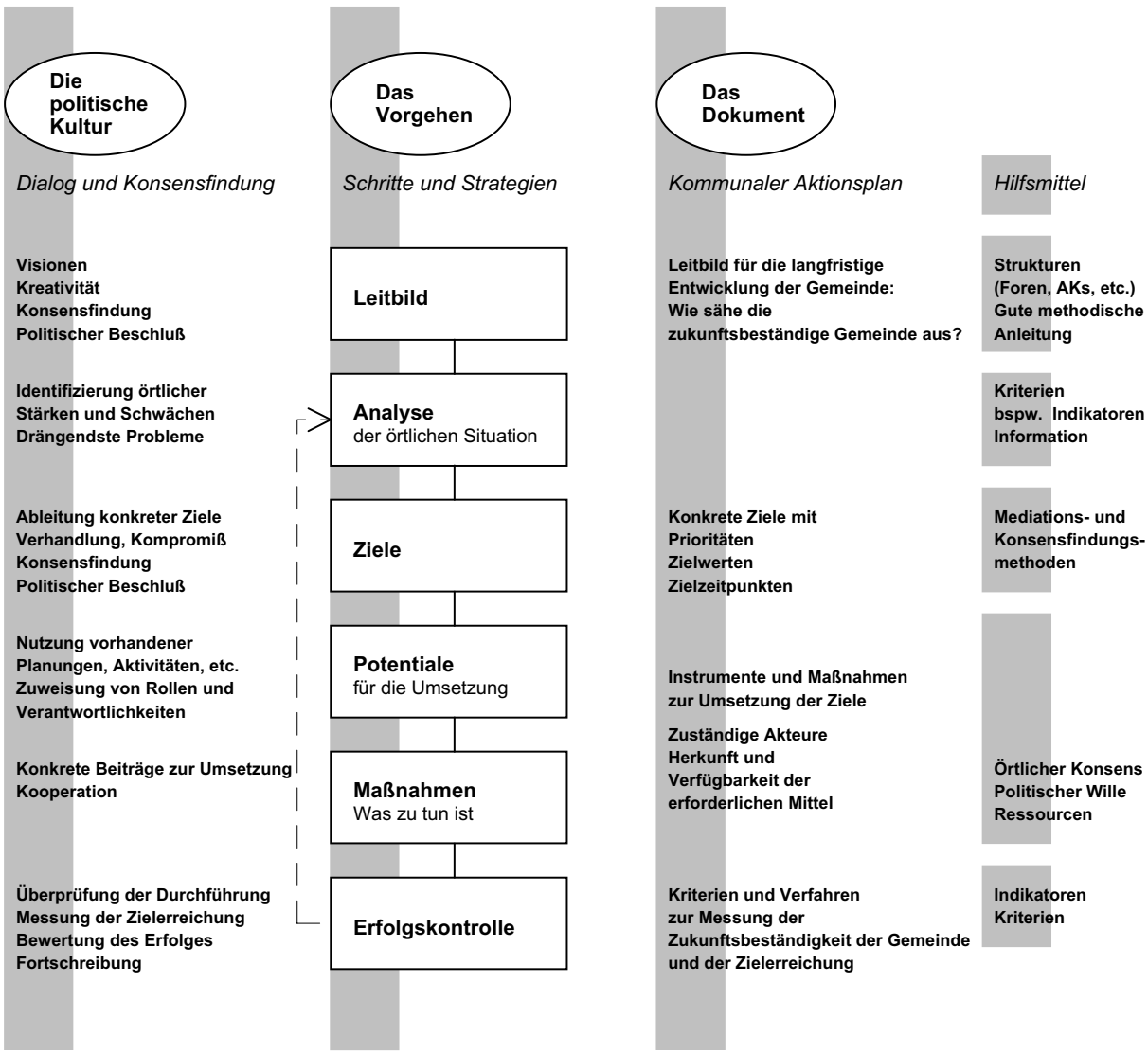
Nicht der Weg ist das Ziel, sondern Weg und Ziel müssen immer wieder aufeinander abgestimmt werden. Dafür ist eine klare, nachvollziehbare Vorgehensweise in handhabbaren Schritten erforderlich, die dennoch flexibel genug ist, sich auf die zahlreichen Unwägbarkeiten auf dem Weg zu einer zukunftsbeständigen Gemeinde einzustellen.

Die politische Kultur

Eine zukunftsbeständige Entwicklung läßt sich nicht per Gesetz oder Programm von oben verordnen. Zuviel hängt von einzelnen Menschen ab, von den Entscheidungen, die täglich von Privatpersonen oder Funktionsträgern/innen getroffen werden. Die Aufstellung des kommunalen Aktionsprogramms für eine zukunftsbeständige Gemeinde muß daher getragen werden von einem möglichst breiten Konsens über die Richtigkeit der eingeschlagenen Zielrichtung. Ein solcher örtlicher Konsens kann nur herbeigeführt werden durch eine Kultur des Dialoges zwischen Kommunalverwaltung, Bürgerinnen und Bürgern, örtlichen Interessengruppen und ortsansässiger Wirtschaft, den lokalen Agenda-Prozeß.

Komponenten einer Lokalen Agenda 21

ICLEI 1998



Zu viele gutgemeinte, ehrgeizige Programme sind bereits in der Vergangenheit daran gescheitert, daß die zu ihrer Umsetzung wesentlichen Akteure nicht an ihrer Formulierung beteiligt waren und sich in der Folge auch nicht mit den Inhalten identifizierten. Die Integration wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Entwicklung vor Ort wird nicht gelingen, solange wirtschaftliche, ökologische und soziale Interessen einander unversöhnlich gegenüberstehen.

Die Einbindung der Menschen mit ihren verschiedenen Funktionen und Interessen in die örtliche Entscheidungsfindung stellt außerdem an sich bereits ein Element zukunftsbeständiger Entwicklung dar. Ein Gemeinwesen, in dem sich die Bevölkerung aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft beteiligt, wird eher zu dauerhaften Lösungen für die anstehenden Probleme gelangen. Gerade weit in die Zukunft reichende Verabredungen wie die Lokale Agenda 21 können nur wirksam werden, wenn möglichst breite Bevölkerungskreise an ihrer Formulierung beteiligt waren.

Dieser örtliche Dialog sollte auch an der Gemeindegrenze nicht haltmachen: Kaum eine Kommune, die nicht durch Pendler- oder Warenströme, infrastrukturelle Einrichtungen oder gemeinsame Ver- oder Entsorgungsstrategien mit ihren Nachbargemeinden vernetzt ist. In diesen Bereichen lassen sich auch im Rahmen einer Lokalen Agenda 21 vernünftige, zukunftsbeständige Entscheidungen nur in Absprache mit anderen Kommunen herbeiführen.

Das Vorgehen

Die einzigartige Chance, durch eine Lokale Agenda 21 langfristig aufrechterhaltbare Grundsatzentscheidungen für die kommunale Entwicklung zu treffen, besteht vor allem darin, daß Probleme in all ihren Dimensionen angegangen und Konkurrenzen zwischen sich gegenseitig behindernden Interessen abgebaut werden können. Dies birgt freilich die Gefahr, daß die Lokale Agenda mit einer Komplexität überfrachtet wird, die sie letztendlich ungreifbar und unüberschaubar werden läßt: Welcher Aspekt wurde noch nicht berücksichtigt? Welcher Teil der Bevölkerung noch nicht einbezogen?

Eine klar verabredete Vorgehensweise hilft, immer wieder zu sehen, an welcher Stelle des örtlichen Agenda-Prozesses man sich gerade befindet:

- Aufeinander aufbauende Schritte sorgen für klar voneinander abgrenzbare Abschnitte, die in ihrer Aufgabenstellung und ihrem Zeithorizont überschaubar bleiben.
- Vollzogene Schritte können als erreichte Etappenziele erste Erfolge sichtbar machen und für das weitere Vorgehen motivierend wirken.
- Örtliche Prioritäten sollten möglichst früh im Prozeß sichtbar werden und eine Konzentration auf das Wesentliche ermöglichen.
- Die Motivation einer größeren Anzahl von Menschen zur aktiven Mitarbeit läßt sich nur begrenzt lange aufrechterhalten. Innerhalb dieser Zeitspanne muß der lokale Agenda-21-Prozeß an den Punkt gelangen, wo er unumkehrbar ist.

Während der Dialogprozeß zwischen den örtlichen Akteuren inhaltlich eine größtmögliche Offenheit erfordert, sollte er organisatorisch klar umgrenzt und für alle Beteiligten nachvollziehbar, aber verbindlich gestaltet werden. Nur so kann verhindert werden, daß lokale Agenda-Prozesse sich im Nichts unendlicher Diskussionen verlaufen und zur Spielwiese für Selbstdarsteller/innen und Indivi-dualisten/innen werden, während "draußen" die Tagesgeschäfte weiter erledigt werden.

Das Dokument

Inhalt jeder Lokalen Agenda ist die Übertragung der Agenda 21 von Rio auf die jeweils spezifischen Gegebenheiten vor Ort. Üblicherweise werden derartige Gestaltungsabsichten (wie die Agenda 21 selbst ja auch) in Form von Beschlüssen und Plänen schriftlich festgehalten. Im Ergebnis wird eine Lokale Agenda 21 also ein Dokument sein, ein kommunaler Aktionsplan für die Entwicklung der Kommune in Richtung Zukunftsbeständigkeit.
Also doch ein Plan?

Angesichts des sehr differenzierten Planungsinstrumentariums, das deutschen Kommunen bereits heute zur Verfügung steht, ist die Forderung, mit der Lokalen Agenda 21 ein zusätzliches kommunales Planwerk zu etablieren, Ressourcenverschwendung - und damit per se nicht zukunftsbeständig. Es wird vielmehr darauf ankommen, kommunale Planungen und Programme aus allen Bereichen (von der kommunalen Entwicklungs- und Bauleitplanung über die Wirtschaftsförderung und soziale Programme bis hin zur Haushaltsplanung) auf das Leitbild der Zukunftsbeständigkeit (neu) auszurichten und aufeinander abzustimmen.

Die Lokale Agenda 21 ist also ein Rahmendokument, in dem den bereits etablierten Planungen und Instrumenten Rollen auf dem Weg zur zukunftsbeständigen Kommune zugewiesen und die Beiträge der verschiedenen örtlichen Akteure zusammengeführt werden.

Auf dem richtigen Weg?

Ob es sich bei einem kommunalen Aktionsprogramm um eine Lokale Agenda 21 handelt oder nicht, ist daran zu erkennen, ob ihm einige Prinzipien erkennbar zugrunde liegen:

Integration, von Themen und Interessen:

- Örtliche Phänomene werden in ihren gegenseitigen Wechselwirkungen betrachtet - wirtschaftliche Aspekte mit ökologischen und sozialen Aspekten verknüpft.
- Im Dialog werden die verschiedenen örtlichen Interessen aufeinander abgestimmt - traditionelle Konkurrenzen werden abgebaut und stattdessen Synergien gesucht.

Weitblick, zeitlich und räumlich:

- Zeitlicher Weitblick ist Ausdruck von Verantwortung für nachfolgende Generationen und wird sichtbar an der Langfristigkeit des Programms - langfristige Auswirkungen heute gestellter "Weichen" werden explizit sichtbar.
- Räumlicher Weitblick ist Ausdruck von Verantwortung für die weltweiten Lebensbedingungen von Menschen - es werden Wege benannt, wie der globalen Ungleichverteilung von Verbrauch und Wohlstand lokal begegnet wird.

Nachhaltigkeit:

- Der örtliche Verbrauch an Ressourcen orientiert sich an den Managementregeln zukunftsbeständigen Wirtschaftens (vgl. Kap. 1).

Kann eine Kommune die Welt verändern?

Ihre volle Wirkung zeigt eine Lokale Agenda 21 erst im Zusammenspiel mit all den anderen Lokalen Agenden weltweit. Dort, wo ein Aktionsprogramm für eine zukunftsbeständige Gemeinde formuliert wird, wird eine Kommune immer auch Teil einer die ganze Erde umspannenden, "multi-lokalen" Aktion. Die Überzeugung, daß die Kommunen der Welt gemeinsam wirklich meßbare Veränderungen der globalen Situation erreichen können, macht einen wichtigen Teil des Charakters der Lokalen Agenda 21 aus und unterscheidet sie von allen bisher dagewesenen kommunalen Programmen.

Einstiegsliteratur zur Lokalen Agenda 21

- Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte im Bereich der Migration und der Entwicklungszusammenarbeit gGmbH (AGEF): Arbeitsblätter Lokale Agenda 21. Berlin 1997.

- Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen [Hg.]: Die umweltbewußte Gemeinde. Leitfaden für eine nachhaltige Kommunalentwicklung. Band I - Handlungskonzepte. Band II - Maßnahmenbeschreibungen. Nördlingen 1996.

- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung: Nachhaltige Stadtentwicklung. Herausforderungen an einen ressoucenschonenden und umweltverträglichen Städtebau. Städtebaulicher Bericht. Bonn 1997.

- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Lokale Agenda 21. A: Stand und Perspektiven der Umsetzung von Kapitel 28 in Deutschland. B: Übersicht über internationale Programme und Strategien. Schriftenreihe “Forschung”, Heft-Nr. 499. Bonn 1996 (deutsche überarbeitete Fassung des European Local Agenda 21 Planning Guide von ICLEI).

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit / Umweltbundesamt: Wegweiser "Lokale Agenda 21" - Literatur, Ansprechpartner - Bonn 1997.

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit / Umweltbundesamt: Handbuch Lokale Agenda 21 - Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen. Bonn 1998.

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) & MISEREOR: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel 1996.

- Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (Charta von Aalborg). Verabschiedet auf der Europäischen Konferenz Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden (24.-27. Mai 1994 in Aalborg).

- Deutscher Städtetag: Städte für eine umweltgerechte Entwicklung. Materialien für eine “Lokale Agenda 21”. DST-Beiträge zur Stadtentwicklung und zum Umweltschutz. Reihe E, Heft 24. Köln 1995.

- EXPO 2000 Hannover GmbH & Niedersächsischer Städtetag: Lokale Agenda: Kommunen aktiv für die Zukunft. Hannover 1997.

- Forum Umwelt & Entwicklung: Arbeitsmappe Lokale Agenda 21. Bonn 1998.
- Heimvolkshochschule Stephansstift: Agenda 21. Europäische Erwachsenenbildung. Verpflichtung für eine gemeinsame Umwelt. Hannover 1997.
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit: Hessen 2010 - Lokale Agenda 21. Wiesbaden 1997.
- ICLEI / IDRC & UNEP: The Local Agenda 21 Planning Guide - An Introduction to Sustainable Development Planning. Toronto 1996.
- ICLEI, Kuhn, S., Suchy, G. & M. Zimmermann (Hg.): Lokale Agenda 21 in Deutschland - Kommunale Strategien für eine zukunftsfähige Entwicklung. Heidelberg 1998.
- Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt (Hg,): Leitfaden zur Lokalen Agenda 21 in Sachsen-Anhalt. Magdeburg 1998.
- Umweltforum Bayern (Hg.): Der Weg zu einer Kommunalen Agenda 21. München 1998.
- Wackernagel, M. & W. Rees: Unser ökologischer Fußabdruck. Wie der Mensch Einfluß auf die Umwelt nimmt. Basel/Boston/Berlin 1997.

Regelmäßige Veröffentlichungen

- Agenda-Transfer/Clearing House for Applied Futures, Bonn: Stadtgespräche. Nachrichten zur Lokalen Agenda 21 in Deutschland.
- Europäische Kampagne Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden: Nachrichten. Brüssel.
- Evangelische Akademie Bad Boll, Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg: Dorfgespräch. Infodienst zur Lokalen Agenda 21.
- Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit: Merkblätter-Reihe, Zweimonatiger Informationsdienst. Bonn.

4 Anfangen!

Der Beginn eines lokalen Agenda-21-Prozesses ist bereits eine spannende Angelegenheit: Wer ergreift die Initiative? Welcher thematische Aufhänger ist besonders geeignet? Wen kann man auf welchen Wegen am besten erreichen? Schon der Start an sich stellt einen Prozeß dar, in dem eine Auftaktveranstaltung oder ein Ratsbeschluß sowohl das Ergebnis längerer Vorarbeiten als auch Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten darstellen können.

Oft finden sich vor allem innerhalb größerer Gemeinden mehrere Initiativen, mit zum Teil ganz unterschiedlicher Motivation, die "Keimzellen" eines lokalen Agenda-Prozesses werden können. Dies gelingt leichter, wenn sich solche Initiativen früh querschließen und ihre Aktivitäten bündeln. Der/die Initiator/in muß dabei nicht unbedingt auch längerfristig der/die Träger/in des Agenda-Prozesses sein, im Gegenteil: Gerade in der Startphase hängt viel vom Engagement einzelner Personen ab, die sich jedoch nach und nach entbehrlich machen sollten, damit die Lokale Agenda 21 eine möglichst breite Basis bekommt.

Mit dieser Verbreiterung der Basis wächst in der Regel auch die organisatorische und politische Bedeutung des Themas vor Ort. Die perfekte Lösung steht nie bereits am Anfang: Ein lokaler Agenda-Prozeß muß Kreise ziehen.

Die Initiatoren vor Ort

Kommunalverwaltung und Rat

Die Aufgabe, eine Lokale Agenda 21 zu initiieren, richtet sich - nach der Agenda 21 von Rio - an die "local authority", d.h. die verfaßten kommunalen Organe Rat und Verwaltung. Von hier aus soll der örtliche Dialog in Gang gesetzt werden.

Das Umweltdezernat als Initiator

Die Verwaltung gab in der Stadt Karlsruhe den Anstoß zum lokalen Agenda-21-Prozeß. Im Mai 1995 teilte der Umweltdezernent dem Gemeinderat mit, daß die Verwaltung in den Konsultationsprozeß zur Erstellung einer Lokalen Agenda 21 eingestiegen sei. Der Gemeinderat nahm dies zustimmend zur Kenntnis.

Die Kommunalverwaltung kann bereits bestehenden Initiativen aus der örtlichen Bevölkerung ihre Partnerschaft anbieten oder sich selbst auf die Suche nach geeigneten Verbündeten machen. In jedem Fall muß sie einige Vorbereitungen treffen, um selbst überhaupt Partnerin in einem lokalen Agenda-Prozeß sein zu können.

Ein erster Schritt hierbei ist die Auswahl und Benennung eines/r Ansprechpartners/in. Diese/r Ansprechpartner/in muß sowohl für Fragen der zukunftsbeständigen Entwicklung kompetent als auch motiviert sein und benötigt politische Rückendeckung. Mit der Ansiedlung des/r Ansprechpartners/in innerhalb der Verwaltung - beispielsweise im Planungs-, Umwelt- oder Kulturamt - wird bereits beeinflußt, mit welchen Themen die Lokale Agenda 21 vorwiegend in Verbindung gebracht werden wird.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit als Ausgangspunkt

1994 wurde die Koordinationsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) im Amt für Kultur und Museen der Stadt Osnabrück eingerichtet, um somit dem langjährig gewachsenen, bürgerschaftlichen und entwicklungspolitischen Engagement Rechnung zu tragen und um die Entwicklungszusammenarbeit auf kommunaler Ebene stärker zu verankern. Von diesem Büro aus wurde nachfolgend die Lokale Agenda 21 Osnabrück initiiert.

Politische Parteien

Parteien beziehen ihr Profil üblicherweise in erheblichem Maße aus der Abgrenzung eigener Positionen gegenüber denen anderer Parteien. Dies bedeutet, daß die Forderung nach einer örtlichen Konsensfindung über Wege der zukünftigen Kommunalentwicklung gerade für sie eine besondere Herausforderung darstellt. Politische Entscheidungen, deren Umsetzung in vielen Bereichen gleichzeitig und über einen längeren Zeitraum hinweg erfolgen soll, sind erfahrungsgemäß wirkungslos, wenn sie mit knapper Stimmenmehrheit getroffen wurden. Dies beginnt im Falle der Lokalen Agenda be-reits mit dem Ratsbeschluß zu deren Erarbeitung.

Zu einem möglichst interfraktionell getragenen Antrag zur Durchführung eines lokalen Agenda-Prozesses mit dem Ziel eines langfristigen Aktionsprogramms für die zukunftsbeständige Entwicklung der Kommune zu gelangen, stellt den ersten wichtigen Handlungsschritt von politischer Seite aus dar.

Stadtentwicklungsplanung als Träger

Als in Rostock die Erstellung eines Stadtentwicklungsprogrammes in Angriff genommen wurde, sollte dieses zugleich die Basis für eine Lokale Agenda 21 für die Stadt Rostock werden. Die Abteilung für Stadtentwicklung im Amt für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung, die die Erarbeitung eines Vorentwurfes für den "Kurs Rostock 2010" betreute, wurde deshalb 1995 zur Agenda-Ansprechpartnerin der Rostocker Stadtverwaltung.

Eine solche interfraktionelle Absichtserklärung mag in manchen Gemeinden nicht realisierbar erscheinen. Möglicherweise hilft die Überlegung, daß mit dem Beschluß zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 ja zunächst einfach die Verabredung getroffen wird, in einen ergebnisoffenen Dialogprozeß mit der Bevölkerung einzutreten, um gemeinsam zu gangbaren Wegen für die zukünftige Entwicklung vor Ort zu gelangen - im Prinzip die Grundaufgabe jeder politischen Partei! Wird bereits in diesem frühen Stadium, beispielsweise durch einseitige Betonung ökologischer Aspekte, der Begriff "Lokale Agenda 21" mit einer bestimmten politischen Richtung identifiziert, wird die jeweils andere Richtung automatisch in die Abwehrposition gedrängt und eine Konsensfindung immer unrealisti-scher.

Allerdings spielen kommunalpolitische Organisationen und parteinahe Stiftungen bei der Verbreitung von Informationen, der politischen Rückendeckung und der Fortbildung eine wichtige Rolle. Ihnen wird besonderes Vertrauen entgegengebracht, beispielsweise bei der Entscheidung, Zukunftsbeständigkeit vor Ort zum Thema zu machen. Ortsgruppen können das inzwischen von fast allen Parteien vorhandene Material nutzen, um ihre Politiker/innen zu überzeugen.

Literatur

- Bundesverband Bündnis90/Die Grünen (Hg.): Alternative KommunalPolitik 2/1996, Schwerpunktthema "Agenda 21". Bielefeld 1996.
- Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Politische Studien 356, Schwerpunktthema "Agenda 21". München 1997.
- Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Bundes-SGK) (Hg.): Hinweise für eine Lokale Agenda 21 (Reihe "Argumente"). Bonn 1997.
- Henning Walcha, Klaus Hermanns (Hg.): Tagesordnung mit Zukunft - Die Lokale Agenda 21 - Konrad-Adenauer-Stiftung, Arbeitspapier. Sankt Augustin 1997.

Örtliche Interessengruppen

Verbände und Interessengruppen haben in der deutschen Kommunalpolitik bereits seit langem eine starke Rolle. Dies wird gerade für die Bemühungen um eine zukunftsbeständige Entwicklung durch die Agenda 21 von Rio unterstützt und für alle Länder gefordert: "Nichtstaatliche Organisationen" sollen in ihrer Rolle als Partnerinnen für eine zukunftsbeständige Entwicklung gestärkt werden.

Ökumenisches Forum in Berlin-Köpenick

Der Anstoß zur Lokalen Agenda 21 kam in dem Bezirk Berlin-Köpenick von Seiten der Kirchen. Anregungen aus den "Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" sowie aus der Agenda 21 lösten einen gemeinsamen Diskussionsprozeß von Kirchengemeinden, Kommunalverwaltung und Öffentlichkeit über nachhaltige Entwicklung aus.

Die Arbeit von Verbänden und anderen Interessengruppen auf kommunaler Ebene ist in der Regel jedoch geprägt von Auseinandersetzungen mit Vertretern/innen anderer Interessen, und diese sind nicht selten Teil der Kommunalverwaltung.

Eine-Welt-Forum Münster

Die Initiative zur Lokalen Agenda 21 Münster ergriffen mehrere Eine- und Dritte-Welt-Gruppen, die sich 1993 zum Eine Welt Forum zusammenschlossen. Dem Bürgerantrag, in einen Dialog mit dem Forum zu treten, stimmte die Stadt erst nach anfänglichem Zögern im September 1994 zu. Nach drei Jahren wurde im August 1997 das Forum "Zukunftsfähiges Münster" gegründet, an welchem die Stadt, die Industrie- und Handelskammer, die Universität, das Umweltforum, der Ausländerbeirat, die Kirchen und weitere Akteure teilnehmen. Die Münsteraner Stadtverwaltung hat ihrerseits den Agenda-Impuls mittlerweile intensiv aufgegriffen.

Möchte eine solche Gruppe nun vor Ort einen Agenda-Prozeß starten, empfiehlt es sich, zunächst nach Partnern/innen in möglichst verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu suchen. Solche Bereiche stellen neben dem Umweltschutz beispielsweise die Nord-Süd-Zusammenarbeit, die Wirtschaft, Bildungseinrichtungen wie Universitäten oder Volkshochschulen oder Kirchen dar. Zahlreiche weitere sind je nach örtlicher Gegebenheit denkbar. Dabei sind vor allem solche Partner/innen besonders wichtig, die andere Kreise als die eigene Klientel ansprechen können. Unter Umständen ermöglicht erst die "richtige" Partnerschaft eine Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung. Diese Zusammenarbeit mit der Verwaltung wiederum ist wichtig, damit der lokale Agenda-Prozeß Eingang findet in die tägliche Kommunalpolitik und nicht zu einer unbedeutenden "Spielwiese" neben der Tagespolitik wird.

Forum Kommunale Außenpolitik Freiburg

1993 gründeten 20 aktive Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsinitiativen das Forum Kommunale Außenpolitik Freiburg und starteten eine "Kampagne für eine Lokale Agenda 21 in Freiburg". Erst als im Herbst 1997 die Verwaltungsspitze der Stadt Freiburg nach langer Vorarbeit seitens des Forums in den Agenda-Prozeß miteinstieg und zusammen mit dem Forum Kommunale Außenpolitik und zahlrei-chen weiteren Akteuren und Initiativen das Freiburger Forum 21 bildete, kam ein stadtweiter Agenda-Prozeß in Gang.

Ulmer Initiativkreis nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

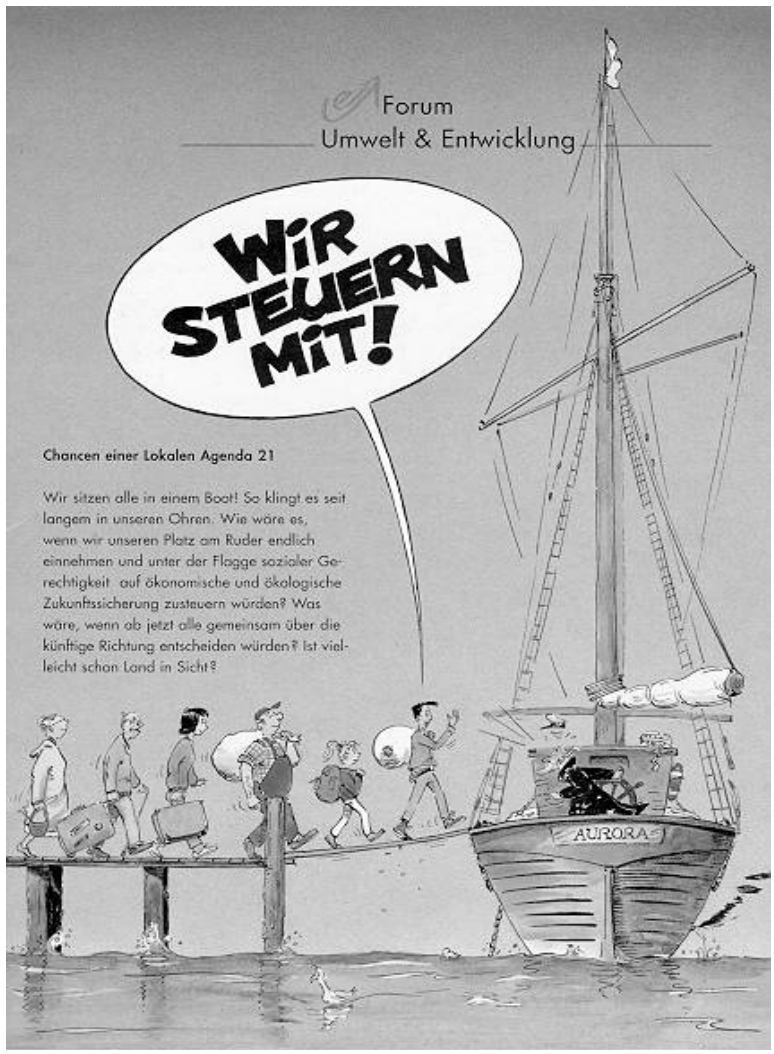
Eine Vorreiterrolle nimmt der Ulmer Initiativkreis nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ein, wenn es um die Einbindung der regionalen Wirtschaft in die Nachhaltigkeitsdiskussion geht. Die 1993 gegründete Initiative besteht inzwischen aus 120 Mitgliedern aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. An "mediationsbasierten" Runden Tischen arbeiten 15 bis 20 Entscheidungsträger/innen in regelmäßigen Sitzungen Konsenspositionen aus. Die Anbindung an den durch die Stadtverwaltung koordinierten lokalen Agenda-21-Prozeß gestaltete sich jedoch zunächst schwierig.

Auch an die örtlichen

FLAIR 21 für Reutlingen

Die Initiativgruppe Forum Lokale Agenda In Reutlingen (FLAIR 21) wurde im Januar 1997 vom Ökumenischen Arbeitskreis und vom Bund für Umwelt und Naturschutz gebildet. Inzwischen unterstützen weitere Verbände und einige Gemeinderäte und Gemeinderätinnen aus verschiedenen Parteien FLAIR 21. Mit ihnen zusammen soll der lokale Agenda-21-Prozeß in Reutlingen vorangetrieben werden.

Verbände und Interessengruppen stellt sich damit die Forderung nach Dialogbereitschaft. Lediglich die eigenen, womöglich jahrelang überhörten Interessen mit Berufung auf die Rio-Konferenz nun endlich durchsetzen zu wollen, ist nicht Sinn einer Lokalen Agenda 21 und schadet ihr eher.



Nicht nur in einem Boot sitzen, sondern mitsteuern!

Aus: Forum Umwelt & Entwicklung: Wir steuern mit! Comic zur Lokalen Agenda 21. Bonn o.J.

Literatur

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Berlin e.V. (Hg.): Agenda 21 - Auf dem Weg in ein neues Jahrtausend... . Berlin 1997.
- Forum Umwelt & Entwicklung (Hg.): Lokale Agenda 21. Ein Leitfaden. Bonn 1996.
- Forum Umwelt & Entwicklung (Hg.): Wir steuern mit! Comic zur Lokalen Agenda 21. Bonn o.J.

Bildungsträger

Volkshochschulen, Universitäten, Fachhochschulen und andere Bildungseinrichtungen stellen ein wertvolles örtliches Potential für die Unterstützung eines lokalen Agenda-Prozesses gerade in seiner Anfangsphase dar. Mit ihrem Angebot an Fortbildungen, öffentlichen Vortragsveranstaltungen und Schwerpunktthemen können sie dazu beitragen, die Lokale Agenda 21 und Themen einer zukunftsbeständigen Entwicklung einer breiteren Öffentlichkeit nahezubringen. Außerdem verbessern sie durch die Vermittlung von Informationen und Fachwissen die Voraussetzungen für eine Beteiligung breiterer Bevölkerungsgruppen an der örtlichen Diskussion.

Schulen sind Orte, an denen Kinder und Jugendliche sich täglich treffen, einen guten Teil ihrer Zeit verbringen und auf das Leben in der Gesellschaft vorbereitet werden sollen. Auch hier kann durch eine entsprechende Auswahl der Lerninhalte das Interesse für die verschiedenen Aspekte der Zukunftsbeständigkeit geweckt, integriertes Denken geübt und so die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Lokalen Agenda 21 unterstützt werden.

Der Auftakt fand in der Volkshochschule statt

Im Oktober 1997 war es in Kaufbeuren soweit: Die Stadt lud zusammen mit der Volkshochschule zu der Auftaktveranstaltung “Lokale Agenda 21 - Chancen und Grenzen” ein. Der Diskussionsprozeß mit den Bürgern und Bürgerinnen sollte ein halbes Jahr nach dem Beschluß des Gemeinderates zur Lokalen Agenda 21 endlich beginnen.

Es fing in der Volkshochschule München an

Die Initiative zur Lokalen Agenda 21 in München ging von der Volkshochschule aus. Dort stießen drei Referenten zufällig auf das Thema “Agenda 21”. Dieses Themenfeld knüpfte an den bereits seit den 70er Jahren gelegten Schwerpunkt “Bewußtseinsbildung im umwelt-, entwicklungs- und stadtplanerischen Bereich” an. Im April 1994 fand das erste Treffen mit Initiativen und Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Entwicklungspolitik und Bürgerbeteiligung, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien sowie engagierte Einzelpersonen zu Möglichkeiten für eine Lokale Agenda 21 München statt. Aus diesem ersten Treffen heraus formte sich ein Kreis, der bis heute das Rückgrat des Agenda-Prozesses außerhalb der Stadtverwaltung bildet.

Agenda 21 an Schulen

Ein Kreis von Pädagogen/innen gründeten 1997 in Kirchzarten bei Freiburg das Netzwerk für Team-Entwicklung und Weiterbildung (N.E.W. e.V.) und entwickelten ein Konzept zur Umsetzung der Agenda 21 an Schulen. Kernpunkt des Konzeptes ist der/die “zukunftsfähige Bürger/in”. Durch die Aufstellung von “Schul-Agenden” sollen Schulen zu Modellorten zukunftsfähigen Handelns werden und die Jugendlichen zur Beteiligung an der Lokalen Agenda 21 motiviert werden.

Literatur

Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit: Ratgeber bei der Umsetzung der Lokalen Agenda - Aufgaben der Bildungsträger. ZKE-Publikation Nr.2. Bonn 1997.

Umwelt und Entwicklung: Herstellung eines örtlichen Bezugs

Ein lokaler Agenda-Prozeß kann Antworten auf die drängenden Fragen, die die Menschen vor Ort beschäftigen, liefern. Wird dies in solcher Weise glaubhaft vermittelt, wird die Motivation zur Mitarbeit bei allen örtlichen Akteuren steigen. In Zeiten hoher Arbeits-losigkeit hingegen das Engagement von Bürgern/innen für Streuobstwiesen zu erwarten, ist wenig erfolgversprechend.

Wenn der größte Arbeitgeber dicht macht...

Eine grundsätzliche Diskussion über die Entwicklungschancen der ländlichen Gemeinde Dörverden wurde ausgelöst, als die Bundeswehr, einer der größten Arbeitgeber vor Ort, beschloß, ihre Truppenstärke zu reduzieren. Angesichts drohender Arbeitsplatzverluste wurden die möglichen Entwicklungspotentiale der Gemeinde zusammen mit der Bevölkerung diskutiert. Zunächst noch ohne einen erklärten Bezug auf die Agenda 21 trugen rund 120 Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen zur Gemeindeentwicklung bei. Gemeinsam mit der Verwaltung wurde ein Leitbild mit sieben Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung Dörverdens erarbeitet.

Welche Themen besonders geeignet sind, das Interesse der örtlichen Bevölkerung zur Mitarbeit an einer Lokalen Agenda 21 zu wecken, hängt weniger vom Thema selbst als von der Art der Aufbereitung und der Herstellung eines Bezugs zur jeweiligen Situation vor Ort ab. Wenngleich konkrete örtliche Krisensituationen wahrscheinlich am ehesten dazu motivieren, sich mit der Zukunftsbeständigkeit der Gemeindeent-wicklung auseinanderzusetzen: Die Agenda 21 von Rio rückt mit ihrem Hauptanliegen, der Verknüpfung von Umwelt und Entwicklung, die kommunale Entwicklung in einen globalen Zusammenhang.

Brücken schlagen zwischen Nord und Süd, Ost und West

Räumlicher Weitblick fordert mehr als Entwicklungshilfe im traditionellen Sinne:

- Die Wirkungen von hier und heute gefällten Entscheidungen auf Menschen und soziale Systeme an anderen Orten müssen offengelegt werden.
- Das Tun und Lassen am einen Ort muß so gestaltet werden, daß keine negativen Wirkungen am anderen Ort verursacht werden.
- Verteilungsgerechtigkeit, soziale Gleichheit, Mitwirkung aller Menschen an Entscheidungsprozessen und Armutsbekämpfung werden zu den wichtigsten Zielen.

Aufgrund der neuen Forderung von Rio, Umwelt und Entwicklung miteinander zu verknüpfen, ist vielen kommunalen Agenda-Prozessen der Brückenschlag zum "anderen Thema" und zum "anderen Teil der Welt" ein besonderes Anliegen. Sowohl in Deutschland als auch in nordeuropäischen Ländern sind es nicht selten Nord-Süd-Initiativen, von denen wesentliche Impulse ausgehen. Entwicklungspolitisches Handeln auf lokaler Ebene ist Ziel vieler kommunaler Agenda-Aktivitäten.

Die Verantwortung von Kommunalpolitik und -verwaltung gilt nach klassischer Sicht den Menschen in der Gemeinde, sie muß sich *ihren* Bürgern/innen und Wählern/innen stellen, nicht solchen in der Ferne. Trotzdem ist die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein Feld mit Tradition in Deutschland, entstanden und hauptsächlich gepflegt durch Städtepartnerschaften. Organisatorisch verankert ist kommunale Außenpolitik in der Regel nicht, was die Einbeziehung in Agenda-Prozesse oft erschwert.

Neue Qualität von Partnerschaften

Im Rahmen lokaler Agenda-Prozesse gelangen Städtepartnerschaften zu einer neuen, wachsenden Bedeutung:

- Vorhandene Partnerschaften mit Gemeinden im Norden und Westen werden zum Erfahrungsaustausch oder gar zum gemeinsamen Vorgehen bei der Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 genutzt.
- Gemeinden im Süden und Osten werden bilateral oder sogar im Rahmen mehrpoliger Partnerschaften in Agenda-Prozesse einbezogen, nicht selten auch bei ihrer eigenen Lokalen Agenda unterstützt.
- Kontakte zwischen Kommunen, die sich bisher eher auf den Austausch von Folkloregruppen reduziert hatten, werden mit neuen Inhalten gefüllt und wiederbelebt.
- Neue und direkt auf die Agenda bezogene Partnerschaften entstehen.

Rückendeckung durch den Bundestag

29. Juni 1994: *Der Deutsche Bundestag begrüßt die wachsenden Aktivitäten kommunaler Gebietskörperschaften und Nichtregierungsorganisationen der Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit, die der Förderung globaler Verantwortung auf lokaler Ebene dienen. (...) Dem kommunalen Nord-Süd-Engagement (...) kommt sowohl in der Förderung der Bewußtseinsbildung als auch im Bereich konkreter lokal verwurzelter Projektaktivitäten und Partnerschaftsprogramme eine außerordentliche Bedeutung zu.*

Symposium der Stadt Hannover und seiner Partnerstädte zur Lokalen Agenda

Im Rahmen des 50jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft Hannover, Bristol, Perpignan und Leipzig fand im Mai 1997 ein Symposium zur Lokalen Agenda 21 statt. Nationale und internationale Aktivitäten zur Agenda 21 sowie Aktivitäten aus den Partnerstädten wurden vorgestellt. Auf einem “Markt der Möglichkeiten” wurden Beiträge zur Lokalen Agenda ausgestellt.

Gemeinsame Erklärung

In einem international finanzierten und von IULA, Towns and Development und ICLEI durchgeführten Projekt haben sich 1997 10 Städte aus Europa und Nordamerika gemeinsam mit Partnergemeinden in Afrika und Lateinamerika verpflichtet, eine gemeinsame *Lokale-Agenda-Charta* zu entwickeln. Aus Deutschland beteiligt sichBerlin-Köpenick mit Cajamarca/Peru sowie Bremen mit Windhoek/Namibia. Ziel ist ein gegenseitiges Verständnis, konkrete Hilfe, auch in der Ausbildung kommunaler Experten/innen sowie das Anstoßen konkreter Projekte vor Ort in Nord und Süd.

Gemeinsame Weiterbildung

Die Carl Duisberg Gesellschaft führt aus Mitteln des BMZ Stipendienprogramme durch, bei denen junge Kommunalmitarbeiter/innen aus Lateinamerika, Afrika und Asien ein Jahr lang in Deutschland ausgebildet werden. Seit 1997 steht auch die Lokale Agenda 21 auf dem Lehrplan. Zahlreiche Städte, darunter Bremen, Berlin und Stuttgart beteiligen sich 1998 mit Praktikumsplätzen für ihre Kommunalkollegen/innen aus dem Süden.

Vorbeuge gegen Fremdenfeindlichkeit

Osnabrück blickt auf eine bereits über 20jährige Geschichte aktiver Ausländerintegration zurück. Eine Investition in die eigene Zukunft: Bisher blieb die Stadt von Anschlägen und fremdenfeindlichen Aktivitäten weitgehend verschont. Sie kann ihre Ressourcen für vorsorgende Zusammenarbeit einsetzen statt für nachträgliches Konfliktmanagement.

Urlaub von der ecological correctness?

Rund um das Mittelmeer wird die Zukunft von Dörfern und Städten häufig mehr von den Tourismuszentralen Nordeuropas beeinflußt als von den Bürgern/innen vor Ort. Wo und unter welchen Bedingungen investiert wird, hängt maßgeblich vom Reisefieber des Nordens ab. Welche Landstriche als Folge von Tourismusstrukturen, die Natur und Menschen ausbeuten, zerstört und verelendet zurückgelassen werden, wird nicht selten im Norden entschieden. Sind Touristen/innen bereit, am Urlaubsort genauso für Abfallvermeidung, Wasserschonung und Naturschutz einzustehen und zu bezahlen wie vor der eigenen Haustür?

Örtliche Anknüpfungspunkte

- Die Verbesserung der Lebenssituation von Ausländern/innen vor Ort:
  Hier kann gezeigt werden, wie nah scheinbar fremde Themen schon sind. Mitstreiter/innen aus ihren Reihen können gewonnen werden, und schließlich dient ein friedliches Zusammenleben der Zukunftsbeständigkeit am eigenen Ort.
- Erlebnisse und Erfahrungen der Stadtbürger/innen in anderen Ländern:
  Seien es Entwicklungshelfer/innen, Dienstreisende oder Touristen/innen - sie alle können ein Bild zusammentragen, welches auch Auskunft über die Wirkungen hier getroffener Entscheidungen in anderen Teilen der Welt gibt.
- Tourismus
  ist einer der Hauptfaktoren, warum und auf welche Weise Bürger der Stadt auf fremde Menschen und Gebiete einwirken. Kampagnen beispielsweise gegen Sextourismus können gleichermaßen ein Beitrag zur Zukunftsbeständigkeit ferner Regionen wie zum umwelt- und sozialgerechten Reisen sein.
- Handelsbeziehungen:
  Private und Öffentliche Hand beeinflussen durch ihre täglichen Kaufentscheidungen die Produktions- und Lebensbedingungen in anderen Ländern. Daraus lassen sich unzählige Aktionsmöglichkeiten für Agenda-Prozesse ableiten.

Fair trinken

In zahlreichen Kommunen wird über die öffentliche Beschaffung nur noch fair gehandelter Kaffee und Tee eingekauft. "Fair Trade" steht für Produkte aus Betrieben, in denen zwar für den Weltmarkt produziert, aber gleichzeitig soziale Mindeststandards für die Angestellten garantiert werden. Nicht selten sind damit auch ökologische Verbesserungen für die Anbauregion und das Produkt verbunden.

Literatur

- Charta von Berlin und Aktionsprogramm. Abschlußerklärung der Internationalen Nord-Süd-Konferenz "Kommunale Initiativen für eine zukunftsbeständige Entwicklung" vom 14.-17. Oktober 1992 in Berlin.
- Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.): Werkheft "Den Armen Gerechtigkeit - Zukunftsfähige Gemeinde". Stuttgart 1996.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Kommunale Nord-Süd-Zusammenarbeit, Hintergründe, Tips für die Praxis, Beispiele. Bonn 1994.
- Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik e.V. (Hg.): epd-Entwicklungspolitik: Materialien III/96, Nord-Süd - eine Zukunft, eine gemeinsame Aufgabe für Städte und Kommunen. Frankfurt 1996.
- Sichtwechsel - Kommunen zwischen lokalen Anforderungen und weltweiten Problemen, Dokumentation der Fachtagung im November 1994, = Difu-Materialien 7/95.
- Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit: Merkblätter-Reihe, Zweimonatiger Informationsdienst. Bonn.

Zukunftsbeständige Produkte und Betriebe

Der Unternehmer, die Unternehmerin:

Mein Beitrag zur Lokalen Agenda an meinem Standort ist ein Öko-Audit. Das hilft mir, die Betriebsabläufe so effizient wie möglich zu gestalten und Einsparmöglichkeiten zu entdecken. Das spart zunächst ganz konkret Kosten für Rohstoffe, Energie und Entsorgung. Die Einbeziehung aller meiner Mitarbeiter/innen sorgt außerdem für mehr Gemeinschaftsgefühl und Identifikation mit der Firma: Jede/r kann zur Optimierung des Betriebes beitragen. Durch größere Zufriedenheit und gesündere Arbeitsbedingungen gibt es weniger Krankheits-Ausfälle. Das garantiert einen zuverlässigen Betriebsablauf und erleichtert Kalkulationen.

Dasselbe gilt natürlich auch für die Zulieferbetriebe: Was zu einem akzeptablen Preis aus der Nähe zu beziehen ist, hat immer Vorrang. Das schafft viel mehr Sicherheit bei den Lieferzeiten, für die Lagerhaltung und die Berücksichtigung spezieller Wünsche. Und wenn ein Zulieferbetrieb selbst ein Öko-Audit durchgeführt hat, schafft das zusätzliche Gewähr dafür, daß ich am Ende ein wirklich gutes Produkt anbieten kann - lückenlos!

Das Zertifikat erlaubt es mir, meine Firma als "Öko-Betrieb" zu vermarkten. Das wird bei dem steigenden Umweltbewußtsein der Abnehmer/innen und Verbraucher/innen immer wichtiger. Allerdings wäre es noch attraktiver, wenn sich bei Händlern/innen und Verbrauchern/innen ein noch stärkeres Bewußtsein für Qualität und Haltbarkeit bei Produkten durchsetzen würde. Und wenn die Öko-Steuer kommt: Für mich kein Problem! Dann bin ich umso konkurrenzfähiger!

Wiederfinden eigener Anliegen

In einer Lokalen Agenda 21 sollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Fragen gemeinsam und in ihren gegenseitigen Wechselbedingungen erörtert werden. Wie kann man jedoch erreichen, daß nicht nur ökologisch motivierte, sondern auch in sozialen und wirtschaftlichen Fragen kompetente Entscheidungsträger/innen sich am Dialog beteiligen? Einer der gebräuchlichsten Fehler, der dabei vor allem lokalen Agenda-Engagierten aus dem Umweltbereich immer wieder passiert, ist, daß von Vertretern/innen aus dem Wirtschafts- und Sozialbereich verlangt wird, sich für ökologische Ziele zu engagieren. Dies mag "unter dem Strich" sicherlich auch wichtig sein:

Es muß den Beteiligten an einem lokalen Agenda-Prozeß jedoch möglich sein, ihre eigenen Ziele wiederzufinden und diese durch den Dialog mit anderen um neue Aspekte zu erweitern.

Zukunftsbeständige örtliche Wirtschaft

Die Wirtschaftsfördererin,
der Wirtschaftsförderer:

Was meine Stadt braucht, ist eine zukunftsbeständige Wirtschaftsstruktur. Das bedeutet, daß wir nicht einen großen Arbeitgeber brauchen, sondern viele kleine und mitt-lere. Gerät eine Branche einmal in die Krise, trifft es dann nie gleich die gesamte städtische Wirtschaft. Deutschlands wichtigster Rohstoff ist die Bildung seiner Arbeitskräfte. Also arbeite ich eng mit den Bildungsträgern zusammen, damit meine Stadt ein attraktives Angebot an ausgebildeten Arbeitskräften hat. Zweitens bedeutet das, daß wir Städte in zunehmendem Maße um Betriebe mit hohem Ausbildungsniveau konkurrieren - und damit mit hohen Ansprüchen der Mitarbeiter/innen an den Standort. Deshalb bieten wir Start- und Absatzhilfen für neue, innovative Firmen, auch wenn dies zunächst einmal ein gewisses Maß an Unsicherheit bedeutet. "Dinosaurier" und "Dreckschleudern" können wir uns hier nicht leisten - schon vom Image nicht, aber auch wegen ihrer Auswirkungen auf die Lebensqualität vor Ort. Wer seinen Betrieb nach ökologi-schen und sozialen Krierien optimiert, hat von meiner Stadt umfassende Unterstützung sicher.

Zukunftsbeständiges soziales Leben vor Ort

Der Sozialamtsleiter,
die Sozialamtsleiterin:

Den Menschen vor Ort die Gestaltung ihrer Zukunft selbst in die Hand zu geben, entspricht der Wiederbesinnung auf die demokratische Verantwortung jedes/r Einzelnen. Politikverdrossenheit und Rückzug in die Privatsphäre sind nicht Ursache, sondern Symptome für das soziale Klima in meiner Stadt. Eine Ellenbogengesellschaft, in der privates Engagement nur den eigenen Gewinn im Auge hat und die öffentliche Hand sich um die Verlierer/innen kümmert, ist aber nicht zukunftsbeständig. Überall wo Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen zusammenkommen und sich austauschen, wächst das Verständnis für die Probleme des anderen. Bürgerengagement, zum Beispiel in der Gestaltung des kulturellen Lebens der Stadt, im Einsatz für Schwächere und Ausgegrenzte und in der mündigen Einmi-schung in die Gestaltung des direkten Lebensumfeldes ist das beste, was meiner Stadt passieren kann und wirkt nachhaltig. Meine neue Rolle dabei sehe ich als Moderator/in und im Einsatz für geeignete Rahmenbedingungen.

Der Ratsbeschluß

Anders als in den meisten Ländern der Erde beinhalten die Formulierungen in Kapitel 28 der Agenda 21 für Deutschland nicht die Forderung nach dem Aufbau einer demokratischen kommunalen Selbstverwaltung - diese ist hierzulande seit langem praktiziertes und hochgehaltenes Kulturgut.

(1) Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muß das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten. Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar.

(2) Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung.

(3) Der Bund gewährleistet, daß die verfassungsmäßige Ordnung der Länder den Grundrechten und den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entspricht.

Grundgesetz, Artikel 28
[Bundesgarantie für die Landesverfassungen, Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung]

Der Rat ist daher auch im lokalen Agenda-21-Prozeß das beschlußfassende Gremium. Und dies bereits ganz zu Beginn: Die Entscheidung, daß eine Kommune in einen Prozeß zur Erarbeitung eines langfristigen Aktionsprogramms für die Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde eintritt, ist bereits Sache des Rates. Bereits hier sollte ein größtmöglicher Konsens gesucht werden, der sich in einem möglichst einstimmigen Ratsbeschluß niederschlagen kann. Ein solcher Ratsbeschluß ist unerläßlich für dreierlei:

- Legitimation: Vor allem die Mitarbeiter/innen der Verwaltung werden sich für die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 erst dann wirklich engagieren (können), wenn sie dazu den Auftrag sowie die Einstellung von finanziellen Mitteln durch die Politik erhalten. Vorher bleibt die Beteiligung der Verwaltung persönliches Engagement Einzelner und Freizeitaktivität.
- Motivation: Das Signal, daß der lokale Agenda-21-Prozeß offiziell gewollt ist, motiviert potentielle Akteure sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kommunalverwaltung zur Mitarbeit und damit zur Auseinandersetzung mit dem Thema und mit der Zukunft der Gemeinde.
- Verbindlichkeit: Mit dem Beschluß zum Start eines lokalen Agenda-Prozesses verpflichtet sich die Kommunalpolitik auch zur Auseinandersetzung mit den aus diesem Prozeß erwachsenden Ergebnissen. Es wäre unfair (und schädlich für das öffentliche Klima in der Kommune), wenn die Gedanken und Anregungen, die von engagierten Bürgerinnen und Bürgern in einem länger andauernden Konsensfindungsprozeß - zumeist in deren Freizeit - zusammengetragen wurden, nicht als Vorschläge zum Gegenstand örtlicher politischer Entscheidungen würden.

Dennoch sei auch vor übertriebenen Erwartungen gewarnt: Aus der Beteiligung am lokalen Agenda-21-Prozeß kann nicht ein pauschaler Realisierungsanspruch abgeleitet werden.

Nahezu alle der immer zahlreicher werdenden deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise, die sich die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 zur Aufgabe gemacht haben, haben dies in einem Ratsbeschluß niedergelegt. Die Beschlußtexte sind dabei durchaus unterschiedlich, entsprechen aber in der Regel einem der folgenden drei Typen:

- Unterzeichnung der Charta von Aalborg:
  Mit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg wird eine Gemeinde Teilnehmerin an der Europäischen Kampagne Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden und verpflichtet sich damit zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21. Da in der Charta bereits ausführlich die Prinzipien und Wege, nach denen dies geschehen soll, beschrieben sind, erübrigt sich eine Neuformulierung im Ratsbeschluß.
- Bezug auf Aktivitäten anderer Städte:
  Ein Beschluß kann dazu auffordern, dem Beispiel anderer Gemeinden zu folgen und sich damit einer weit über die eigene Gemeinde hinaus stattfindenden Entwicklung anzuschließen. Vor allem die Veröffentlichung der "Materialien für eine Lokale Agenda 21" des Deutschen Städtetages bietet hier einen geeigneten Bezugspunkt.
- Eigene Formulierung:
  Manchmal werden vorhandene Formulierungen den konkreten politischen oder thematischen Ausgangsbedingungen vor Ort nicht in ausreichendem Maße gerecht. Es gibt daher vielfältige ortsspezifische Formulierungen von Ratsbeschlüssen über die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21.

Die Charta von Aalborg

Die "Charta der europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit" (Charta von Aalborg) war das Abschlußdokument der Ersten Europäischen Konferenz Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden im Jahr 1994 in Aalborg/Dänemark. In dem mehrseitigen Dokument werden die Grundprinzipien der Zukunftsbeständigkeit erläutert, Kommunen zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 aufgefordert sowie Schritte hierfür vorgeschlagen.

Die Konferenz war gleichzeitig Auftakt der "Europäischen Kampagne Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden", die von mehreren europäischen Städtenetzwerken gemeinsam getragen wird.

Mit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg erkennt eine Kommune die darin niedergelegten Grundsätze sowie den Auftrag zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 an und nimmt an der Kampagne teil.

Kurz und bündig

formulierte der Rat der Stadt Neuss seine beiden Beschlüsse zur Lokalen Agenda.

Beschluß des Rates der Stadt Neuss vom 8. November 1996:

Die Verwaltung wird beauftragt, aufbauend auf den Beschluß der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung vom Juni 1992 in Rio de Janeiro, einen Aktionsplan für die drängensten Fragen des 21. Jahrhunderts - die Lokale Agenda 21 für die Stadt Neuss ´NE-LA 21`- zu erarbeiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, über den Fortgang und die Umsetzung des Konzeptes zur Lokalen Agenda für die Stadt Neuss in regelmäßigen Abständen im Ausschuß für Umwelt und Grünflächen zu berichten.

Ausführlich und klar

faßte die Stadt Gießen ihren Beschluß vom 19. März 1998 zur Lokalen Agenda 21.

Antrag:

"Der Magistrat wird beauftragt, auf der Grundlage des auf dem Umweltgipfeltreffen 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen Aktionsprogrammes "Agenda 21" gemäß dem Artikel 28 eine "Lokale Agenda 21 Gießen" zu erstellen.

Der im Vertragswerk eingeführte Begriff "nachhaltige Entwicklung (sustainability)" soll in allen Lebens-, Politik-, Verwaltungs- und Wirtschaftsbereichen Handlungsziel sein.

Die Nachhaltigkeitsprinzipien sind im wesentlichen auf folgenden Bereichen anzuwenden:
- soziale Verteilungsgerechtigkeit und Gleichberechtigung,
- ökologische Tragfähigkeit,
- Zukunftssicherung, d.h. Berücksichtigung des Bedarfs zukünftiger Generationen,
- ökonomische Tragfähigkeit.

Bei der Erarbeitung eines Leitbildes für eine "Lokale Agenda 21 Gießen" sollen die Dezernate und Ämter der Stadtverwaltung, interessierte Bürger/Innen, Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen wie Kirchen, Gewerkschaften, Berufsverbände und Naturschutzorganisationen an der Meinungsbildung beteiligt werden."

Begründung:

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Juni 1992 in Rio de Janeiro haben sich 178 Staaten zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung bekannt und Umrisse eines weltweiten Aktionsprogramms - der Agenda 21 - beschlossen, das im Übergang zum 21. Jahrhundert unserer Zeitrechnung die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen auf unserem Planeten mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringen soll.

Hierbei mißt die Agenda 21 in ihrem Kapitel 28 den Kommunen "als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist", eine entscheidende Rolle zu. "Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit". Daher soll jede Kommunalverwaltung in einen Dialog mit ihren Bürgern örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine ´kommunale Agenda 21` beschließen (Agenda 21, Kap. 28.1, 28.3).

Die Stadt Gießen bekundet ihren politischen Willen, in einen solchen Konsultationsprozeß einzutreten. Er soll das Leitbild nachhaltig zukunftsverträglicher Entwicklung, auf das sich die Staatengemeinschaft 1992 in Rio de Janeiro verständigt hat, für Gießen lebendig werden lassen, und zur Verständigung über die Ziele und Maßnahmen führen, die eine zukunftsbeständige Entwicklung Gießens im 21. Jahrhundert sichern können. Nachhaltige Siedlungsentwicklung meint mehr als die fachpolitische Aufgabe des Umweltschutzes. Vielmehr sind die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, insbesondere für sozial benachteiligte Gruppen, untrennbar mit dem Ziel einer verbesserten Umweltqualität und nachhaltiger Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen verknüpft.

Die Stadt Gießen weiß sich in ihrer Arbeit an einer lokalen Agenda 21 einig mit der wachsenden Zahl der Städte und Gemeinden, in Hessen wie in anderen Bundesländern, in Europa wie in anderen Weltteilen, die diesen Beratungsprozeß gleichfalls begonnen haben. Um die internationale Dimension dieser Aufgabe zu unterstreichen, wird der Magistrat mit den Partnerstädten Gießens nach Möglichkeit gemeinsame Aktivitäten im Sinne der Agenda 21 suchen.

Alle Menschen in dieser Stadt und die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sind zur Mitwirkung an der Beratung über eine Lokale Agenda 21 Gießen eingeladen. Ein Leitbild für Gießen im 21. Jahrhundert darf bestehende Interessengegensätze und Zielkonflikte nicht verschweigen. Sie offenzulegen, ist vielmehr die Voraussetzung für die Bildung breiter Mehrheiten über die Ziele, die den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und ihre ökologische Zukunftsbeständigkeit beschreiben können, und über die Schritte, die in Kenntnis unterschiedlicher Interessen und Standpunkte dennoch möglich sind.

Diese Arbeit beginnt in Gießen nicht voraussetzungslos. Viele Diskussionen, Maßnahmen und Projekte der letzten Jahre sind bereits mehr oder weniger ausdrücklich dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Und doch sind neue Arbeitsformen und Beteiligungsverfahren einzuüben. In der Erarbeitung einer lokalen Agenda 21 wollen wir die Tendenz überwinden, ökonomische, soziale und ökologische Belange getrennt zu verfolgen, und grundsätzlich allen Menschen, die in Gießen leben, den Zugang zur Beratung des städtischen Leitbildes und zur Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen ermöglichen.

Magistrat, Stadtverordnete und Stadtverwaltung verstehen sich in der Arbeit an der Lokalen Agenda 21 Gießen als Akteure neben anderen, aber mit besonderer Verantwortung. Die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verbände und Vereine der Stadt sind gefordert, durch ihr persönliches und materielles Engagement den Erfolg des Konsultationsprozesses zu ermöglichen. Die Stadt achtet die Unabhängigkeit und parteipolitische Neutralität der Arbeitsstrukturen, die hierbei entstehen, und die ihre Arbeit selbstverständlich organisieren sollen. Zugleich bietet sie ihnen an, im Rahmen ihrer durch den städtischen Haushalt beschriebenen personellen und finanziellen Möglichkeiten,

- Starthilfe bei der Entstehung von Foren und Projektgruppen einer lokalen Agenda 21 Gießen zu leisten;
- diese im Einvernehmen mit allen Mitwirkenden zu koordinieren und zu vernetzen;
- die arbeitenden Gruppen und Projekte bei der Darstellung ihrer Ziele, ihrer Arbeit und ihres Fortgangs zu unterstützen;
- nach Möglichkeit Eigenmittel bereitzustellen, soweit dies eine Voraussetzung für die Förderung von Agenda-Vorhaben durch das Land, den Bund oder die Europäische Union bildet.

Die Dezernate und Ämter der Stadt sind gefordert, verwaltungsintern Spielräume für Innovation und projektbezogene Kooperation zu eröffnen, in ihren jeweiligen Aufgabenbereichen als Partner an Foren und Projektgruppen der Lokalen Agenda 21 Gießen mitzuwirken und diese zu unterstützen.

Die Stadt Gießen ergreift die Initiative einer lokalen Agenda mit dem erklärten Ziel, nach breiter Erörterung ein Leitbild zukunftsbeständiger Stadtentwicklung und einen Maßnahmenplan für das 21. Jahrhundert zu beschließen. Vorlagen hierzu müssen aus einem für den Konsultationsprozeß repräsentativen Arbeitsgremium (Agenda-Rat) im Konsens oder doch im breiten Einvernehmen hervorgehen. Bis der Stand der bürgerschaftlichen Aktivitäten die Bildung eines solchen Arbeitsgremiums erlaubt, kann der Magistrat für einen befristeten Zeitraum und bestimmte Aufgaben eine geeignete Vorbereitungsgruppe benennen.

Magistrat und Stadtverordnete wissen, daß eine Lokale Agenda 21 Gießen breiter Unterstützung bedarf. Dialog, Öffentlichkeitsarbeit und Projekte sollen Mut machen zu den Veränderungen, die allein eine zukunftsbeständige Entwicklung der Stadt sichern können. Auch die Beratungen der politischen Gremien sollen ein solches Klima schaffen helfen. Rein parteipolitisches Kalkül sollte die verantwortliche Beratung der Arbeitsergebnisse in den politischen Beschlußgremien nicht behindern. Stadtverordnetenversammlung und ihre Ausschüsse sollen Vorlagen, die ihnen aus der Arbeit an der Agenda 21 in breitem Einvernehmen zugehen, daher besonders sorgfältig beraten und gegebenenfalls im Ältestenrat besondere Absprachen zu geeigneten Beratungsverfahren treffen. Wird in den Beratungen der städtischen Gremien deutlich, daß solche Beschlußempfehlungen ganz oder teilweise keinen Rückhalt finden, soll dies vor einer endgültigen Beschlußfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in jedem Fall mit den Arbeitsgremien der Agenda 21erörtert werden.

Beschluß des Rates der Stadt Neuss vom 7. November 1997 zur Organisation und Struktur der Lokalen Agenda 21:

Die Verwaltung schafft die organisatorischen Grundlagen zur Integration des Prozesses der Lokalen Agenda 21 für die Stadt Neuss und bildet hierfür einen Agenda-Beirat, einen Lenkungskreis sowie Foren.

Die Verwaltung berichtet nach einem Zeitraum von einem Jahr über die Erfahrungen.

Die Federführung für die Lokale Agenda 21 liegt innerhalb der Stadtverwaltung beim Amt für Umweltschutz und Abfallwirtschaft.

5 Externe Unterstützung

Nötige Hilfestellungen für Kommunen

- Argumente, Handlungsdruck, Motivation, politische Unterstützung
- Informationsmaterial, Textbeispiele, Grafikbeispiele
- Erfahrungsaustausch und Vernetzung untereinander
- Fortbildungsangebote in inhaltlicher und methodischer Hinsicht
- Beispiele und Anregungen für unkonventionelle Aktionen
- Angebote zum (gemeinsamen) kreativen Vorausdenken

Einige dieser Hilfestellungen wie beispielsweise Handlungsdruck und Motivation werden den Kommunen von aktiven Bürgergruppen geboten. Andere suchen sie bei ihren Kommunalverbänden und bei staatlichen Instanzen.

Auch wenn sich die Forderung zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 primär an die Kommunen vor Ort richtet: Jede Kommune ist hierbei abhängig sowohl von generellen Rahmenbedingungen wie Zuständigkeiten, finanziellen Ressourcen oder Gesetzen als auch von speziellen Hilfestellungen.

Kommunalverbände

Kapitel 28 der Rio Agenda richtet sich nicht nur an die Kommunen der Welt, sondern auch an ihre Kommunalverbände: Ihre Aufgabe ist es, "ihre" Kommunen zu informieren und dazu zu motivieren, einen lokalen Agenda-21-Prozeß zu beginnen. In Deutschland werden diese Aufgaben von Kommunalverbänden auf Bundes- und Landesebene unterschiedlich intensiv wahrgenommen.

Fach-Institutionen, die von Kommunen getragen werden, und Städtenetzwerken kommt eine besondere Rolle bei der fachlichen Beratung und Vernetzung der Städte und Gemeinden zu. Sie sollten als "think tank" an der Weiterentwicklung der Agenda-Philosophie arbeiten und damit als Quelle für darauf aufbauende Aktivitäten vielfältigster Art dienen.

Was Kommunalverbände tun können

- die Lokale Agenda 21 zu einem wichtigen politischen Thema erklären
- Informationsmaterial verbreiten, Handreichungen veröffentlichen
- Erfahrungsaustausch organisieren
- eigene Stellungnahmen und Grundsatzbeschlüsse erarbeiten
- Lokale Agenda 21 zum Thema von Gremiensitzungen, Tagungen und Mitgliederversammlungen machen
- gezielt kommunale Verantwortungsträger/innen unterschiedlicher Ressorts zum Thema zusammenführen
- die kommunale Stimme gegenüber staatlichen und privaten Instanzen erheben
- Fortbildung anbieten und Fortbildungsangebote unterstützen

Bundesebene

Freilich bleibt auch bei der Lokalen Agenda 21 die Politik auf Bundesebene nicht aus dem Spiel. Gefragt sind zum einen Aktivitäten von Parlamentariern/innen, Ministerien und anderen Bundesbehörden, zum anderen klare Positionen der bundesweiten Interessenvertretungen lokaler Akteure. Wenn der DIHT grünes Licht für die Lokale Agenda 21 gibt, wird es den örtlichen Handelskammern erheblich leichter fallen, sich am Dialog zu beteiligen. Wenn Umweltorganisationen auf Bundesebene konsensorientiert arbeiten, werden sich auch Ortsgruppen leichter damit tun.

I want all local authorities in the UK to adopt Local Agenda 21 strategies by the year 2000.

Tony Blair am 23. Juni 1997 vor der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen in New York.

Die kommunalen Spitzenverbände und die Bundesregierung unterstützen die Kommunen bei der Umsetzung dieses globalen Aktionsprogramms auf lokaler Ebene. Es ist unser gemeinsames Ziel, alle Kommunen für diesen Prozeß zu gewinnen.

Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel und die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände in ihrer gemeinsamen Erklärung "Klima schützen - Umwelt gestalten - Kosten senken" vom 10. September 1997.

Für Deutschland existiert bisher kein nationales Gremium, welches die Lokale Agenda 21 fördert und begleitet. Auch Stellungnahmen von höchster politischer Seite zugunsten der Lokalen Agenda 21 als Aufgabe, die nicht nur dem Umweltministerium übergeben wird, sondern an der sich auch Wirtschafts- und Sozialressorts beteiligen, stehen bisher aus.

Unter dem Motto "Nå Gjør Vi Det" - Nun machen wir es - startete der norwegische Kommunalverband zusammen mit dem Planerverband und mit Unterstützung durch die Regierung im Februar 1998 eine nationale Kampagne zur Lokalen Agenda 21. An den Plakaten und Broschüren beteiligen sich Firmen als Sponsoren.

UBA: Modellprojekte und Vernetzung von Kommunen

Das Umweltbundesamt hat als eine der ersten Bundesbehörden die Förderung der Lokalen Agenda 21 zum Ziel erhoben. 1997 wurde ein erstes Modellprojekt in Berlin-Köpenick abgeschlossen. Dieses Handbuch ist Teil eines zweijährigen Projektes zur Unterstützung und Vernetzung von Städten. Ein weiteres Forschungsvorhaben mit dem Titel "Umweltkommunikation und Lokale Agenda 21" ist in Bearbeitung.

Städte und Regionen der Zukunft

Das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat 1997 sein Projekt "Städte der Zukunft" gestartet, an welchem sich Dessau, Güstrow, Heidelberg und Münster als Modellstädte beteiligen. Ziel ist es, Erkenntnisse aus bisherigen Forschungsfeldern zusammenzutragen und politische Strategien zu entwickeln für deren wirkliche Umsetzung vor Ort. "Regionen der Zukunft" ist ein Parallelprojekt, bei welchem Themen der Regionalentwicklung im Mittel-punkt stehen. Im Jahr 2000 werden die ersten Ergebnisse auf der Weltstädtebaukonferenz "Urban21" in Berlin vorgetragen werden.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Insgesamt fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Sektor der nachhaltigen Stadtentwicklung weltweit über 100 Projekte mit einem Gesamtbetrag von 855 Mio. DM. Hierin sind die Investitionsmaßnahmen der Infrastruktur nicht enthalten. [...] Ein wichtiges Förderfeld ist insbesondere die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und des städtischen Managements. [...] Das BMZ hat keine Haushaltsmittel zur Förderung von Maßnahmen der Kommunen. Entwicklungspolitische Projekte können daher nur in Ausnahmefällen und dann indirekt, d.h. über Nichtregierungsorganisationen oder Mittlerorganisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit wie der GTZ oder dem DED unterstützt werden. Gefördert hat das BMZ auch die Herausgabe einer Publikation, die unter dem Titel "Kommunale Entwicklungszusammenarbeit - Kommunale Dritte-Welt-Partnerschaften" Städten und Gemeinden, die sich entwicklungspolitisch engagieren wollen, als Arbeitshilfe dienen soll.

Ministerialdirigent Prof. Dr. Michael Bohnet auf der 6. Bundeskonferenz der Kommunen und Nord-Süd-Foren in Bonn 1997.

Landesebene

Der inter-kommunale Erfahrungsaustausch auf Landesebene hat bereits seinen festen Stellenwert und ist auch für die Lokale Agenda 21 eine wertvolle Hilfe. Um diesen zu fördern, haben einzelne Bundesländer Informationsstellen eingerichtet, veröffentlichen Informationsmaterial, bieten Fortbildungen an oder stellen sogar finanzielle Mittel zur Verfügung. Die erfolgreiche Umsetzung der kommunalen Aktionsprogramme verlangt das politische Mitziehen der Landesebene - bestenfalls in Form einer eigenen Landes-Agenda. Ist die Zukunftsbeständigkeit Ziel der Landespolitik, werden sich beide Ebenen eher die Bälle zuspielen als einander zu behindern.

Geld für Moderation und Projektmanagement: Förderprogramm des hessischen Umweltministeriums

Als Anschubfinanzierung für lokale Agenda-21-Prozesse wurde ein zweijähriges Förderprogramm in Hessen eingerichtet. Jeweils 3 Millionen DM sind für 1998 und 1999 veranschlagt. Kosten für externe Beratungsleistungen wie Moderation und Projektmanagement, die Städte und Gemeinden in Anspruch nehmen können, werden dadurch unterstützt. Die Förderungssumme ist abhängig von der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde.

50 Pfennig pro Einwohner/in für die Entwicklungszusammenarbeit: Förderung in Nordrhein-Westfalen

Per Erlaß im Gemeindefinanzierungsgesetz erhalten Kommunen in Nordrhein-Westfalen pro Einwohner/in 50 Pf für kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

Die Mittel werden pauschal als "kostendeckende Mittel" vergeben, die Kommunen entscheiden selbst über deren Verwendung, zu der der Erlaß 5 Empfehlungen gibt. Diese Empfehlungen gehen dahin, daß die Mittel nicht nur verwaltungsintern, sondern vor allem auch durch örtliche Gruppen, Nord-Süd-Initiativen etc. Verwendung finden.

Dieser Erlaß ist Teil eines "Dreiklang"-Modells zur Unterstützung der Nord-Süd-Zusammenarbeit in Kommunen, vor allem auch im Rahmen von lokalen Agenda-21-Prozessen, und besteht aus folgenden 3 Elementen:

1. Dezentrale Unterstützung ("Promotorenmodell")
2. Finanzieller Anreiz (Erlaß)
3. Eine-Welt-Beirat des Ministerpräsidenten NRW (paritätisch besetzt)

Literatur

- Schäffler, H.: Lokale Agenda 21 und der Beitrag der Bundesländer. Eine Übersicht über Ansprechpartner, Institutionen, Fördermaßnahmen und Aktivitäten auf Landesebene. Ein Bericht der equilibria. Heidelberg 1997.

Ausgewählte Veröffentlichungen einzelner Bundesländer finden sich in der Sammlung “Einstiegsliteratur zur Lokalen Agenda 21” in Kapitel 3 dieses Handbuches.

Ansprechpartner zur Lokalen Agenda 21 in den Bundesländern

Ministerium für Umwelt und Verkehr
Baden-Württemberg (UVM)
Referat 22
Kernerplatz 9
70182 Stuttgart
Manfred Schmidt-Lüttmann
Tel: 0711/126-2665

Bayerisches Landesamt für Umweltschutz
KommA21 **Bayern**-Netzwerk für nachhaltige Kommunalentwicklung
Koordinierungsstelle
Elektrastr. 6
81925 München
Dr. Anita Wolf
Tel: 089/9214-4521

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umwelt und Technologie (SenSUT)
Referat VI C
Brückenstr. 6
10173 **Berlin**
Lothar Stock
Tel: 030/2471-2400

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung **Brandenburg**
Grundsatzreferat Z 1
Albert-Einstein-Str. 42-46
14473 Potsdam
Justus von Widekind
Tel: 0331/866-7260

Senator für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz
Abt. Umweltschutz
Agenda 21 Büro
Hanseatenhof 5
28195 **Bremen**
Corinna Schulte
Tel: 0421/361-10076

Umweltbehörde der Freien und Hansestadt **Hamburg**
Ansprechpartner Lokale Agenda 21
Billstr. 84
20539 Hamburg
Claus Kriegs
Tel: 040/7880-3313

Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit **Hessen**
Referat I A14 (Agenda-Büro)
Mainzer Str. 80
65189 Wiesbaden
Dr. Claudia Gallikowski
Tel: 0611/815-1181

Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt des Landes **Mecklenburg-Vorpommern**
Allgemeine Abteilung
Schloßstr. 6-8
19053 Schwerin
Dr. Thorsten Permien
Tel: 0385/588-8161

Umweltministerium **Niedersachsen**
Grundsatzabteilung
Archivstr. 2
30169 Hannover
Peter Grabowski
Tel: 0511/120-3398

CAF/Agenda Transfer
für städtische und regionale Nachhaltigkeit in **Nordrhein-Westfalen**
Berliner Platz 23
53111 Bonn
Albrecht Hoffmann
Tel: 0228/60461-12

Landeszentrale für Umweltaufklärung
Rheinland-Pfalz im MUF (LZU)
Kaiser-Friedrich-Str. 7
55116 Mainz
Dr. Helmut Gietz
Tel: 06131/16-4433

Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr des **Saarland**es (MUEV)
Referat F/2 Energieversorgung, -technologie und Bergaufsicht
Halbergstr. 50
66121 Saarbrücken
Dr. Uwe Oldenburg
Tel: 0681/501-3511

Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung **Sachsen**
Referat S3
Ostra-Allee 23
01067 Dresden
Peter Kötschau
Tel: 0351/564-2309

Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21
Sachsen-Anhalt
Steubenallee 2
39104 Magdeburg
Anke Schulz-Fielitz
Tel: 0391/5433861

Akademie für Natur und Umwelt des Landes **Schleswig-Holstein**
Agenda 21 Büro
Carlstr. 169
24537 Neumünster
Bettina Watermann
Tel: 04321/9071-43

Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt **Thüringen**
Referat Grundsatzangelegenheiten/ Forschung
Hallesche Straße 16
99085 Erfurt
Thomas Koch
Tel: 0361/3799-180

Die Kommunalverwaltung: Zukunftsbeständig verwalten

Die zentrale Rolle spielen

Die Kommunalverwaltung ist der wichtigste Akteur bei einer Lokalen Agenda 21. Auch sie gilt es deshalb für das 21. Jahrhundert "fit" zu machen: Zum einen für die Steuerung und Zusammenführung des lokalen Agenda-21-Prozesses in ein umsetzbares Aktionsprogramm, zum anderen für die eigentliche Kernaufgabe einer jeden Verwaltung, eine auch im nächsten Jahrhundert aufrechterhaltbare, zukunftsbeständige Entwicklung für das Gemeinwesen sicherzustellen.

In zahlreichen Städten und Gemeinden wurde daher - und nicht unbedingt erst im Zusammenhang mit der Lokalen Agenda 21 - erkannt, daß eine streng in Sektoren aufgeteilte und hierarchisch organisierte Arbeitsweise den Aufgaben der Zukunft nicht mehr angemessen ist. Wo Probleme in all ihren Aspekten betrachtet und in Zusammenarbeit mit externen Akteuren Lösungen gefunden werden müssen, sind einige strukturelle Voraussetzungen erforderlich, ebenso wie neue Qualifikationen von Mitarbeiter/innen.

Die Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 kann auf diese Weise durchaus zum Ausgangspunkt für eine zukunftsorientierte Verwaltungsreform werden.

Gemeinschaftsaufgabe Umweltschutz

Schritte in Richtung einer zukunftsorientierten Verwaltung unternahm die Stadt Wuppertal, indem sie im Zuge eines zweijährigen, umfassenden Reform- und Reorganisationsprozesses die bisherigen sieben Dezernate zu den vier Geschäftsbereichen "Natur Raum Bau", "Soziales und Kultur", "Schutz und Ordnung" und "Zentrale Dienstleistungen" zusammenfaßte. Auslösender Faktor für diese Reform war das Ziel, die Leistungsangebote trotz der gegenwärtigen Finanzmisere durch effizienteres, weniger aufwendiges Verwaltungshandeln zu erhalten. Als wichtiges neues Organisationsprinzip gilt seitdem die Gemeinschaftsaufgabe Umweltschutz. Zu seiner Umsetzung wurde ein Umweltmanagementsystem eingerichtet, welches sich an den Anforderungen der EG-Audit-Verordnung und der DIN ISO 14001 orientiert. Als weiterer Schritt ist im Rahmen eines Projektes "Umweltmanagement in der Stadtverwaltung" dieses System überprüft, weiterentwickelt und besser in das Verwaltungshandeln integriert worden.

Zum Weiterlesen über neue Steuerungsmodelle

- Deutscher Städtetag: Städte auf dem Reformweg. Materialien zur Verwaltungsreform. DST-Beiträge zur Kommunalpolitik, Reihe A, Heft 22. Köln/ Berlin 1996.
- ICLEI: *öko*Budget® - Neues Steuerungsmodell für natürliche Ressourcen. Diskussionspapier. Freiburg 1998
- Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGST): Verwaltungscontrolling im Neuen Steuerungsmodell. Bericht Nr. 15/1994. Köln 1995.
- Reichard, Ch.: Umdenken im Rathaus. Neue Steuerungsmodelle in der deutschen Kommunalverwaltung. Berlin 1994.

6 Integrierte Themenbearbeitung

Über die Dezernatsgrenzen hinweg

Eine ämter- und dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe zur Lokalen Agenda 21 gründeten die Dezernate Umwelt und Planung in der Stadt Hagen. An dieser nehmen zudem noch die Gleichstellungsstelle, das Amt für Statistik und Stadtforschung, die Koordinationsstelle für die Wirtschaftsförderung, das Kulturamt, die Volkshochschule, das Sozialamt, das Jugendamt und das Gesundheitsamt teil. Inzwischen diskutiert die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe über Ziele für eine nachhaltige Stadtentwicklung, die später als Diskussionsgrundlage für die Leitbilddiskussion in den Agenda-Beirat einfließen sollen.

Verwaltungsinterner Koordinationskreis und thematische Arbeitskreise

Das Konzept eines verwaltungsinternen Agenda-Koordinationskreises verfolgt die Stadt Heidelberg. Die Aufgaben dieses Kreises bestehen zum einen in der Auswahl relevanter Themen und Arbeits-ziele für externe Arbeitskreise sowie in der Nennung und Einladung wichtiger Akteure und Gesprächsteilnehmer/innen aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Kirchen und Umweltverbänden für die ersten Gesprächsrunden. Zum anderen soll dem Gemeinderat und der Verwaltungsleitung vorgeschlagen werden, wie die Arbeitsstrukturen zum Agendaprozeß zukünftig organisiert werden können und welche externen Kooperationspartner/innen sich für ein Agendabüro anbieten. Zudem wurden verwaltungsinterne, thematische Arbeitskreise gebildet, die teilweise mit externen Akteuren wie z.B. kommunalen Energieversorgern zusammenarbeiten. So erarbeitet eine der Arbeitsgruppen zusammen mit den Stadtwerken Heidelberg eine kommunale Energiekonzeption.

Um die wirtschaftliche Entwicklung der Kommune mit der sozialen und ökologischen Entwicklung in Einklang zu bringen, müssen Themen integriert bearbeitet werden. Für die Verwaltung heißt dies, daß die Kommunikation zwischen den einzelnen Ämtern intensiviert (oder gegebenenfalls überhaupt erst aufgebaut) und in Routinen überführt werden muß.

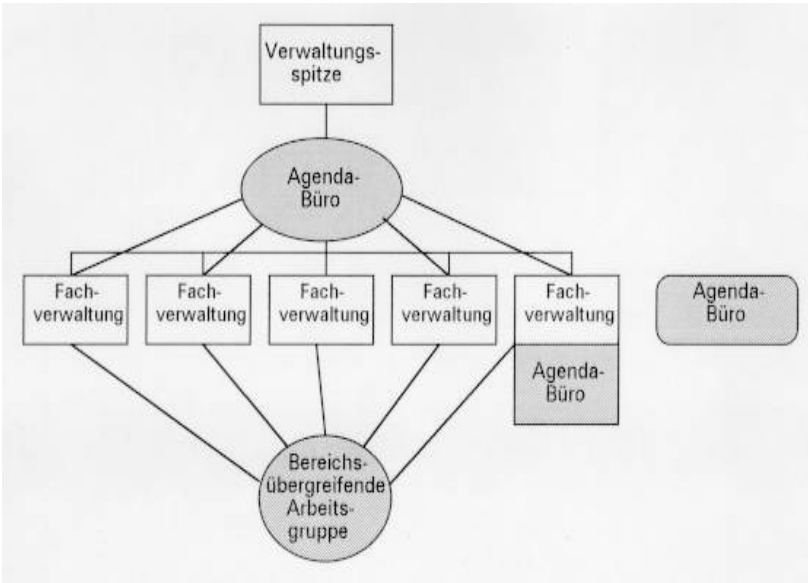
Dies kann beispielsweise durch die Einrichtung einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe zur Lokalen Agenda 21 geschehen. Ob dabei die Lokale Agenda 21 als ein zeitlich befristetes Projekt zur Aufstellung eines Aktionsprogrammes verstanden wird oder als eine unbefristete zusammenführende Steuerungsaufgabe, muß von jeder einzelnen Kommune - auch im Hinblick auf die Größe der Verwaltung, die vorhandenen Personalkapazitäten und das eigene Verständnis von Lokaler Agenda - entschieden werden.

Solche ämterübergreifenden Arbeitsgruppen werden bereits in zahlreichen Kommunen eingesetzt. Meistens sind sie thematisch und von der Laufzeit her an ein größeres Projekt wie beispielsweise die Entwicklung eines neuen Stadtteils oder eine Dorferneuerung gebunden. Sie können jedoch auch im Zusammenhang mit der Einführung eines neuen Steuerungsmodells für die Verwaltung entstanden sein. Hier zeigt sich, daß eine Neuorganisation der Verwaltungsarbeit nicht nur im Hinblick auf die Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 gefordert ist, sondern prinzipiell auf eine Anpassung kommunalen Managements an die heutigen und zukünftigen Rahmenbedingungen abzielt. Anders gesagt: die Lokale Agenda 21 erfordert, weil sie die zukünftige Entwicklung der Kommune zum Thema hat, eine zukunftsorientierte Verwaltung.

Koordination im "Agenda-Büro"

7

Ein örtlicher Dialogprozeß zwischen Verwaltung, Politik, Verbänden, Wirtschaft und Bürger/innen erfordert ein Mindestmaß an Koordination und Zusammenführung und damit die Einrichtung einer Anlaufstelle für alle Beteiligten. Wie groß eine solche Anlaufstelle ist und wieviele Personen dafür nötig sind, hängt neben der politischen Bedeutung, die der Lokalen Agenda 21 in der jeweiligen Gemeinde beigemessen wird, vor allem von der Gemeindegröße ab. So wird vielerorts der/die Hauptamtsleiter/in oder Umweltbeauftragte diese Aufgabe übernehmen können, wäh-rend anderswo Büros mit mehreren Stellen eingerichtet werden. Die Aufgaben einer solchen Anlaufstelle beinhalten:



Wohin mit dem Agenda-Büro?

- Knotenpunkt zu sein: Zusammenführung von Akteuren innerhalb und außerhalb der Verwaltung, inhaltliche Impulse, Unterstützung einzelner Akteure, Durchführung eigener Aktionen und Kampagnen,
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Information der Bevölkerung, Vorbereitung von Veranstaltungen, Beantwortung von Anfragen, Kontaktstelle für Bürger/innen,
- Organisatorische und administrative Unterstützung der für den örtlichen Dialog- und Konsensfindungsprozeß eingerichteten (verwaltungsinternen und -externen) Gremien: Sekretariatsarbeiten, Einladung, Sorge um Räume, Moderation, Protokollführung, Herstellung von Vorlagen usw.

Als erste Frage muß geklärt werden, wo diese Anlaufstelle am besten angesiedelt wird.

Agenda-Büro innerhalb einer Fachverwaltung

Hier finden sich häufig motivierte und engagierte Mitarbeiter/innen, die durch ihre tägliche fachliche Arbeit möglicherweise bereits einen Zugang zum Leitbild Zukunftsbeständigkeit und praktische Vorstellungen über seine Umsetzung entwickelt haben. Sie haben jedoch wenig Einflußmöglichkeiten auf die Arbeit anderer Fachbereiche. Ein innerhalb einer Fachverwaltung angesiedeltes Agenda-Büro sollte deshalb durch eine bereichsübergreifende Arbeitsgruppe unterstützt werden.

Agenda-Büro München

Das Agenda-Büro wurde in der Stadt München im Umweltschutzreferat angesiedelt. Neun Personen aus unterschiedlichen Bereichen (Umweltschutzreferat, Planungsreferat und Einzelpersonen) koordinieren und organisieren gemeinsam die Forumsarbeit und wirken bei Konzeption, Beratung und Information über den Agenda-Prozeß mit. In dem Münchener Agenda-Prozeß stellt das Büro einen institutionellen Netzwerkknoten-punkt zwischen dem Lenkungskreis, dem Bürgerforum, den Fachforen und dem Beirat dar. Die Mitglieder des Büros treffen sich 2 bis 4 mal im Monat.

In welchem Fachbereich der Verwaltung das Agenda-Büro angesiedelt ist, hat bereits Auswirkungen auf die Themen, mit denen die Lokale Agenda 21 bei den Beteiligten hauptsächlich in Verbindung gebracht wird: Ein Agenda-Büro bei der Wirtschaftsförderung setzt andere Akzente als bei der Stadtentwicklung, im Kulturamt oder im Umweltamt. Je nach Anzahl der Mitarbeiter/innen kann die Besetzung auch aus mehreren Bereichen kommen. Es können auch mehrere Fachverwaltungen gemeinsam das Agenda-Büro bilden.

Agenda-Büro als Stabsfunktion bei der Verwaltungsspitze

Stabsstellen haben das größte Integrationspotential, um im Rahmen eines lokalen Agenda-21-Prozesses - verstanden als Stadtentwicklungsprozeß - die Beiträge der verschiedenen Fachverwaltungen zu koordinieren. Dies wirkt sich auch auf die Wahrnehmung von außen aus: Dem häufigen Vorwurf, die Lokale Agenda 21 sei beispielsweise zu umwelt-, entwicklungs- oder stadtplanungslastig, kann so wirkungsvoll begegnet werden.

Stabsfunktionen erfordern (und demonstrieren) eine hohe Identifikation der Verwaltungsspitze mit der Lokalen Agenda. Bei ihrer Einrichtung muß darauf geachtet werden, daß ihre Moderations- und Koordinationsfunktion zwischen allen Verwaltungsbereichen und nach außen herausgestellt wird. Andernfalls mag eine Stabsstelle als autoritär und den Zielen der Agenda widersprechend wahrgenommen werden. Die Besetzung einer Stabsstelle mit ABM-Kräften wird nicht möglich und vor allem auch nicht sinn-

Agenda-Büro außerhalb der Verwaltung

Mit der Koordination des lokalen Agenda-21-Prozesses und der Einrichtung einer Anlaufstelle kann auch eine örtliche Einrichtung, ein Verband oder ein Planungsbüro beauftragt werden. Die Erwartungen, die sich mit einer solchen Vergabe verbinden, richten sich vor allem auf eine flexible Organisation, professionelle Moderation, Neutralität sowie eine effiziente, rasche Einigung der Beteiligten auf ein gemeinsames kommunales Aktionsprogramm.

Leitstelle Lokale Agenda 21 Berlin-Lichtenberg

Außerhalb der Verwaltungsstrukturen des Bezirksamtes Berlin-Lichtenberg befindet sich die Leitstelle Lokale Agenda 21 mit 15 Beschäftigten des Umweltunternehmens INU Umweltberatung & Analytik GmbH, die diese Tätigkeit überwiegend im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausüben. Ihre Aufgabenbereiche umfassen u.a. die Öffentlichkeitsarbeit, die Übernahme der verwaltungstechnischen Aufgaben der Lokalen Agenda 21, die Erarbeitung und laufende Konkretisierung des Gesamtkonzeptes als Maßnahmenkatalog.

Es ist offensichtlich, daß damit die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 zu einem zeitlich befristeten Projekt wird. Durch die geringe Anbindung an die Verwaltung werden lange Amtswege nötig, interne Informationen unzugänglich sowie eine interne Vernetzung der Verwaltung nicht mitgeleistet. Die Umsetzung und damit der eigentliche Weg zur zukunftsbeständigen Gemeinde wird jedoch ebenfalls Koordination, Vernetzung und Information erfordern, die langfristig doch wieder Aufgabe der Verwaltung werden.

Agenda-Büro als Mischung aus Verwaltung und Ehrenamtlichen

Eine Mischform stellt ein Agenda-Büro dar, in dem Verwaltungsmitarbeiter/innen mit ehrenamtlichen Engagierten aus der Gemeinde zusammenarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit unterstreicht den Dialog-Charakter des lokalen Agenda-21-Prozesses schon bei dessen Koordinierung und kann dazu beitragen, Berührungsängste zwischen Verwaltung und örtlichen Gruppen abzubauen. Die Kompetenzen und Aufgaben müssen allerdings entsprechend den Möglichkeiten von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen verteilt werden. Hierbei sowie durch die nur bedingte Sicherheit der Mitarbeit eines Teils des Büros kann es zu Konflikten kommen.

Die Koordination der Lokalen Agenda 21 kann nicht einfach nebenher erledigt werden. Dies betrifft nicht nur die reine Arbeitsmenge, sondern vor allem die Neuartigkeit der Arbeitsweise: Sie ist geprägt von koordinierenden, moderierenden Tätigkeiten und erfordert damit bestimmte persönliche Fähigkeiten und ein hohes Maß an Sensibilität - nicht einfach Personen eben, sondern Persönlichkeiten. Ansprechstelle für die Lokale Agenda 21 zu sein, sollte des-halb nicht einfach irgend-einer Verwaltungsabteilung als zusätzliche Aufgabe zugewiesen werden.

Agenda-Büro Bonn

Im März 1998 wurde das Agenda-Büro im Rathaus der Stadt Bonn eingerichtet. Die Räume werden von der Stadt gestellt. Das Büro wurde als 50/50-Lösung gemeinsam mit den Trägerorganisationen "Eine-Welt-Forum Bonn", "Forum Umweltverbände Bonn" und "Zukunftsfähiges Bonn e.V." unter Federführung des Büros der Oberbürgermeisterin eingerichtet (Besetzung des Büros zur einen Hälfte mit Mitarbeiter/innen des Büro der Oberbürgermeisterin, zur anderen Hälfte mit Mitgliedern der Trägerorganisationen).

Finanzierung 8

Die Organisation und Begleitung eines örtlichen Dialogprozesses zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 verursacht Personal- und Sachkosten. Wie hoch diese sind, hängt vom jeweiligen Anspruch ab, der in einer Gemeinde an einen solchen Prozeß gestellt wird. Es kann nicht pauschal gesagt werden, daß der finanziell am besten ausgestattete lokale Agenda-Prozeß den besten Erfolg liefert.

Das Grundprinzip "von den Zinsen leben"

gilt selbstverständlich auch für den Gemeindehaushalt. Eine Lokale Agenda 21 soll dazu beitragen, mit den vorhandenen natürlichen und finanziellen Ressourcen zukunftsbeständig zu wirtschaften. Das heißt, daß in den meisten Kommunen im Ergebnis nicht zusätzliches Geld ausgegeben, sondern eingespart werden soll. Es geht darum, neue Prioritäten zu setzen.

- Die Durchführung des Prozesses zur Aufstellung des Aktionsprogrammes verursacht zunächst zusätzliche Kosten, die auf politischem Wege zur Verfügung gestellt werden müssen. Dies geschieht in der Regel durch Umschichtung von Mitteln.
- Ein lokaler Agenda-Prozeß ist eine Investition in die Zukunft. Den momentanen zusätzlichen Kosten stehen langfristig zu erwartende Einsparungen in allen Bereichen gegenüber, beispielsweise durch wegfallende Ausgaben für Sanierung, Unterhaltung und Akzeptanzbeschaffung, geringeren Krankenstand, die Wahrnehmung von Aufgaben durch Unternehmen, Bürgergruppen und Verbände oder den Verzicht auf nicht konsensfähige oder nicht zukunftsbeständige Projekte.

Mit Unterstützung aus der Bürgerschaft: München

Der lokale Agenda 21-Prozeß wird sowohl von der Stadtverwaltung München wie auch nicht-kommunaler Seite finanziert. Verschiedene, in den Prozeß involvierte Referate gaben von Mai 1995 bis Dezember 1997 insgesamt an die 480.000 DM aus. Das Umweltschutzreferat trug davon mit 200.000 DM den größten Anteil an den Kosten. Damit wurden Veranstaltungen, Workshops, Sachkosten und Personalkosten bestritten. Aber auch Unternehmen, Vereine, Stiftungen und Privatpersonen haben den Prozeß mit 210.000 DM durch Geld-, Sach- und Dienstleistungen unterstützt.

- Die eigentliche Umsetzung des Aktionsprogrammes muß mit den vor Ort vorhandenen Ressourcen - das sind sowohl kommunale als auch solche von anderen Akteuren - erfolgen.
  Die Lokale Agenda ist die Zusammenfassung der im Konsens für notwendig erachteten Maßnahmen - und nicht zusätzlicher Maßnahmen - für eine zukunftsbestän-

Klartext im Ratsbeschluß: Münster

Die Stadtverwaltung Münster trägt einen Großteil der Kosten des Agenda-Prozesses. Im März 1997 beschloß der Gemeinderat, ein Agenda-Büro mit 4 Stellen bis 1999 einzurichten.

1. Organisation und Prozeßgestaltung

1.1. Die Stadt richtet zur Koordinierung, inhaltlichen Unterstützung und Auswertung des Agendaprozesses befristet bis zum 31.05.1999 ein Agendabüro mit folgender Personalausstattung ein:
- 1 x Leiter/-in II/Ib BAT
- 2 x Sachbearbeiter/-in IV a/III BAT (1 Stelle als Teilzeitstelle - 2/3 Stelle über AB-Maßnahme vorhanden)
- 1 x Mitarbeiter/-in VIb/Vc BAT

Die anteiligen Personalkosten für 1997 für die zusätzlich befristet einzurichtenden Stellen in Höhe von 233.100 DM werden [...] zur Verfügung gestellt. In den Folgejahren werden die Personalkosten im Rahmen der Haushaltsaufstellung berücksichtigt.

1.2. Die erforderlichen Sachkosten (Büroausstattung, EDV,...) in Höhe von DM 60.000,- werden bei der Haushaltstelle [...] "Büro- und DV-Ausstattung für Lokale Agenda" zur Verfügung gestellt. [...]

2. Mittelbereitstellung

2.1. Die unter Ziffer 1.1. des Beschlußvorschlages aufgeführten anteiligen Personalkosten für 1997 in der Höhe von DM 233.100,- werden über ein entsprechendes Veränderungsblatt zum Haushalt 1997 bereitgestellt.

2.2. Ebenso werden die unter der Ziffer des Beschlußvorschlages genannten Sachkosten in Höhe von DM 60.000,00 im Rahmen eines Veränderungsblattes für den Haushalt 1997 bei der Haushaltsstelle [...] "Büro- und EDV-Ausstattung für Lokale Agenda 21" im Rahmen eines Veränderungsblattes zum Haushalt 1997 bereitgestellt.

2.3. Die notwendigen Mittel in Höhe von DM 150.000,- für 1997, DM 300.000,- für 1998 und DM 30.000,- für 1999 werden in der neu einzurichtenden Haushaltsstelle [...] "Lokale Agenda 21" im Rahmen eines Veränderungsblattes zum Haushalt 1997 bereitgestellt.

2.4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, daß zur Unterstützung von Aktivitäten nichtstaatlicher Gruppen im Rahmen des Agenda-Prozesses im Haushalt 1997 bei der Haushaltsstelle [...] "Zukunftsfähiges Münster" ein Betrag in Höhe von DM 60.000,- zur Verfügung steht.

Das Agenda-Büro wird ermächtigt, diese Mittel unter Zugrundelegung der beigefügten Kriterien zu verausgaben.

Auszug aus der Niederschrift über die 24. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Münster am 19. März 1997.

dige Gemeindeentwicklung. Ein Aktionsprogramm, das lediglich einen Katalog wünschenswerter Zusatzmaßnahmen darstellt, ist keine Lokale Agenda 21. Für innovative, modellhafte Projekte stehen allerdings die Chancen für Pro-jektfördergelder aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln besonders gut.

- Eine zu erwartende Verschiebung der Besteuerung weg vom Arbeitseinkommen hin zu den natürlichen Ressourcen und fossilen Energien würde Kommunen, die über eine Lokale Agenda 21 verfügen, in eine weitaus günstigere Startposition versetzen als solche, die damit dann erst beginnen müssen.

Feste Personalstellen werden in Zeiten knapper Kassen nur sparsam eingerichtet. Fast schon "klassisch" ist deshalb die Freistellung einer halben Stelle für die Koordination der Lokalen Agenda 21 in zahlreichen Kommunen. Auch hier steht jedoch die "große Lösung" selten am Anfang: Mit der politischen Bedeutung der Lokalen Agenda 21 steigt in der Regel auch die Anzahl der dafür für notwendig gehaltenen Personalstellen.

ABM-Stellen können kurzfristig günstig Personalengpässe überbrücken helfen, so bei der organisatorischen Vorbereitung und Begleitung von Auftaktmaßnahmen oder beim Aufbau eines Agenda-Büros. Sie sind jedoch per Definition nicht zukunftsbeständig. Den lokalen Agenda-Prozeß auf eine breite personelle Basis zu stellen, ist nur dann ratsam, wenn diese Basis über den gesamten Zeitraum bis zur Erstellung des Aktionsprogrammes bestehen kann. Die Laufzeit von einem Jahr für ABM-Stellen dürfte dafür in den meisten Fällen zu kurz sein.

Werkverträge, beispielsweise mit Studierenden über Bestandserhebungen oder Recherchen sind Sachkosten und werden in Zeiten knapper Kassen oft leichter bewilligt als Mittel für Personalkosten.

Sponsorengelder erhalten auch im Rahmen Lokaler Agenden eine immer größere Bedeutung. Unternehmen, die sich an der Finanzierung von Veranstaltungen, Veröffentlichungen oder anderen im Rahmen eines Agenda-Prozesses durchgeführten Maßnahmen beteiligen, versprechen sich davon in der Regel Werbeeffekte. In diesem Moment sind sie jedoch auch bereits inhaltlich an der zukunftsbeständigen Entwicklung der Gemeinde beteiligt.

Aufgestockt: Lübeck

In Lübeck hat sich im Laufe des lokalen Agenda-21-Prozesses die finanzielle Situation verbessert. In den anfänglichen Zeiten standen bis 1997 für die Agenda-Arbeit keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Materielle und personelle Ressourcen konnten mit Rückendeckung durch die Verwaltung für den Prozeß gewonnen werden: Zeitweilig wurden engagierte Planstelleninhaber/innen und ABM-Kräfte von ihren Aufgaben freigestellt. Seit 1998 hat sich die finanzielle Situation geändert: mit 100.000 DM werden die laufenden Sachkosten des Agenda-Büros gedeckt und 50.000 DM sind für Öffentlichkeitsarbeit und weitere Aktivitäten bereitgestellt.

Bundesmittel für modellhaften Prozeß: Berlin-Köpenick

Der Weg einer externen Finanzmittelbeschaffung wurde im Bezirk Berlin-Köpenick beschritten. Im Rahmen eines vom Umweltbundesamt geförderten Modellprojektes “Lokale Agenda 21 Berlin-Köpenick: Begleitung und Unterstützung des Erarbeitungs- und Umsetzungsprozesses” wurde eine Drei-Säulen-Struktur aufgebaut. Diese setzt sich aus dem Bezirksamt, der Öffentlichkeit und den Kirchen zusammen. Nach Ablauf des Modellprojektes stellt sich die Frage, wie die aufgebauten und bis dahin gut funktionierenden Strukturen zukünftig weiterhin finanziert werden können.

Einwände eines fiktiven Skeptikers: Was das wieder kostet!

"Die Kommunen sollen überall sparen und da soll ausgerechnet das “Nachdenken über das 21. Jahrhundert” finanziert werden?"

"Gerade weil die Kommunen sparen müssen, ist eine gemeinschaftliche Entscheidung darüber nötig, wie die vorhandenen Ressourcen sinnvoll und sparsam eingesetzt werden. Die vergleichsweise geringen benötigten Mittel können dabei mehrfach wieder eingespart werden.

Entscheidend für den Erfolg der Leipziger Agenda ist aber auch, daß Hunderte Leipziger Bürgerinnen und Bürger zur ehrenamtlichen Mitwirkung an diesem Prozeß bereit sind, ihre Zeit und ihre Kraft dafür einbringen.”

Aufbauwerk Regierungsbezirk Leipzig GmbH, Kontaktbüro der Leipziger Agenda 21 (1998): Zukunft für Leipzig. Diese Broschüre wurde von verschiedenen Leipziger Unternehmen finanziell unterstützt.

9 Kommunalverwaltung als beispielgebender Akteur

Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zukunftsbeständigkeit als neue "Unternehmensphilosophie" der Kommunalverwaltung zu etablieren erfordert, daß die Mitarbeiter/innen das neue Leitbild kennenlernen und sich möglichst weitgehend damit identifizieren können. Auch werden neue Aufgaben und Anforderungen auf einige Mitarbeiter/innen zukommen, für die die notwendigen Qualifikationen nicht immer vorausgesetzt werden können.

Informationsveranstaltung

Eine vierstündige Informationsveranstaltung wurde für Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung Kiel angeboten. Aufgrund einer Anordnung kam von jedem Amt ein/e Vertreter/in. Vertreter/innen mancher Bereiche wie z.B. des Theaters fühlten sich vom Thema "Lokale Agenda" allerdings weniger betroffen, während an einigen Ämtern mehrere Mitarbeiter/innen interessiert waren, von denen jedoch nur eine/r teilnehmen konnte. Zuerst wurden ein einführender Vortrag "Leitbild Nachhaltigkeit - Rio in Kiel" und ein Vortrag des Umweltschutzamtes über den Stand der Dinge in Kiel gehalten. Danach wurden konkrete Agenda-21-Projekte vorgestellt. Anschließend fand eine Diskussion zu den Fragen “Was läuft bisher in Kiel zur Agenda 21?” und “Welche Ideen zur Umsetzung der Agenda 21 haben Sie?” statt. Die Resonanz dieser Veranstaltung war mäßig, da mehrere Teilnehmende keine Anknüpfungspunkte zu ihren Aufgabenbereichen sahen. Inwieweit die Informationen zur Lokalen Agenda 21 in die jeweiligen Ämter weitergetragen wurde, wird sich zeigen.

Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Um ihre Mitarbeiter/innen in die Diskussion über eine kommunale Agenda 21 Hamburg einzubeziehen, wurden für die Amtsleiter/innen und die ihnen nachgeordnete Leitungsebene der Umweltbehörde eine ganztägige Klausurtagung und für die Mitarbeiter/innen vier jeweils dreistündige Diskussionsrunden durchgeführt. Die in diesen Diskussionen gewonnen Ergebnisse und Projektideen führten zum einen zu neuen Schwerpunkten für die tägliche Arbeit und flossen zum anderen in drei öffentliche Foren 1996 mit ein. Mitte August 1997 konnten sich die Beschäftigen über die verschiedenen Projekte, die aus diesen Diskussionen entstanden oder als Ergebnisse der Foren von der Umweltbehörde aufgegriffen worden waren, auf einem einwöchigen "Informationsmarkt zur Agenda 21" im Rahmen einer weiteren internen Fortbildungsveranstaltung informieren.

Neue Inhalte

Auch die Mitarbeiter/innen öffentlicher Verwaltungen sind nur Menschen. Deshalb gilt für sie dasselbe wie für alle anderen Beteiligten an der Aufstellung einer Lokalen Agenda 21: Zunächst muß die Gelegenheit bestehen, sich mit dem Leitbild der zukunftsbeständigen Gemeinde persönlich auseinanderzusetzen und sich darüber klar zu werden, welche Konsequenzen sich für die eigene tägliche Arbeit dadurch ergeben.

Auf welche Weise diese Auseinandersetzung schließlich stattfindet, wird von Kommune zu Kommune verschieden und nicht zuletzt abhängig von der Größe der Verwaltung sein. Die Möglichkeiten reichen vom Umlauf eines Diskussionspapiers über die Veranstaltung interner Diskussionsrunden und Fortbildungen bis zum Besuch externer Veranstaltungen. Wichtig ist, daß eine Verknüpfung der Lokalen Agenda 21 mit dem eigenen Aufgabenfeld hergestellt werden kann: Im Rahmen einer Lokalen Agenda 21 sollen die eigenen Aufgaben - jedoch verknüpft mit neuen Aspekten - weiter bearbeitet werden.

Neue Methoden

Überall, wo Menschen mit unterschiedlichen Interessen zusammentreffen, ist es sinnvoll, wenn jemand dabei ist, der die Fähigkeit besitzt, Diskussionen zu leiten und ausgleichend zwischen den Diskussionspartnern/innen (oder -gegnern/innen) zu wirken, kurz: zu moderieren. Diese Fähigkeit wird in all denjenigen Kommunen, in denen mit der Moderation des örtlichen Konsensfindungsprozesses nicht ein/e professionelle/r Moderator/in beauftragt wird, von einzelnen Mitarbeiter/innen der Kommunalverwaltung gefordert sein.

Auch werden bei einem Aktionsprogramm, dessen Umsetzung nicht allein Aufgabe der Verwaltung sein soll, Verhandlungen zwischen Akteuren notwendig sein. Hier müssen Verwaltungsmitarbeiter/innen das erforderliche Geschick und genügend Einfühlungsvermögen besitzen, um solche Verhandlungen zum gewünschten Erfolg zu führen.

Manche Menschen besitzen eine besondere Fähigkeit zur Moderation, manche weniger. Dies gilt auch für die Mitarbeiter/innen einer Kommunalverwaltung. Neben der Möglichkeit zur Weiterbildung stellt deshalb die richtige Wahl der Person bei der Zuweisung von Koordinierungsaufgaben einen wichtigen Erfolgsfaktor für eine Lokale Agenda 21 dar.

Moderationstraining Lokale Agenda 21

Das "Moderationstraining Lokale Agenda 21", das vom Bundesverband für Umweltberatung e.V. (bfub) und ICLEI gemeinsam durchgeführt wird, verfolgt das Ziel, sowohl die Methodik als auch die fachlichen Aspekte zur Lokalen Agenda 21 zu vermitteln. Die Teilnehmenden werden durch erfahrene Trainer/innen methodisch geschult. Die fachlichen Aspekte wie Ziele der Agenda, Leitbilder, kommunale Beispiele, Indikatoren für Nachhaltigkeit werden in Zusammenarbeit mit kompetenten Akteuren aus lokalen Agenda-Prozessen vermittelt.

Im Zusammenhang mit dem Fortbildungsangebot wurde bei ICLEI ein "Informationsblatt: Moderation als Hilfsmittel für Lokale Agenda-21-Prozesse" veröffentlicht.

Moderationsmaterial

Einen außergewöhnlichen Methodenset für die bürgerorientierte Beratung und Moderation hat die Umweltberatung Nordost e.V. entwickelt, um die alltägliche Beratungsarbeit mit Hilfe von verschiedenen Trainingsunterlagen und Organisationshilfen zu verbessern. Der Methodenset enthält eine Grundausstattung an Moderationsmaterialien, eine Trainingskassette "Beratungsmethodik" und Spiele, um Kommunikationssituationen und das Erkennen der Körpersprache besser zu trainieren.

Eigener Einflußbereich als gutes Beispiel

Die Notwendigkeit, zu einer zukunftsbeständigen Wirtschaftsweise zu gelangen, betrifft neben Privathaushalten und Unternehmen auch den kommunalen Verwaltungsablauf und -betrieb selbst. Auch hier gilt es, die vorhandenen finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen so effizient wie möglich einzusetzen und soziale und ökologische Belange damit in Einklang zu bringen. Nicht zuletzt bietet eine Kommunalverwaltung aufgrund ihres gemeinnützigen Auftrages Möglichkeiten, die über die Möglichkeiten von Unternehmen oder Privathaushalten (noch) hinausgehen: Hier können Maßnahmen modellhaft umgesetzt und erprobt werden, um Erfolge zu messen und Anreize zur Nachahmung zu schaffen.

Kommunen unterhalten eigene Betriebe, Gebäude und Fahrzeuge. Sie sind damit ernstzunehmende Nachfragerinnen auf dem Markt mit einem Volumen, das sich zusammengerechnet in Milliardenhöhe bewegt. Die Maßnahmen und Arbeitsweisen, die auf dem Weg zur zukunftsbeständigen Gemeinde von privaten Akteuren - beispielsweise Betrieben und Privathaushalten - erwartet werden, sollten mindestens ebenso "im eigenen Haus" Anwendung finden.

Kommunales Öko-Audit

Die "Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung" hat die kontinuierliche Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes zum Ziel. Das deutsche Umweltauditgesetz vom 7. Dezember 1995 regelt die Zulassung unabhängiger Gutachter/innen und die Aufsicht über ihre Tätigkeit.

Mit der am 10. Februar 1998 in Kraft getretenen Erweiterungsverordnung zum Umweltauditgesetz können jetzt auch kommunale öffentliche Verwaltungen am EU-Umweltauditsystem teilnehmen.

Grob umfaßt das Umweltaudit folgende Schritte.

- Definition einer Umweltpolitik
  (für die Kommune als "Unternehmen")
- Erste Umweltprüfung
  (durch interne oder externe Sachverständige)
- Festlegung eines Umweltprogramms
- Einrichtung eines Umweltmanagementsystems
- Umweltbetriebsprüfung
  (durch interne oder externe Sachverständige)
- Definition von Umweltzielen
- Umwelterklärung

Die Schritte 3 - 6 sollten in einem permanenten internen Auditzyklus wiederholt werden. Die externe Prüfung und eigentliche Auditierung bewertet die Funktionalität des Umweltmanagementsystems und die Umsetzung der definierten Umweltziele. Wichtig ist die klare Feststellung, daß sich das Ökoaudit auf die Kommunalverwaltung als Unternehmen und nicht auf die (vom gewählten Rat bestimmte) kommunale Umweltpolitik bezieht. Die Umwelterklärung ist ein Instrument, das sich nach außen wendet und so zu einem Anknüpfungspunkt für den Dialog im Sinne der Lokalen Agenda werden kann.

Beschaffung und Vergabe

Produkte, die ökologischen Ansprüchen oder solchen an die "Fairness" ihrer Produktionsbedingungen gerecht werden, erfüllen mittlerweile in vielen Fällen ihren Zweck ebenso gut wie konventionelle Produkte, oft verursachen sie darüber hinaus weniger Abfall und sind noch nicht einmal teurer. An die mit der Beschaffung betrauten Personen stellen sie die Anforderung, sich zusätzliche Gedanken an die Anforderungen an ein Produkt zu machen und teilweise noch unvertraute Beschaffungswege zu nutzen.

European Municipal Green Purchasers Group

ICLEI bietet allen europäischen Kommunen seit 1997 die Möglichkeit, Erfahrungen im Bereich umweltfreundliche Beschaffung in der European Municipal Green Purchasers Group auszutauschen. Sie wurde von ICLEI und EPE (European Partners for the Environment) im Dezember 1997 gegründet und führt Großeinkäufer/innen sowohl aus dem privaten als auch dem öffentlichen Sektor zusammen.
Die Mitglieder können ihre Fragen auf dem Internet (http://www.iclei.org/europe/ecoprocura.html) oder durch persönliche Kontakte austauschen.

Kommunaler Gebäudebestand

Bereits heute rechnen sich Investitionen in die energetische Sanierung wie Wärmeisolierung oder der Einbau neuer Heizungen. Wassersparende Armaturen reduzieren den Wasserverbrauch gerade in öffentlichen Gebäuden ohne großen finanziellen Aufwand erheblich. Neu errichtete Gebäude müssen von vornherein auf eine optimale Ressourcenschonung ausgelegt sein. Dazu gehört neben Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung beispielsweise auch die möglichst lückenlose Verwendung ökologischer Baustoffe. Darüberhinaus können neue Gebäude als Modelle für besonders innovative Maßnahmen dienen.

Kommunale Betriebe

Ein Öko-Audit hilft, Schwachstellen bei der Ressourcennutzung zu entdecken und Betriebsabläufe ökologisch zu optimieren. So werden kommunale Betriebe zu örtlichen Vorreitern und Vorzeigebetrieben.

Kommunaler Fuhrpark

Wenn bei der Anschaffung neuer Fahrzeuge neben der Funktionalität auch Kriterien der Ressourcenschonung die Auswahl bestimmen, kann auf Dauer der "Flottenverbrauch" der Gemeinde merklich gesenkt werden. Durch alternative Angebote wie Job-Ticket oder Dienstfahrräder sowie Car-Sharing innerhalb der Verwaltung und durch Teilnahme der Verwaltung an Stadt-Auto- und ähnlichen Angeboten können darüberhinaus womöglich Fahrten - und damit Fahrzeuge - eingespart werden.

Green Fleets Project

1998 haben Barcelona, Hannover, Großraum Helsinki, Kopenhagen, Leicester, Lissabon, Rom und Saarbrücken, unterstützt von der Generaldirektion XVII “Energie” der Europäischen Kommission aus dem SAVE II-Programm, ein Pilotprojekt mit dem Titel "Umweltfreundlicher Fuhrpark" gestartet. Die Städte sind alle Mitglieder der internationalen Kampagne "Städte für den Klimaschutz" (Cities for Climate Protection), die, ebenso wie das Projekt selbst, von ICLEI koordiniert wird.

Das Projekt verfolgt mehrere Ziele: Zum einen sollen der Energieverbrauch und die CO_2 -Emissionen der kommunalen Fuhrparks reduziert werden. Zum anderen soll gezeigt werden, daß die Kommunen Geld sparen und die Luftqualität verbessern, wenn ihre Fuhrparks effizient betrieben werden. Um diese Ziele zu erreichen, werden die Städte gemeinsam Grundsätze für eine kommunale Beschaffungspolitik für energie-effiziente Kommunalfahrzeuge erarbeiten.

Zum Weiterlesen

- Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hg.): Behördenleitfaden Umweltschutz. Leitfaden zur Berücksichtigung von Umweltschutzgesichtspunkten in Behörden und sonstigen öffentlichen Einrichtungen. München 1991.
  Der Leitfaden ist aus zwei Teilen aufgebaut. Der Teil A behandelt die rechtlichen und fachlichen Grundlagen der umweltorientierten Behörden- und Verwaltungsführung in Bayern und die bisherigen Erfahrungen. Im Teil B sind rund 500 praktische Vorschläge zu fnden.
- Umweltbundesamt (Hg.): Umweltfreundliche Beschaffung. Handbuch zur Berücksichtigung des Umweltschutzes in der öffentlichen Verwaltung und im Einkauf. Wiesbaden 1993.
  Das Handbuch informiert über Produkte, deren Einsatz wegen ihrer umweltschonenden Eigenschaften zu empfehlen ist. Verschiedene Produktgruppen wie Bürowesen, Kraftfahrzeugwesen, Hochbauwesen, Tiefbauwesen, Wärme- und Stromversorgung, Wasserversorgung, Wasch-, Reinigungs- und Hygienewesen usw. werden beschrieben. Das Buch ist konzipiert für die Beschaffungsstellen der öffentlichen Verwaltung.
- Welte, C. & M. Zimmermann: Leitfaden zur Umweltfreundlichen Beschaffung. In: Reihe “Umweltberatung für Kommunen” des difu. Berlin 1993.

Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

Wie zukunftsbeständig die Mitarbeiter/innen der Kommunalverwaltung in ihren Privathaushalten wirtschaften, müssen diese - wie alle anderen Privathaushalte auch - selbst entscheiden. Wie sie jedoch an ihren Arbeitsplatz gelangen und wie sie sich dort verhalten, kann durchaus beeinflußt werden. Und sicherlich bleibt, was am Arbeitsplatz eingeübt wird, nicht ohne Folgen für das Privatleben.

In vielen Städten stellt die öffentliche Verwaltung zusammen mit den kommunalen Betrieben einen der größten Arbeitgeber dar. Dies bedeutet, daß veränderte Verhaltensweisen einen für die Gemeinde vergleichsweise spürbaren Effekt haben. Nicht zuletzt wird die Überzeugung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Verhaltensweisen umzustellen, leichter fallen, wenn die Verwaltung selbst mit gutem Beispiel vorangeht.

Die Fahrt zur Arbeit

Ob die Beschäftigten ihren Arbeitsplatz allmorgendlich mit dem eigenen Pkw ansteuern, ob sie Fahrgemeinschaften bilden oder öffentliche Verkehrsmittel benutzen, hat erhebliche Auswirkungen auf die örtlichen Schadstoffemissionen und damit die Luftqua-lität. Anreize, das eigene Auto stehenzulassen oder Fahrgemeinschaften zu bilden, können beispielsweise die Einführung eines Jobtickets für den öffentlichen Nahverkehr und/oder die Verknappung bzw. Bewirtschaftung von Parkraum sein.

Jobticket für Hamburger Verwaltungsmitarbeiter/innen

Um möglichst viele der rund 100.000 Mitarbeiter/innen der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg zum Umsteigen auf öffentliche Nahverkehrsmittel zu gewinnen, soll versucht werden, im Rahmen der bundesweit zu vereinbarenden Tarifverträge des öffentlichen Dienstes die Möglichkeit eines Arbeitgeberzuschusses zum Jobticket ("Arbeitnehmer-Fahrkarte") zu verankern, gegebenenfalls auch unter dem Gesichtspunkt einer regionalen Öffnungsklausel. Voraussetzung für die Realisierung ist ein Konsens der Tarifpartner/innen auf Bundes- und Landesebene. Es hat bereits erste Kontakte zu der Tarifgemeinschaft deutscher Länder gegeben.

Stoff-Isenberg, S.: Kommunale Agenda 21 Hamburg - Von der Mitarbeiter/innenbeteiligung zum Projekt. In: Kuhn, S., Suchy, G. & M. Zimmermann (Hg.): Lokale Agenda 21 in Deutschland. Heidelberg 1998.

Abfall

In einer zukunftsbeständigen Verwaltung tragen alle Mitarbeiter/innen dazu bei, daß in den Ämtern, Schulen und öffentlichen Betrieben zunächst überhaupt so wenig wie möglich Abfall entsteht, daß der Abfall, der entsteht, möglichst wenig Problemstoffe enthält und daß er möglichst unvermischt dem Recycling zugeführt werden kann.

Energiesparen

Der Energieverbrauch kommunaler Einrichtungen und Ämter wird nicht allein bestimmt von der Wärmedämmung der Gebäude oder dem Energieverbrauch der benutzten Ausstattung. Verwaltungsmitarbeiter/innen können durch ihr Heizungs- und Lüftungsverhalten, ihre Achtsamkeit beim Löschen von Beleuchtungen oder das Abschalten nicht benutzter Geräte Energie und Kosten sparen helfen und damit den Ressourcenverbrauch der Gemeinde senken.

Energie-Check in der Hallenser Verwaltung

In dem Klimaschutzkonzept der Stadt Halle wurde festgestellt, daß die öffentlichen Gebäude unzureichend wärmegeschützt und ihre Heizungsregelungseinrichtungen veraltet sind. Um als Verwaltung mit gutem Beispiel zum Energiesparen voranzugehen, wurde an die Beschäftigten eine "Energiesparcheckliste" mit Hinweisen zum Energiesparen verteilt.

Die politische Kultur: Dialog und Konsensfindung

Warum Konsens?

10

Die Entwicklung einer Gemeinde wird bestimmt durch das Zusammenspiel von Entscheidungen und Aktivitäten verschiedener Akteure unter bestimmten äußeren Rahmenbedingungen. Die Interessen dieser Akteure - Bevölkerungsgruppen, Verbände, Unternehmen usw. - stehen oft in Konkurrenz zueinander. Die schwierige Aufgabe der Kommunalverwaltung ist, einerseits zwischen diesen verschiedenen Interessen Ausgleich zu schaffen, ohne andererseits die Handlungsbereitschaft jedes einzelnen Akteurs zu dämpfen. In der täglichen Praxis sieht dies häufig so aus: Jeder Akteur verfolgt unabhängig sein eigenes Interesse, und die Kommunalverwaltung sorgt dafür, daß die negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen auf die Gemeinde begrenzt bleiben.

Zweifellos sind die Beteiligungsmöglichkeiten in der deutschen Kommunalpolitik weit entwickelt. Ebenso zweifellos haben die Kommunen hierzulande vorbildliche Umweltschutzprogramme und -aktivitäten entwickelt. Zweifellos ist jedoch trotz allem unsere Lebensweise an keinem Ort zukunftsbeständig. Um den entscheidenden Schritt von der Umweltverträglichkeit zur Zukunftsbeständigkeit machen zu können, müssen möglichst alle örtlichen Akteure ihr Handeln im Konsens auf ein gemeinsames Ziel ausrichten. Diesen Konsens herzustellen ist Sinn des lokalen Agenda-21-Prozesses, diesen Konsens festzuschreiben und seine Umsetzung einzuleiten Sinn des kommunalen Aktionsprogramms.

Voraussetzung dafür ist, daß traditionell konkurrierende Akteure zusammengebracht werden, sich über ihre jeweiligen Vorstellungen von einer zukunftsbeständigen Gemeinde austauschen und eine gemeinsame Zielvorstellung entwickeln. Dabei eröffnen sich neue Handlungsoptionen, bei denen keine/r der/die "Verlierer/in" ist - sogenannte "Win-Win-Strategien". Die in diesem Dialog stattfindende Bewußtseinsveränderung schafft die Voraussetzung für einen neuen örtlichen Konsens - und dieser Konsens ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Verhaltensänderung.

Checkliste:
Die Aufgaben der Verwaltung im örtlichen Dialogprozeß

- Koordination und Moderation des Konsensfindungsprozesses
- Vermittlung zwischen Akteuren, Herstellung von Kontakten
- Unterstützung externer Akteure bei der Durchführung von Maßnahmen durch Beratung, Experten/innenwissen, Kontaktvermittlung etc.
- Durchführung eines internen Dialogs
- Zusammenführung des kommunalen Aktionsprogrammes

Unternehmen und Kommunen: Die Bremer Initiative

Auf Einladung des Senats der Freien Hansestadt Bremen versammelten sich in Bremens World Trade Center vom 13. bis 15. März 1997 mehr als 150 Experten/innen aus 39 Ländern zur internationalen Konferenz "Unternehmen und Kommunen - Neue Partnerschaften für das 21. Jahrhundert". Die Teilnehmenden kamen überein, daß die Zusammenarbeit von Privatunternehmen und Kommunen von zentraler Bedeutung für die Schaffung und den Erhalt von Lebensbedingungen sind, die den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden können. Privater und kommunaler Verantwortlichkeit bei Entscheidungsprozessen wurde entscheidendes Gewicht beigemessen, allerdings nicht auf Kosten des Ausschlusses von Schlüsselakteuren wie Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen.

Konkretes Ergebnis der Zusammenkunft war die Bremer Erklärung. Sie untermauert die Verantwortlichkeiten kommunaler Behörden und privater Unternehmen weltweit, Strategien für die zukünftigen Herausforderungen in den Bereichen Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft zu entwickeln. Die Bremer Erklärung wurde anschließend vom 33. Weltkongreß des internationalen Gemeindeverbandes IULA 1997 verabschiedet und außerdem der UN-Sondergeneralversammlung 1997 zur Agenda-21-Bestandsaufnahme vorgelegt.

Der hohe Stellenwert der Konferenz wurde durch die Teamarbeit mehrerer weltweiter Organisationen erreicht, wozu das World Business Forum for Habitat II, ICLEI, IULA sowie Towns & Development zählen.

Formen des Dialogs

Möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sollen in den lokalen Agenda-21-Prozeß miteinbezogen werden. Sicherlich jedoch nicht alle in derselben Weise. Für ein zielgerichtetes Vorgehen sind einige hilfreiche Unterscheidungen notwendig:

Die Absicht...

Während die Informationen über eine zukunftsbeständige Entwicklung vor Ort jeden Bürger, jede Bürgerin erreichen sollten, kann sich an der Aufstellung des kommunalen Aktionsprogrammes nur eine begrenzte Zahl von Personen beteiligen. Deshalb ist es wichtig, sich in jeder Phase des lokalen Agenda-21-Prozesses zu überlegen, welche Bevölkerungsteile informiert werden sollen und welche Personen am engeren Dialog beteiligt sein sollen oder sogar müssen. Je eher diese partizipierenden Personen stellvertretend für eine größere Gruppe sprechen können, desto mehr Menschen erreicht der lokale Agenda-Prozeß rückwirkend wieder durch Information.

...bestimmt die Methode

Nur wenn geklärt ist, mit welcher Personengruppe welche Dialog-Absicht verknüpft ist, kann die jeweils geeignete und damit am ehesten erfolgversprechende Methode ausgewählt werden.

Generell muß unterschieden werden zwischen Methoden der Öffentlichkeitsarbeit und solchen des engeren Dialoges zwischen örtlichen Akteuren zum Zweck der Konsensfindung. Diese können sich durchaus gegenseitig unterstützen, beispielsweise indem mit Hilfe von Öffentlichkeitsarbeit Akteure zur Beteiligung an einem Dialog überhaupt erst motiviert werden oder aber Ergebnisse des Dialoges durch begleitende Öffentlichkeitsarbeit in die örtliche Bevölkerung getragen werden. Die folgenden Kapitel dieser Arbeitshilfe folgen dieser Unterscheidung.

Beteiligte am Dialog

An der Erarbeitung des langfristigen Aktionsprogramms für eine zukunftsbeständige Entwicklung der Gemeinde sollen sich möglichst viele örtliche Akteure aktiv beteiligen können. Dies wird bei den einen relativ leicht, bei anderen wiederum schwerer in die Tat umzusetzen sein. Letzteres gilt vor allem für nicht organisierte Bevölkerungsgruppen.

Prinzipiell bieten sich folgende Strategien an:

- *Methoden finden, wie alle Akteure beteiligt werden können.*
  Dies ist nur möglich - und hier allerdings äußerst zu empfehlen - für die Bearbeitung einzelner Themenfelder, innerhalb derer die Anzahl der relevanten Akteure begrenzt ist und damit überhaupt benannt werden kann.
- *Beginnen mit den Akteuren, die zum Dialog bereit sind.*
  Dies empfiehlt sich für allgemeine Diskussionen über Leitbilder einer zukunftsbeständigen Gemeindeentwicklung. Eine kritische Mindestzahl sollte dennoch von Anfang an beteiligt sein, um überhaupt zu relevanten Aussagen gelangen zu können.

Hinweise auf die Rolle wichtiger Akteure für eine zukunftsbeständige Entwicklung gibt auch die Agenda 21 von Rio.

Kirchen

suchen den Zugang zu Menschen auf eine andere Weise als die Politik. Damit erreichen sie andere Personen als diejenigen, die über die kommunalpolitischen Themen erreicht werden. Kirchen stellen vor Ort häufig einen Teil der sozialen Dienste sowie Einrichtungen wie beispielsweise Kindergärten. Darüber hinaus verfügen sie über Räumlichkeiten für die Alten-, Jugend- und sonstige Gemeindearbeit. Der "Konziliare Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung" stellt eine kirchliche Bewegung dar, die inhaltlich dem Agenda-Prozeß von Rio sehr nah ist.

Frauen

sind im öffentlichen Leben nach wie vor nicht ihrem tatsächlichen Anteil entsprechend repräsentiert. Vor allem Gremien und Foren, die sich aus Vertreter/innen und Vorsitzenden von Verbänden, Einrichtungen und Initiativen zusammensetzen, sind noch immer vielfach fast reine "Männerrunden". Frauen machen spezifische Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit ihrer Umgebung und ihrer täglichen Nutzung, deren Einfließen in die Diskussion um die Zukunft der Kommune entscheidend ist.

Jugendliche

stellen die "Generation 21" dar, d.h. ihre Zukunft wird durch heutige Entscheidungen - auch im Rahmen lokaler Agenda-21-Prozesse - maßgeblich bestimmt. Sie sollten nicht fälschlicherweise verantwortlich gemacht werden für das Gelingen einer zukunftsbeständigen Entwicklung - schließlich waren es ihre Eltern und Großeltern, die die Erde zu dem gemacht haben, was sie jetzt ist. Allerdings können sie durchaus ihre eigenen Vorstellungen von einer lebenswerten Zukunft entwickeln und in den örtlichen Dialogprozeß einbringen

Ausländer/innen

stellen eine Verbindung der Kommune zu anderen Ländern, Erdteilen und Kulturen dar. Ihre Erfahrungen, die Gründe für ihre Entscheidung, bei uns zu leben und nicht in ihrer Heimat, sind vielschichtig. Ihre Anwesenheit ist der tägliche Hinweis darauf, daß unsere Orte auf vielfältige Weise mit anderen Orten verknüpft sind. Ausländer/innen sind damit wichtige Gesprächspartner/innen beispielsweise in Diskussion über unseren Lebensstil und Wohlstand und seine Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in anderen Teilen der Erde.

Potentielle Beteiligte am Dialog

- Ältere Mitbürger/innen (Altenverein)
- Arbeitgeber/innenverbände
- Ärzte/innen(kammer)
- Architekten/innen(kammer)
- Ausländer/innen(vertreter/innen und -beirat)
- Beratungsstellen
- Bahn- und Busunternehmer/innen
- Banken
- Bauträger/innen, -genossenschaften
- Behinderte(nvertreter/innen)
- Berufsverbände
- Bildungseinrichtungen (VHS, Musikschule)
- Bürgerinitiativen
- Caritative Verbände (Wohlfahrtspflege)
- Eine-Welt-Gruppen
- Elternvertreter/innen
- Entsorgungsunterneh men (Abfall, Recycling)
- Feuerwehr
- Fördervereine
- Förster
- Frauenverbände
- Gemeinderäte/innen
- Gewerbe(verein)
- Gewerkschaften
- Handwerk(skammer)
- Handwerksinnungen
- Haus- und Grundbesitzer/in-nen(verein)
- Heimatvereine
- Hochschule (FH, TH, UNI)
- Hotel- und Gaststättenverband
- Immobilienhändler/in, Makler/in
- Industrie- und Handelskammer
- Industrievertreter/in
- Jagd- und Fischereiverbände
- Jugend(vertreter/innen,

Der Runde Tisch für eine zukunftsbeständige Gemeinde.

Aus: Agenda-Büro Hannover: Vorläufige Leitlinien und Leitziele für eine Lokale Agenda 21 in Hannover,

- Kinderschutzbund
- Kirchenvertreter/innen
- Kreisverwaltung,
- Künstler/innen
- Kulturvereine
- Medien (Fernsehen, Internet-provider, Lokalradio)
- Menschenrechtsgruppen
- Mieter/innenverein
- Musikvereine
- Mütterzentrum
- Landwirtschaftsverband
- Obst- und Gartenbauverein
- Parteien
- Polizei
- Presse
- Rettungsdienste (DRK, Malteser...)
- Rundfunk
- Einzelhandel(sverband)
- Schulen
- Soziale Einrichtungen (Alten-/Bürgerheim)
- Sportvereine
- Stadtbibliothek
- Stadtteilbeiräte/innen
- Städtische Ämter
- Städtische Wohnbau
- Technisches Hilfswerk
- Tierschutzverein
- Umwelt-/Naturschutz-verbände
- Verbraucherberatung .
- Verkehrsclubs (VCD, ADAC, AvD,...)
- Verkehrsverein
- Verkehrswacht
- Versorgungsunternehmen (Strom, Gas, Wasser)
- Volkshochschulen
- Waldbesitzer/innen
- Wirtschaftsverbände (-junioren)

Öffentlichkeitsarbeit 11

Jeder einzelne Haushalt kann seinen Beitrag dazu leisten, daß eine Kommune zukunftsbeständig wird. Der lokale Agenda-21-Prozeß sollte deshalb von allen Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen und mitverfolgt werden können. Nur dann wird das Ergebnis, das kommunale Aktionsprogramm, auf breite Akzeptanz und Unterstützung bei der Umsetzung stoßen.

Die dafür nötige Öffentlichkeitsarbeit, ihre Medien und Methoden sind hinlänglich bekannt. Kein kommunales Abfallkonzept kommt heute mehr ohne sie aus. Und Themen wie die Lokale Agenda 21 stehen mit zahllosen anderen, professionell vermarkteten Produkten in einer scharfen Konkurrenz um die Aufmerksamkeit der Bürger/innen.

Öffentlichkeitsarbeit hat im lokalen Agenda-Prozeß mehrere Funktionen:

- Zum einen soll sie Interesse am Thema wecken und Menschen zur Mitarbeit motivieren.
- Zum anderen soll sie laufend informieren über Stand, Zwischenergebnisse und Aktionen innerhalb des Agenda-Prozesses.
- Darüber hinaus soll sie einzelne Zielgruppen zu zukunftsbeständigem Handeln motivieren (für den Umweltbereich ähnlich der klassischen Umweltaufklärung).

Alle drei Funktionen müssen - in Form "interner Öffentlichkeitsarbeit" - auch die Mitarbeiter/innen der Kommunalverwaltung erreichen.

Öffentlichkeitsarbeit bedeutet damit niemals, einfach nur "Staub aufzuwirbeln". Dem gezielten Einsatz bestimmter Medien liegen immer die Fragen zugrunde:

Was will ich erreichen?
Welches ist meine Zielgruppe?

Checkliste:
Kriterien für die Gestaltung und Nutzung von Medien

- Absender/in
- Zielsetzung
- Einsatzort
- Zielgruppe(n)
- Themenbereich
- Aussage(n)
- Informationsgehalt
- Wirkung(en)
- Elemente
- Übersichtlichkeit
- Verständlichkeit
- Nutzungsmöglichkeiten
- Nutzungsdauer
- Gültigkeitsdauer
- Auffälligkeit

Aus: Helmut Bauer, Umweltforschungsinstitut Tübingen (ufit): Materialien zum Moderationstraining Lokale Agenda 21, 1997.

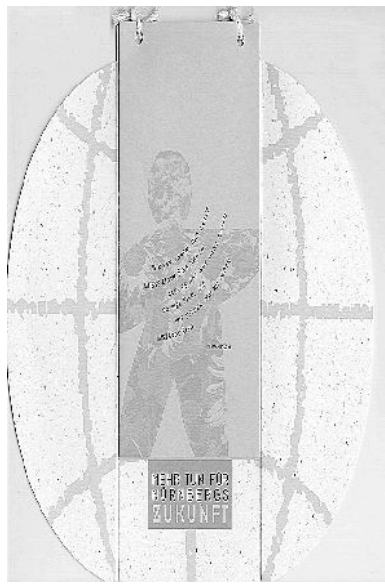
Plakate im Rahmen der Münchner Sommerkampagne zur Lokalen Agenda 21 sollen neugierig machen und Interesse wecken.

Printmaterialien

Faltblätter und Plakate sind übliche, einfache Wege der Information. Die Kunst liegt vor allem in der Verbindung von ansprechender Gestaltung und Informationsgehalt. Folgendes muß schnell erkennbar sein:

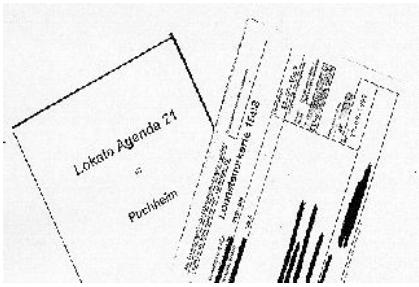
Worum geht es?
Inwiefern geht es um mich?
Was wird von mir erwartet?

Die besten Materialien nützen wenig, wenn sie an der Rathaus- oder Kirchenpforte ausliegen oder im Flur des Liegenschaftsamtes aushängen. Eine Broschüre für die Bevölkerung muß die Bevölkerung auch flächendeckend erreichen, beispielsweise zusammen mit der Wasser- oder Stromrechnung, Plakate müssen dort hängen, wo die Bevölkerung sie sieht, also an Haltestellen, Litfaßsäulen auf der Bank oder dem Arbeitsamt.



Faltblätter zur Lokalen Agenda 21 in Nürnberg und Münster sollen viele Haushalte erreichen, informieren und fordern zur Beteiligung auf.

Damit alle Bürger/innen der Stadt Puchheim erreicht werden konnten (und zudem die Portokasse nicht zu sehr belastet wurde), wurden die Infos zur Lokalen Agenda 21 zusammen mit der Lohnsteuerjahreskarte verschickt.



Leipzig - Plakataktion

1997 fand ein Wettbewerb zur Lokalen Agenda 21 zwischen Studenten und Studentinnen der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig statt, der von den kommunalen Wasserwerken finanziell gefördert wurde. Dabei wurden 15 Plakate entworfen, die auf unterschiedliche Weise das Thema Lokale Agenda visuell behandeln.

Logos

Logos haben eine große Bedeutung für die Wiedererkennung eines Gedankens, Produktes oder auch Prozesses. Verschiedene Orte haben Logos für ihre Agenda-Aktivitäten entwickelt, oft sind sie bunt und fröhlich. Bundesweit wurde die Chance für die Wiedererkennung gleichartiger, aber dezentraler Aktivitäten bisher nicht genutzt. Anders im europäischen Ausland: Der britische Kommunalverband beispielsweise ziert sämtliche Printmaterialien, Konferenzsignets, Internet-Seiten etc. mit einem einheitlichen Agenda-Zeichen, das auch vor Ort Verwendung findet.

Logos zur Lokalen Agenda 21 in Bonn, Frankfurt und Hamburg.

Das Logo in Bremen entstand in einem Partizipationsprozeß, angeregt und organisiert durch eine Unterarbeitsgruppe einer Arbeitsgruppe des Runden Tisches.

Pressearbeit

Die örtliche Tagespresse kann durch regelmäßige Berichterstattung und den Abdruck von Leserbriefen ein wertvolles Forum für die Öffentlichkeit im lokalen Agenda-21-Prozeß sein. Ein enger Kontakt zur Presse kann eine preisgünstige Möglichkeit sein, die örtliche Bevölkerung zu informieren, Qualität und Tendenz der Berichterstattung lassen sich allerdings nur geringfügig steuern.

Auch etablierte kommunale Mitteilungsorgane können für die Bekanntmachung des lokalen Agenda-Prozesses genutzt werden.

21 plus zwei

Blätter zur Agenda 21 im Landkreis Fürstenfeldbruck

Aus dem Inhalt

Gemeinden
- Schwerpunkte Puchheim
- Agenda-Prozeß: Sachstand in den Gemeinden

Landkreis
- Agenda-Film
- Liste der Ansprechpartner der Arbeitsgruppe
- Agenda auf Landkreisebene
- Agenda-Prozeß – Wo bleiben die Bürgerinnen und Bürger?

Im Gespräch
- Staatsminister Dr. Thomas Goppel

Blick über den Teller
- Klimakonferenz Bonn
- Agenda 21 im Internet

Rubriken
- Termine
- Buchbesprechung
- Literaturtips

und mehr...

Die Agenda-Zeitung "21 plus zwei", die vom Landkreis Fürstenfeldbruck alle zwei Monate herausgegeben wird, vernetzt die Agenda-Aktivi-täten der 21 Gemeinden und 2 Städte im Landkreis. Die Kosten trägt das Landrats-amt.

Eine aufwendig gestaltete, farbige Agenda-Zeitung gibt die Stadt Hannover heraus. Pro Ausgabe wird ein Schwerpunktthema wie Klima, Konsum, Siedlungsentwicklung behandelt. Die Rubrik "Agenda-Aktiv" ent-hält Buchtips, Termine und Informationen. Auch für Artikel über Kinder ist auf einer Extra-Seite

Es muß jedoch überlegt werden, ob ihr Charakter als "offizielle" Stimme der Kommunalverwaltung erwünscht ist und die angepeilten Zielgruppen erreicht.

Möglich ist auch die Herausgabe einer eigens für den lokalen Agenda-Prozeß geschaffenen regelmäßigen Veröffentlichung. Hier müssen jedoch der finanzielle Rahmen, mögliche Sponsoren, die Adressaten und die dafür notwendige Auflage sowie Möglichkeiten der Nutzung bestehender Verteilungswege genau überlegt werden.

Öffentliche Veranstaltungen

Auch ein lokaler Agenda-Prozeß kommt nicht ohne örtliche Höhepunkte aus. Öffentliche Veranstaltungen zu Themen, von denen sich die Bürgerinnen und Bürger angesprochen fühlen, machen den Weg zur zukunftsbeständigen Gemeinde immer wieder einmal greifbar und geben neuen Schwung. Dabei gilt leider auch hier "der Prophet im eigenen Lande nichts": Der oder die Prominente von außerhalb kann dasselbe sagen wie der/die (billigere) Experte/in vor Ort: Die Wirkung ist eine andere.

In den zahlreichen Städten und Gemeinden, in denen öffentliche Veranstaltungen wie Vorträge und Podiumsdiskussionen, Aktionstage oder Bürgerfeste ohnehin bereits ihren festen Platz haben, können diese gezielt und sichtbar mit der Lokalen Agenda 21 in Verbindung gebracht werden.

Auftaktveranstaltung mit Kulturprogramm

In der Stadt Nürnberg fand eine Auftaktveranstaltung zur Lokalen Agenda 21 Nürnberg unter dem Motto “Einfach besser leben” im März 1997 statt. An die 200 interessierte Teilnehmer/innen diskutierten am Vormittag über die Umsetzung der Agenda 21 vor Ort. Vier Runde Tische zu den Themen “Umwelt und Wirtschaft”, “Umweltbildung und Öffent-lichkeitsarbeit”, “Energie und Klima” und “Ökologische Stadtplanung” bildeten sich. Am Abend rundete eine buntes Kulturprogramm die Veranstaltung ab.

Ideen zur Wiederverwertung

Der Wuppertaler Umweltschutzpreis stand 1997 unter dem Slogan "Gebrauchen statt Verbrauchen - Beiträge zur Lokalen Agenda 21". Am Tag der Umwelt wurde der erste Preis an drei Gruppierungen verteilt: Ein Schwimmverein benutzt Bus & Bahn oder fährt in Fahrgemeinschaften bei Auswärtsfahrten. Eine Jugendfarm baut aus Holzabfällen und Altglas Kaninchenställe. Warmes Essen auf Rädern verteilt die "Wuppertaler Tafel" an Nichtseßhafte. Insgesamt schickten 34 Vereine, Umweltverbände, Schulen und Privatpersonen sowie drei Firmen ihre Ideen ein.

Umfragen, Haushaltsbefragungen, Aufrufe zu Meinungsäußerungen etc.

Eine Lokale Agenda 21 soll zukunftsbeständige Lösungen für die örtlichen Probleme finden helfen. Wo es für sinnvoll gehalten wird, zunächst herauszufinden, wo die drängenden örtlichen Probleme denn überhaupt liegen, können Haushaltsbefragungen doppelten Nutzen stiften: Zum einen wird sichergestellt, daß die Aufstellung der Lokalen Agenda nicht an den Problemen der Menschen vorbei geschieht, zum anderen kann die Befragung selbst bewußtseinsfördernd wirken.

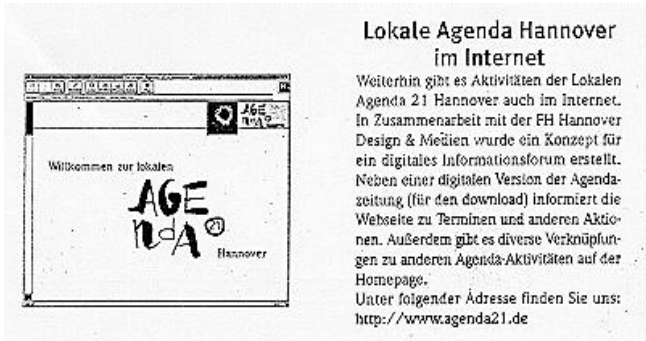
Befragungen sind jedoch aufwendig und ihr Rücklauf ist fast nie repräsentativ. Möglicherweise können sie kostengünstig über einen Werkvertrag im Rahmen einer Diplomarbeit o.ä. durchgeführt werden.

Projekt "Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien im Rahmen von Lokalen Agenda-21-Prozessen" (ICTULA)

Das im Frühjahr 1998 begonnene, von der EU geförderte Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, den Status Quo der Technologienutzung in Kommunen zum Zwecke der Information der Öffentlichkeit und Kommunikation mit ihren Bürgern und Bürgerinnen im Rahmen laufender Agenda-Prozesse zu untersuchen. Anhand der gewonnenen Erkenntnisse sollen Fallstudien erarbeitet sowie in Zusammenarbeit mit 5 Modellstädten Module zur Anwendung in Kommunen entwickelt werden. Ziel ist auch, die Anwendung neuer Technologien zu fördern.

Internet

Was für kommerzielle Werbung, wissenschaftlichen Disput und Bankgeschäfte von daheim gut ist, ist für die Lokale Agenda 21 billig: Ein eigenes Message Board zur zukunftsbeständigen Entwicklung und ein interaktiver Chat-Room für Diskussionsbeiträge und Kommentare auf der gemeindeeigenen Homepage machen nicht viel Arbeit und Kosten. So werden zwar sicher nicht alle Teile einer Kommune erreicht, möglicherweise aber gerade solche Teile, die sich auf traditionellen Wegen kaum ansprechen lassen.



Lokale Agenda Hannover im Internet

Weiterhin gibt es Aktivitäten der Lokalen Agenda 21 Hannover auch im Internet. In Zusammenarbeit mit der FH Hannover Design & Medien wurde ein Konzept für ein digitales Informationsforum erstellt. Neben einer digitalen Version der Agendazeitung (für den download) informiert die Webseite zu Terminen und anderen Aktionen. Außerdem gibt es diverse Verknüpfungen zu anderen Agenda-Aktivitäten auf der Homepage.
Unter folgender Adresse finden Sie uns: http://www.agenda21.de

Aus: Agenda-Zeitung Hannover, Ausgabe 5

In größeren Städten stellt das Internet eine interessante Möglichkeit dar, einen kontinuierlichen Dialog zwischen vielen örtlichen Gruppen zu initiieren, ohne dafür Gremien bilden, Termine absprechen oder Versammlungen einberufen zu müssen. Es bietet wie kein anderes Medium die Gelegenheit, Öffentlichkeitsarbeit und direkten Dialog zwi-schen Akteuren eng miteinander zu verbinden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird es allerdings zunächst nur als ergänzende Kommunikationsform dienen, Erfahrungen stehen noch aus.

12 Dialog mit Akteuren

Der Dialog zwischen Kommunalverwaltung, Wirtschaft, Verbänden und anderen örtlichen Gruppen ist nicht Selbstzweck oder Modeerscheinung, sondern soll in erster Linie dazu dienen, einen Konsens über Wege zu einer zukunftsbeständigen Entwicklung der Gemeinde herbeizuführen. Dieser Dialog muß gerade in Deutschland nicht überall neu erfunden werden. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich vielerorts eine Beteiligungskultur entwickelt, die beste Voraussetzungen für die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 bietet.

Der Dialog mit Akteuren im Rahmen eines lokalen Agenda-Prozesses ist dabei zielgerichteter und ergebnisorientierter als die klassische "Bürgerbeteiligung". Er sieht jedoch in keinem Fall die Etablierung einer Art "Nebenregierung" der Kommune vor.

Verknüpfung des Umweltausschusses mit Agenda-Arbeitskreisen

Im Mai 1996 wurde der schon bestehende Umweltbeirat der Gemeinde Unterhaching per Gemeinderatsbeschluß auf die Belange der Agenda 21 eingerichtet, was in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt wurde und nur durch eine 2/3 Mehrheit verändert werden kann.

1 Der Umweltbeirat/AGENDA 21 besteht aus den drei Umweltbeauftragten (§ 8 Abs. 3 Nr.6), dem Sprecher der Vollversammlung der AGENDA 21 und den Sprechern der Arbeitskreise der AGENDA 21.
Die Anzahl und die Aufgabengebiete der Arbeitskreise werden von der Vollversammlung der AGENDA 21 festgelegt.
Die Arbeitskreise wählen aus ihrer Mitte jeweils einen Sprecher.
Die Arbeitskreise erarbeiten auf ihrem Gebiet Empfehlungen für den Gemeinderat. Die Empfehlungen werden von den jeweiligen Sprechern schriftlich in den Umweltbeirat/AGENDA 21 eingebracht. Über diese Empfehlungen befindet der Umweltbeirat/AGENDA 21 vorberatend im Sinne des § 7.
Der Umweltbeirat/AGENDA 21 wird von den Umweltbeauftragten in jährlichem Wechsel geleitet.

2 Neben der fachlichen Beratung der gemeindlichen Entscheidungsgremien steht der Umweltbeirat/AGENDA 21 auch den Bürgern für die Beantwortung aller einschlägigen Fragen zur Verfügung.

3 Empfehlungen des Umweltbeirates/ AGENDA 21 sind von den zuständigen Gremien zu behandeln.

Auszug aus der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Strukturen für einen örtlichen Dialog

Erweiterte Ratsausschüsse

Ratsausschüsse, die um sachkundige Bürger/innen, im jeweiligen Themenfeld engagierte Verbände oder sonstige ortsansässige Expert/innen erweitert sind, stellen bereits eine Form des Dialoges zwischen Kommunalverwaltung und örtlichen Akteuren dar. Um zu einer Lokalen Agenda 21 zu gelangen, müssen folgende Bedingungen beachtet werden:

- Die Arbeit erweiterter Ausschüsse sollte neben tagespolitischen Themen auch langfristige Fragen nach generellen Zielen, nach der Zukunftsbeständigkeit der kommunalen Entwicklung umfassen.
- Die zumeist auf einen kommunalpolitischen Bereich (Bauausschuß, Umweltausschuß etc.) beschränkte Diskussion muß mit anderen Aspekten verknüpft werden.
- Die Kommunikation sollte weg von der bloßen Auseinandersetzung und hin zu konstruktiver Zusammenarbeit und Konsensbildung führen.

Erweiterte Arbeitsgruppe Umwelt

Die erweiterte Arbeitsgruppe Umwelt in der Stadt Ludwigsburg setzt sich aus der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe Umwelt, die sich seit April 1985 viermal im Jahr intern trifft, und aus Vertretern/innen verschiedener Umweltverbände zusammen. Seit Mai 1986 tagt sie zweimal pro Jahr und hat beratende Funktion. Die Umweltverbände können sich bei der Aufstellung der Tagesordnung beteiligen. In einer offenen Sitzung werden die Themen diskutiert. Die Stadtverwaltung greift die angesprochenen Themen auf und bearbeitet sie weiter. Verbindliche Zusagen trifft der Oberbürgermeister.

Eine weitere Form der Beteiligung der Umweltverbände besteht seit 1996 darin, daß sie Stellungnahmen zu umweltrelevanten Vorlagen abgeben können, bevor der Gemeinderat diese erhalten hat. Die Fraktionen erhalten somit gleichzeitig die Vorlagen und die Stellungnahmen der Umweltverbände vor der Sitzung des Gemeinderats.

Bereits vorhandene Foren

Die bereits in manchen Städten und Gemeinden eingerichteten "Verkehrsforen", "Energietische", "Kulturbeiräte" usw., in denen Vertreter/innen aus der Kommunalverwaltung, der örtlichen Wirtschaft, Verbänden und anderen Gruppen zusam-menkommen, um zu einem Handlungsfeld Maßnahmenvorschläge für die Kommunalpolitik zu erarbeiten, können - ob sie so heißen oder nicht - Teil des lokalen Agenda-21-Prozesses sein. Ausschlaggebend dafür sind wieder einige Fragen, anhand derer die Arbeitsweise bestehender Foren auf eine Lokale Agenda 21 hin überprüft und gegebenenfalls ausgerichtet werden kann:

- Wie wird die Verknüpfung ökologischer und sozialer mit wirtschaftlichen Aspekten

Energie-Tisch Dessau

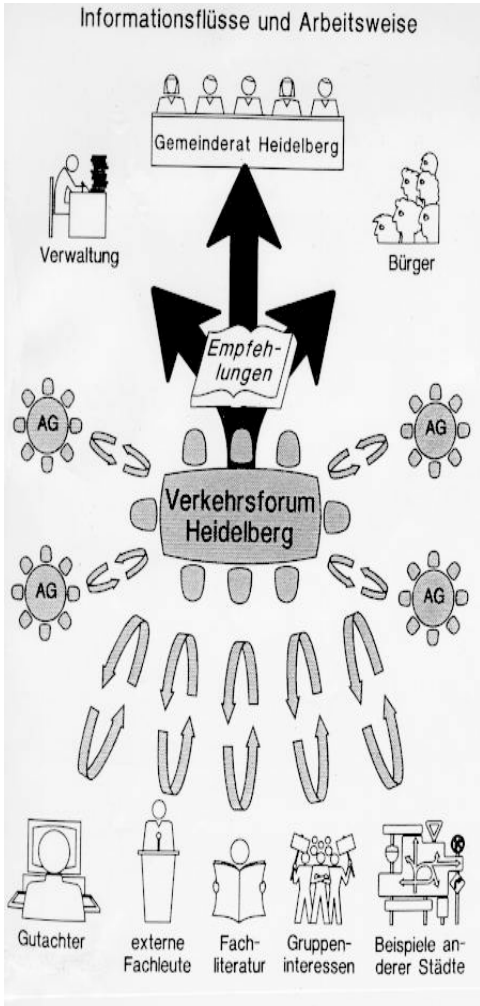
Im September 1995 fand die erste Sitzung des Energie-Tisches in der Stadt Dessau im Rahmen der “Bundesweiten Kampagne zur freiwilligen CO_2-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern”, die gemeinsam vom Institut für Organisationskommunikation in Bensheim und dem Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführt wurde, statt. Weil systematisch Möglichkeiten der Energie(kosten)einsparung für private Verbraucher/innen analysiert werden sollten, saßen alle relevanten Bürgerinstitutionen wie Vereine, Schulen, Umweltverbände, Ingenieurbüros, die Stadtwerke und weitere am Energie-Tisch. Das Projekt zielte vor allem auf verschiedene Maßnahmenpakete zur CO_2-Vermeidung ab. Unterschiedliche Bausteine waren dabei Mitmach-Aktionen in Schulen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Konzeption und Einrichtung des Energie-Beratungs-Zentrums (EBZ) und Energieeinsparungen in öffentlichen Gebäuden.

gewährleistet?

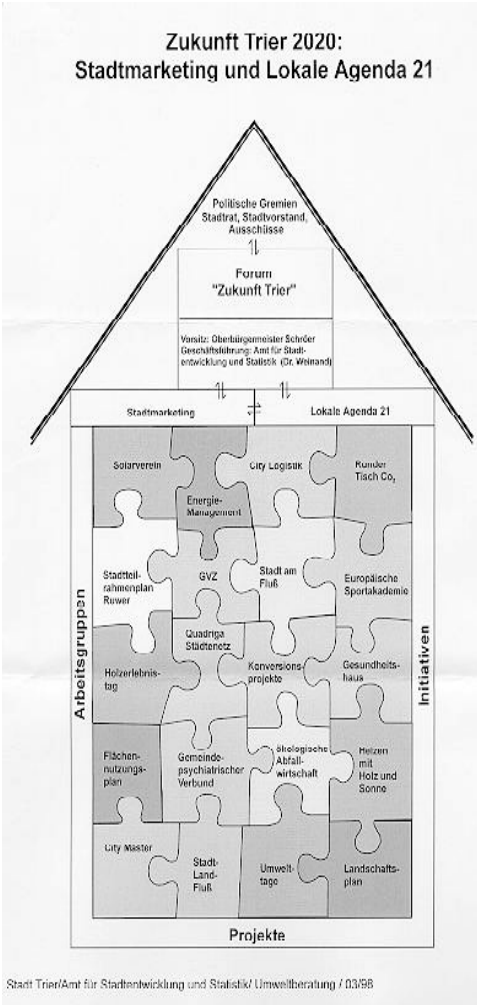
- Gibt es zu allen zentralen Zukunftsfragen und Handlungsfeldern der Gemeinde solche Dialoggremien oder nur für ein aktuelles Thema?
- Ist die Zukunftsbeständigkeit der Kommune erklärtes Ziel des Dialoges?
- Wie wird diskutiert? Herrscht ein konstruktives Klima vor oder eher ein Schlagabtausch von Meinungen? Wer moderiert?
- Werden die Ergebnisse des Dialoges zusammengeführt zu einem gemeinsamen Aktionsprogramm für die Gemeinde?

Verkehrsforum Heidelberg

Im Rahmen des im März 1991 gegründeten Verkehrsforums konnten die Bürger/innen der Stadt Heidelberg sich aktiv an der Ausarbeitung eines neuen Verkehrsentwicklungsplans beteiligen und neue Ziele der städtischen Verkehrspolitik im Dialog mit den Beteiligten entwickeln. Innerhalb von zwei Jahren erarbeiteten 128 Gruppen, Initiativen, Verbände, Institutionen, Parteien und Vertreter/innen der Stadtverwaltung ein Verkehrsleitbild und eine Konzeption von Planfällen, die in einem Verkehrsgutachten untersucht werden sollten. Mit Hilfe von neutraler, fachkundiger Moderation wurden gegensätzliche Auffassungen und Zielsetzungen in fast allen Fragen angenähert und Interessengegensätze offenzulegt. Zudem wurden Regeln für die Kommunikation aufgestellt. Erreicht wurde ein neuer Verkehrsentwicklungsplan, der die Richtung für ein neues, integriertes, sozial-, umwelt- und wirtschaftlich verträgliches Verkehrskonzept einschlägt.
Er wurde vom Heidelberger Gemeinderat 1994 verabschiedet.



Quelle:
Stadt Heidelberg 1993.



Forum Zukunft Trier

1992 wurde das "Forum Zukunft Trier" als Plattform gegründet, um gemeinsam eine zukünftige Stadtentwicklung Triers zu erarbeiten. Die thematischen Arbeitskreise "Städtebau und Verkehr", "Wirtschaft und Arbeit", "Gesundheit, Soziales, Wohnen und Umwelt", "Verwaltung" und "Kultur und Freizeit" wurden gebildet. Verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen beteiligen sich in den Kreisen an der Diskussion über Leitlinien, Zielvorstellungen und Maßnahmen für Trier 2020. Viele Projekte und Initiativen entstanden dabei: Ein Solarverein und ein Runder Tisch CO_2 wurden gegründet. Im Rahmen des Projektes CityMaster wurde ein Stadtlogistik-Konzept zur Optimierung der Güterverkehre in Verbindung mit dem Güterverkehrszentrum umgesetzt und ein intelligentes Güterverkehrsleitsystem entwickelt. Durch diesen Diskussionsprozeß wurden weitere Projekte hin zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadtentwicklung in den folgenden Jahren angeregt.

Neu gegründete Foren

Ein Forum als "Marktplatz" der vor Ort anzutreffenden Ideen, Initiativen und Interessen bietet gute Voraussetzungen für die Herbeiführung eines örtlichen Konsenses über Wege zur zukunftsbeständigen Kommune - vor allem in solchen Städten und Gemeinden, in denen noch nicht bereits zahlreiche Gremien für den Dialog zwischen örtlichen Akteuren bestehen. Dort, wo dies der Fall ist, dient ein Forum der Zusammenführung der existierenden Initiativen, Ideen und Diskussionen.

Der Begriff "Forum" steht in den Agenda-Prozessen deutscher Kommunen für zweierlei:

- Einerseits werden darunter zum Teil regelmäßig stattfindende öffentliche Veranstaltungen verstanden, bei denen interessierte Bürgerinnen und Bürger sich in Vorträgen, Ausstellungen und Workshops über Themen der zukunftsbeständigen Entwicklung informieren und auseinandersetzen können. Möglicherweise können sie sich dabei auch zu gemeinsamen Aktionen und Projekten verabreden oder an solchen beteiligen.
- Andererseits gibt es Foren als fest eingerichtetes Gremium mit klar definierten Teilnehmern/innen, die die verschiedenen örtlichen Akteure repräsentieren und in dieser Eigenschaft einen Konsens über die zukünftige Entwicklung der Gemeinde herstellen sollen. Um solche Foren soll es im folgenden gehen.

Auf dem traditionellen Marktplatz wurde angeboten, gesucht, gehandelt - und verkauft - die Regeln dafür waren allgemeiner Konsens. Um ein neu eingerichtetes Forum zur Einigung über eine Lokale Agenda 21 arbeitsfähig zu gestalten, ist es ebenfalls unumgänglich, einige Verabredungen zu treffen und diese beispielsweise in einer Geschäftsordnung festzuhalten.

Auf die Fragen der Checkliste gibt es keine richtigen oder falschen Antworten, sondern Kriterien, die die Klärung der einzelnen Punkte beeinflussen:

- Größe der Kommune, vor allem Zahl ihrer Einwohner/innen
- Lage und Wirtschaftsstruktur, bspw. Industrie- oder Dienstleistungsstandort, ländliche Gemeinde, Universitätsstadt, Kurort, Bergdorf oder Küstenort...
- Örtliche politische Tradition, vor allem Geschichte des örtlichen Dialoges
- Vorhandensein weiterer Dialoggremien
- Aktuelle Themen, vor allem womöglich anstehende Weichenstellungen und größere Entwicklungsvorhaben sowie örtliche Krisen
- Absicht! Es sind nicht alle Optionen gleichzeitig möglich. Eine klare Absicht macht Entscheidungen möglich.

Checkliste:
Einrichtung eines Forums "Zukunftsbeständige Gemeinde"

Zusammensetzung

- Wer soll am Forum teilnehmen? Vertreter/innen von örtlichen Verbänden, Einrichtungen und Interessengruppen oder auch jede/r interessierte Bürger/in?
- Wie werden die Teilnehmenden ausgewählt? Welche Ausschlußkriterien gelten für die Teilnahme?
- Kann sich die Teilnahme verändern? Wieviel Fluktuation ist möglich?
- Wie können Dominanzen verhindert werden?
- Welche Gesamtzahl sollte nicht überschritten werden?

Je hochrangiger die Vertreter/innen, desto seltener sind Treffen möglich.

Je offener das Forum, desto weniger repräsentativ ist es.

Aufgaben

- Welches sind genau die Aufgaben des Forums?
- Sollen Ideen und Vorschläge zusammengeführt, diskutiert oder erst entwickelt werden?
- Ist eine weitere Strukturierung (Ausschüsse, Arbeitsgruppen etc.) notwendig?

Je mehr Menschen zusammenkommen, desto wichtiger die Arbeitsmethode.

Koordination

- Wer lädt zu den Treffen des Forums ein?
- Wie oft finden die Treffen statt?
- Wer bestimmt die Tagesordnung, führt Protokoll, etc?

Je mehr Gremien, desto höher der Koordinierungsaufwand.

Moderation/Vorsitz

- Wer leitet die Treffen des Forums?
- Wie wird die Gratwanderung zwischen der erwünschten Beteiligung der Verwaltungsspitze und gleichberechtigtem Dialog gelöst?
- Hat die leitende Person Kenntnisse in Moderations- und Konfliktlösungstechniken?
- Ist die leitende Person unabhängig und von allen Beteiligten anerkannt?

Späteinsteigern fehlt immer der bereits vorhandene Diskussionsstand.

Je konkreter die Diskussion, desto wichtiger die Moderation.

Funktion und Verhältnis zum gewählten Rat

- Ist die Einrichtung des Forums überhaupt von Rat beschlossen?
- Wie finden die Ergebnisse des Dialogs im Forum Eingang in die "offizielle", d.h. legitimierte Kommunalpolitik?
- Sollen Vertreter/innen der Ratsfraktionen am Forum teilnehmen?

Eine Beteiligung der Verwaltungsspitze unterstreicht die Bedeutung des Forums.

Arbeitsweise

- Tagt das Forum öffentlich oder nicht?
- Wie kann die Rückkoppelung der Arbeit im Forum mit den vertretenen Gruppen erfolgen?
- Ist die Vertretung einer Gruppe an eine bestimmte Person gebunden?
- Soll zieloffen oder mit vorher verabredeten Arbeitszielen gearbeitet werden?
- Wer legt die Tagesordnung und Themen fest?

Vorschläge eines nicht vom Rat beschlossenen Forums sind schön und gut.

Niemand beteiligt sich ewig an einem Forum.

Dauer der Einrichtung

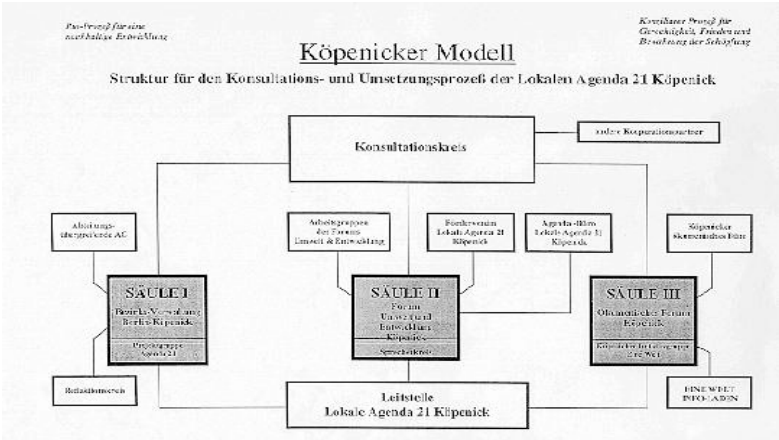
- Wie lange soll das Forum bestehen?
- Wie lange kann die Motivation und Beteiligung der im Forum Versammelten aufrechterhalten werden?
- Welche Zeitabschnitte oder Phasen werden zur Aufstellung der Lokalen Agenda 21 festgelegt?

Zwischenerfolge erhöhen die Motivation.

Köpenicker 3-Säulen-Modell

Das Köpenicker Modell zur Lokalen Agenda 21 ist aus drei Säulen aufgebaut: der Bezirksverwaltung als Säule I, dem Forum Umwelt & Entwicklung als Säule II und dem Ökumenischen Forum der Kirchen als Säule III. Das "Forum Umwelt & Entwicklung Köpenick" nimmt eine wichtige Rolle ein, da es die offene Basis für eine große Bandbreite von Umwelt- und Eine-Welt-Gruppen, Wirtschaftsverbänden und weiteren Gruppen bildet. Die Leitstelle Lokale Agenda 21 Köpenick koordiniert die Projekte der drei Säulen.

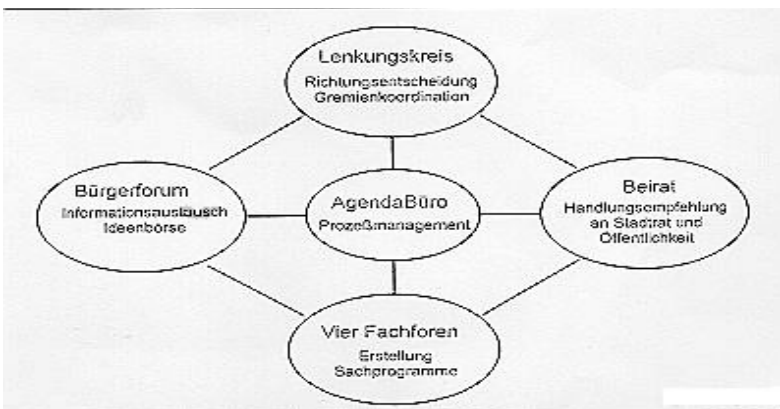
Quelle: Umweltamt Berlin-Köpenick



Forum Zukunftsfähiges München

Das Forum Zukunftsfähiges München besteht aus einem Lenkungskreis, einem Bürgerforum, einem Agenda-Büro, einem Beirat und vier Fachforen. Der Lenkungskreis setzt sich aus Vertretern/innen aller Gremien zusammen und koordiniert einzelne Schritte des Prozesses. Das Bürgerforum hat eine Mittlerfunktion inne. Das Agenda Büro fungiert als institutioneller Netzwerkknotenpunkt. Der Beirat übernimmt die repräsentative Gestaltung des Lokalen Agenda-21-Prozesses. Die Fachforen arbeiten zu den Themen Eine Welt, Siedeln-Wohnen-Mobilität, Arbeit & Wirtschaft und Zukunftsfähige Lebensstile und tragen zur inhaltlichen Diskussion bei. Seit Februar 1998 wird eine neue Struktur des Agenda-Prozesses diskutiert.

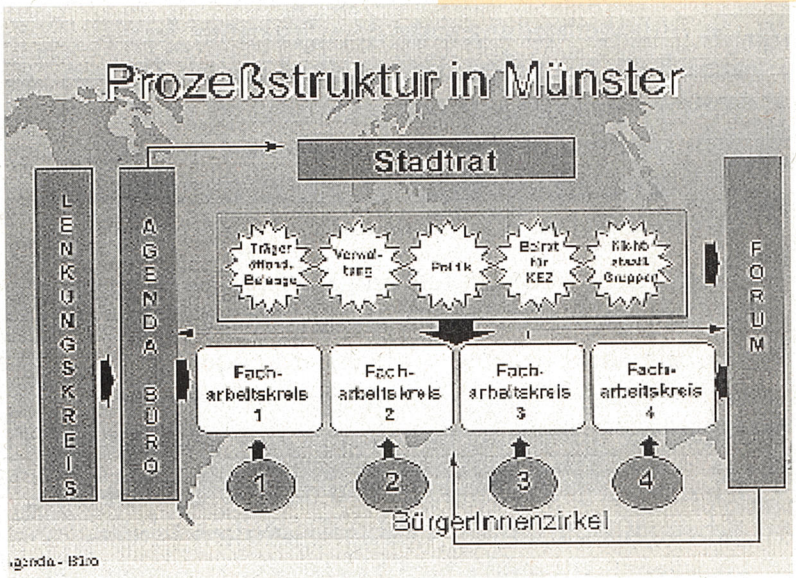
Quelle: Agenda-Büro München



Forum Zukunftsfähiges Münster

Das Forum Zukunftsfähiges Münster, das im August 1997 als ein Bestandteil des Agenda-Prozesses gegründet wurde, setzt sich aus Kirchen, Gewerkschaften, Politikern, Verwaltung, Wirtschaft, Umwelt-, Frauen-, Jugend- und Sozialverbänden, dem Ausländerbeirat und dem Beirat für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit zusammen. Um alle Gruppierungen miteinzubeziehen, wurden ausgewählte Personen sowie Institutionen seitens der Verwaltung zur Teilnahme und Mitarbeit am Forum aufgefordert. Die Mitglieder treffen sich ein- bis zweimal im Jahr. Die Aufgaben umfassen zum einen die Dokumentation der Bedeutung des Agenda-Prozesses nach außen und zum anderen die Unterstützung der Teilnahmebereitschaft in den involvierten Gruppierungen. Zusätzlich soll es die Ergebnisse der Facharbeitskreise in eine öffentliche Diskussion hineintragen. Das Forum hat keine beschlußfassende, sondern eine repräsentative Funktion. Es diskutiert die Arbeitsergebnisse der Facharbeitskreise und der Bürger/innenzirkel.

Quelle: Agenda-Büro Münster



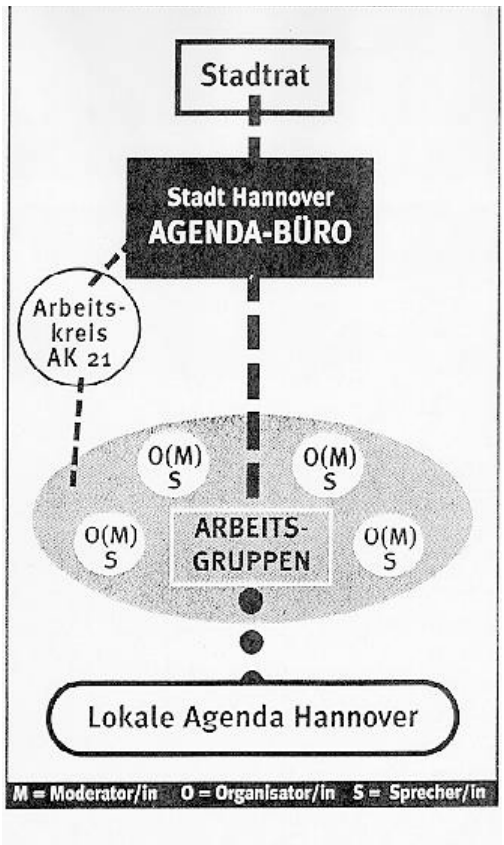
Thematische und stadtteilbezogene Arbeitsgruppen

Thematische "Arbeitsgruppen", "Fachforen", "Runde Tische", "Beistelltische" usw. haben den Vorteil, daß sie durch die Einschränkung auf einen Themenkomplex oder ein kommunales Handlungsfeld schneller konkrete Vorschläge erarbeiten oder selbst praktische Maßnahmen durchführen können. Stadtteilbezogene Foren zeichnen sich durch den Bezug auf ein überschaubares Gebiet durch eine große Bürgernähe aus. Ihre Arbeit muß jedoch - auch zwischen neuen und bereits vorhandenen Foren - zusammengetragen und aufeinander abgestimmt werden. Sie bieten sich deshalb vor allem in Ergänzung zu einem übergeordneten Forum an. Bei ihrer Einrichtung helfen folgende Hinweise:

- Die Aufgabenstellung sollte dem Spektrum der tatsächlich relevanten kommunalpolitischen Themen entsprechen. Während frühere Foren eher nach Politikfeldern (z.B. "Naturschutz") benannt waren, orientieren sich die neuen Agenda-Gruppen eher an Lebensbereichen (z.B. "Konsum").
- Thematische und stadtteilbezogene Arbeitsgruppen können offener sein als ein übergreifendes Forum, was die Teilnahme beliebiger interessierter oder sachkundiger Bürger/innen betrifft. Auch eine nur zeitweilige Beteiligung Einzelner ist eher möglich.
- Für eine möglichst konkrete und dabei noch effiziente Arbeit muß die Größe in Grenzen gehalten werden. Gegebenenfalls muß eine Arbeitsgruppe in Abteilungen, Projektgruppen o.ä. aufgeteilt werden.
- Ergebnisse von Arbeitsgruppen sollen sowohl eigene Projekte als auch konkrete Vorschläge für das kommunale Handlungsprogramm sein. Alle Ergebnisse sollen sich am Leitbild der Zukunftsbeständigkeit orientieren.
- Bevor Arbeitsgruppen eingerichtet werden, muß sichergestellt sein, auf welche Weise ihre Ergebnisse in die laufende Kommunalpolitik einfließen sollen. Andernfalls ist das Engagement zahlreicher Bürger/innen verschenkt und deren Verärgerung so gewiß wie verständlich.

Verbindliche Arbeitskreise

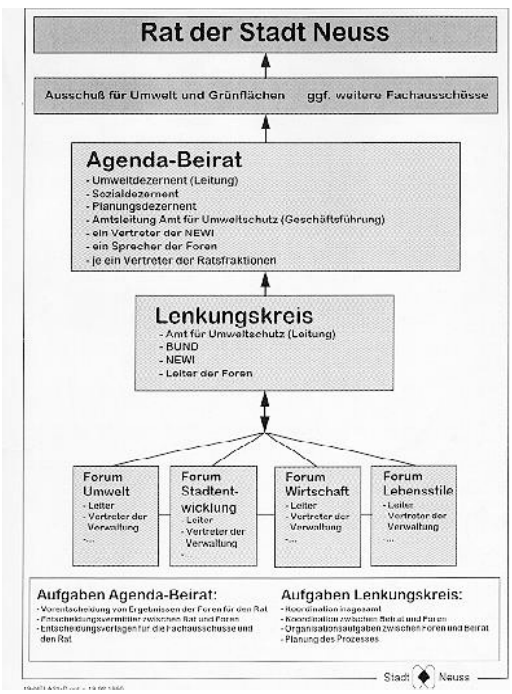
Da die bis dahin stattgefundenen Bürgerforen zu den Themen Stadtplanung, Energie, innerstädtischer Verkehr und Konsumverhalten nicht den erhofften Anklang bei den Bürger/innen fanden, wurden im Sommer 1997 vier feste Arbeitskreise in der Stadt Germering gegründet. Interessierten wurde somit ein kontinuierliches Arbeiten ermöglicht. Die Themenfelder sind Stadtplanung/ Bauen/ Wohnen/ Verkehr/ Energie, Arbeit/ Wirtschaft/ Konsumverhalten, Öffentlichkeitsarbeit/ Bewußtseinsbildung und Landwirtschaft/ Naturschutz/ Wasser. Die Arbeitskreise greifen Ergebnisse auf, die bis dahin die Bürgerforen und die Arbeitsgruppen verschiedener Verbände erarbeitet hatten. Derzeitig beschäftigen sich die Arbeitskreise mit der Entwicklung von Leitbildern bzw. Leitzielen in ihrem jeweiligen Themengebiet und diskutieren überprüfbare Indikatoren. Die Verwaltung versucht, in allen Arbeitskreisen vertreten zu sein. Dies ist für alle Beteiligten sinnvoll: Die Arbeitskreise sind somit über Möglichkeiten und Absichten der Verwaltung informiert und vermeiden doppelte Arbeit.



Themengruppen mit Querschnittsaufgaben

Im Oktober 1996 bildeten sich in Hannover anstelle eines großen Bürgerforums vier Arbeitsgruppen zu den Themenfeldern Arbeit, Konsum, Freizeit und Wohnen in der Stadt. Für deren inhaltliche Arbeit ist es wichtig, daß die Faktoren Umweltschutz, Soziales, Wirtschaft und Internationalismus jeweils integraler Bestandteil dieser Themenfelder sind. Die in den Arbeitsgruppen erarbeiteten Leitlinien für eine lokale Agenda 21 wurden im Frühjahr 1998 der Öffentlichkeit vorgestellt. Zu der Veranstaltung kamen ca. 800 Menschen. Um sicherzustellen, daß die Ergebnisse der Arbeitsgruppen in die Kommunalpolitik einfließen, werden diese dem Agenda-Büro vorgelegt, welches die Ergebnisse den zuständigen Fachdezernaten /-ämtern zur Stellungsnahme weiterleitet sowie anschließend beides zusammen dem Rat zur Beratung und Entscheidung vorlegt.

Quelle: Agenda-Büro Hannover



Foren zur Lösung wesentlicher Probleme

Seit Anfang 1998 tagen in Neuss vier Foren zu den Themen Umwelt, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Lebensstile. Die Aufgaben der Foren umfassen zum einen die Erarbeitung eines lokal abgestimmten Leitbildes einer zukunftsfähigen Entwicklung und die Bestimmung der wesentlichen Problempunkte. Zum anderen sollen Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, um die Leitbilder umzusetzen. Der Leiter des Forums hält die Verbindung zum Lenkungskreis. Verschiedene Personen wurden gezielt angesprochen und zur Teilnahme aufgefordert, weitere Interessierte wurden durch die Auftaktveranstaltung am 9. März 1998 zur Mitwirkung motiviert.

Quelle: Amt für Umweltschutz und Abfallwirtschaft Neuss

Gezielte Zusammenführung von Interessen

Nicht in jeder Kommune ist es möglich oder auch sinnvoll, ein Forum aller örtlichen Akteure einzurichten, um zu einer gemeinsamen, zukunftsbeständigen Kommunalentwicklung zu gelangen. Es gibt Orte, an denen ein Akteur mit besonderer Dominanz (Großbetrieb, Streitkräfte, Oberbürgermeister/in usw.) oder ein jahrelang verwurzelter Streit die Entwicklung der Gemeinde prägt und damit ihrer Zukunftsbeständigkeit im Wege steht. Hier ist eine gezielte Zusammenführung der relevanten Interessenparteien erfolgversprechender als die Konsenssuche in der "großen Runde".

Auf solche Weise eingeleitete zielgruppenspezifische Verhandlungen werden ohne professionelle Methoden der Moderation, evtl. auch der Mediation, kaum erfolgreich sein. An vielen Orten werden sich Personen mit dem dafür notwendigen Geschick und ausreichend Erfahrung auch innerhalb der Kommunalverwaltung finden lassen. Wenn die entsprechende Kompetenz innerhalb der Kommunalverwaltung nicht verfügbar oder die Kommunalverwaltung selbst Konfliktpartei ist, muß jemand von außen mit der Vermittlung beauftragt werden.

Umweltamt vermittelt zwischen Umweltverbänden und Industrie

Erfolgreich für alle Beteiligten waren die Verhandlungen zwischen Greenpeace, Germanwatch und der Raffinerie ESSO zusammen mit dem Umweltamt Karlsruhe in der Rolle als Vermittler. Anlaß war die fehlende Bereitschaft der Raffinerie, sich an einem Klimaseminar im Mai 1995 zu beteiligen.

Die Gespräche fanden in zwei Runden statt: Zuerst traf sich das Umweltamt getrennt mit Greenpeace/Germanwatch und der Raffinerie ESSO und klärte mit ihnen ihre Interessen und Ziele. Wichtig bei diesen Gesprächen war eine Einigung der Parteien auf die Frage, wer der eigentliche Verursacher von CO_2-Emissionen sei. Auf dieser Verhandlungsbasis fand das gemeinsame Gespräch im Frühjahr 1996 statt, bei dem auch Konzepte der Nutzungsmöglichkeiten der Restwärme der Raffinerie diskutiert wurden.

Nicht nur die konkreten Vereinbarungen waren positiv, sondern vor allem die Gesprächsbereitschaft beider Parteien: Beide Seiten konnten ihre Positionen der "gegnerischen" Partei vortragen und hörten sich gegenseitig zu. Es zeigte sich, daß es möglich ist, einen Konsens zwischen Konfliktparteien zu erzielen, wenn nur Sachprobleme und keine ideologischen Probleme diskutiert werden.

Methoden zur Entwicklung gemeinsamer Ziele

Konsens entsteht nicht einfach so von allein. Wenn Menschen mit unterschiedlichen Interessen zusammenkommen und sich über gemeinsame Ziele verständigen sollen, geht die Diskussion entweder von vornherein an den strittigen - und damit den entscheidenden - Punkten vorbei oder es sind Konflikte vorprogrammiert. Dem kann methodisch vorgebeugt oder zumindest entgegengewirkt werden. Die zahlreichen Methoden, die die Konsensfindung vor Ort erleichtern und beschleunigen helfen, haben zwei Dinge gemeinsam: Erstens versuchen sie, die Beteiligten in ihrer Person, nicht nur in ihrer Funktion anzusprechen, zweitens ist genau das für die meisten Beteiligten ungewohnt.

Eine oft gestellte Frage bei lokalen Agenda-21-Prozessen ist die, ob die Anwendung solcher - nicht zuletzt prozeß-beschleunigender - Methoden von Verwaltungsmitarbeitern/innen geleistet werden kann oder ob damit externe Personen beauftragt werden sollten. Theoretisch können all diese Aufgaben immer dann intern wahrgenommen werden, wenn Personen mit dem entsprechenden Geschick, Methodenkompetenz und Erfahrung verfügbar sind. Sie müssen außerdem von allen Beteiligten in ihrer moderierenden Rolle akzeptiert sein - einer Rolle übrigens, die der Verwaltung in Zukunft immer häufiger zukommt.

Moderation

Moderation ist im Gegensatz zur bloßen Leitung von Sitzungen ein Bündel von Techniken, die entwickelt wurden, um Gruppen von Menschen ein fruchtbares Zusammenarbeiten zu erleichtern. Moderation heißt wörtlich "das rechte Maß finden":
Ausgleich von Interessen, Positionen und Vorstellungen zum Zweck eines gemeinsamen Vorankommens ist das Ziel. Die Mitglieder einer Gruppe lernen nicht von einem/r Lehrer/in, sondern von sich selbst.

Der/die Moderator/in hat bei diesem Prozeß mehrere Funktionen zu erfüllen: Er/Sie gibt methodische Hilfen z.B. durch geeignete Fragen oder Aufgaben, stellt methodische Hilfsmittel wie Kärtchen & Stifte zur Verfügung und unterstützt deren Nutzung. Er/Sie fördert den Gruppenprozeß und bringt seine/ihre gruppendynamische Erfahrungen zum Einsatz, z.B. indem konfliktträchtige Situationen rechtzeitig erkannt und mit der Gruppe zusammen entschärft werden.

Mediation

Mediation bedeutet übersetzt "Vermittlung". Bei diesem Verfahren der Konfliktlösung soll eine Einigung oder eine Vereinbarung zwischen den verschiedenen Konfliktparteien durch die Vermittlung unparteiischer Dritter erzielt werden. Diese werden von allen Seiten akzeptiert. Wichtig ist dabei, daß die Konfliktparteien zusammen eine Problemlösung ausarbeiten, die allen Interessen so weit wie möglich entgegenkommt, und daß alle bei dieser Einigung oder Vereinbarung davon profitieren. Das Mediationsverfahren verläuft in vier Phasen:

1 Zuerst muß offen gelegt werden, welche Konfliktpunkte es gibt.

2 Dann wird die Frage geklärt, welche jeweiligen Interesssen diesem Konflikt zugrunde liegen.

3 In der dritten Phase wird ermittelt, welche Möglichkeiten es für die Gruppen zu handeln und zu entscheiden gibt und welche win-win-Optionen erreicht werden können.

4 Anschließend müssen die erzielten Vereinbarungen oder Einigungen durch Verträge festgelegt werden.

Bei den Gesprächen sollte sich der/die Mediator/in an einige Regeln halten:

- Persönliche Sichtweisen und Konflikte sind getrennt von Sachproblemen zu erörtern.
- Nur die Interessen, nicht die Positionen sind bei dieser Form von Vermittlung bedeutend.
- Entscheidungsmöglichkeiten sind zum beiderseitigen Vorteil zu entwickeln.
- Objektive Kriterien und Maßstäbe sollten eingehalten werden.

Zukunftswerkstatt

Die Zukunftswerkstatt wurde von Robert Jungk entwickelt. Sie ist eine langjährig bewährte und wirksame Methode, um soziale und ökologische Phantasie und Verantwortung zu aktivieren. Ihr Ziel ist es, Bürger/innen zu ermutigen, sich an der Zukunftsgestaltung zu beteiligen.
Zukunftswerkstätten bestehen aus drei Phasen:

1 der Kritikphase,

2 der Phantasiephase und

3 der Verwirklichungsphase.

In der Kritikphase lassen die Teilnehmenden ihrer Kritik zum jeweiligen Thema freien Lauf. Somit werden die empfundenen Mißstände sichtbar. Im Laufe der Phantasie- oder Utopiephase sind der Phantansie keine Grenzen gesetzt: Ideale Situationen und Vorstellungen werden entworfen. Inwieweit diese sinnvoll oder realisierbar sind, ist von zweitrangiger Bedeutung. Während der Verwirklichungs-phase sollen die vorher entwickelten Utopien hinsichtlich der Fragen diskutiert werden, was machbar ist und wie es umgesesetzt werden kann.

Erfahrene Moderatoren/innen sollten die Zukunfts-werkstatt leiten. Sie dürfen allerdings den Prozeß nur in seinem Ablauf, nicht aber in seinen Inhalten beeinflussen (Dauer: 2-3 Tage).

Zukunftswerkstatt "Zukunftsfähiges Hagen"

Im März 1997 führte die Verwaltung der Stadt Hagen zusammen mit dem Nord-Süd-Forum eine Zukunftswerkstatt zum Thema "Zukunftsfähiges Hagen" durch, an der mehr als 50 Vertreter/innen aus vielen gesellschaftlichen Gruppen teilnahmen. Ein externes Büro moderierte die zweitägige Veranstaltung. Erreicht wurden einige konkrete Ergebnisse: Der Standort der gegenwärtigen Stadt- und Umweltentwicklung in Hinblick auf Nachhaltigkeit wurde bestimmt. Aus vielen gesammelten Projektideen zu den Themen Verkehr, Kommunikation/Beteiligung, Globale Beziehungen, Zukunft der Arbeit/ Wirtschaft und Energie/ Stadtumbau entstanden kurzfristige Aktionen. Mittlererweise fanden bereits einige Nachfolgetreffen statt.

Olching: Erste Zukunftskonferenz zur Lokalen Agenda 21 in Deutschland

Da auf offene Einladungen zu Agenda-Treffen in Olching nur vereinzelt neue Gesichter auftauchten, wurde schnell klar, daß eine andere Strategie notwendig war. Das Konzept der Zukunftskonferenz wurde aufgegriffen, um statt 10 Umweltbewegten nun 64 Teilnehmer/innen eines breiten Spektrums von Hintergründen zum Mitgestalten der Lokalen Agenda 21 zu gewinnen.

Über ein dreiviertel Jahr bemühte sich die Vorbereitungsgruppe, Schlüsselpersonen aus verschiedenen Sektoren wie Landwirtschaft & Ernährung, Familie & Soziales, die bei der Zukunftskonferenz vertreten sein sollten, zur Teilnahme zu gewinnen. Der Bürgermeister übernahm frühzeitig und weitsichtig die Schirmherrschaft für die Konferenz und half bei der Beschaffung von Finanzmitteln. Zwei professionelle Moderatoren sorgten für einen harmonischen, zielgerichteten Ablauf der drei Konferenztage im Januar 1998.

Hauptergebnis der Zukunftskonferenz sind die vielen neuen Kontakte zwischen engagierten Menschen in Olching über die Vereins- und Sektorengrenzen hinweg sowie sechs Arbeitsgruppen zu den Themen soziale Eigen- und Mitverantwortung, offene Jugendarbeit, Verkehrsberuhigung, regionaler Ökolandbau, regenerative Energien und verstärkte Bürgerbeteiligung. Darüber hinaus hat sich ein Team gefunden, das die Konferenzergebnisse allgemeinverständlich dokumentieren wird. Weiter wurde ein Steuerungs-

Zukunftskonferenz

Die Methode der Zukunftskonferenz (future search conference) ist vor allem geeignet, mit einer größeren heterogenen Gruppe (empfohlen werden 64 Teilnehmende) innerhalb von 3 Tagen einen Konsens über Eckpfeiler einer wünschenswerten Zukunft zu erreichen. Die Teilnehmer/innen arbeiten größtenteils in Achtergruppen zusammen, deren Ergebnisse dem Plenum vorgestellt werden. Um den Teilnehmenden einen Perspektivenwechsel zu ermöglichen, wird ein Großteil der Arbeit in maximal gemischten Kleingruppen absolviert (je ein/e Vertreter/in jeder homogenen Anspruchsgruppe pro Tisch). Es werden aber auch Arbeitsschritte in den homogenen Kleingruppen (z.B. ein Tisch mit Vertretern/innen der Umweltverbände, ein anderer mit Vertretern/innen der Wirtschaft) durchgeführt.

Die Zukunftskonferenz folgt einem festgelegten Ablaufschema:

1 Die Teilnehmenden erkunden zunächst Gemeinsamkeiten in ihrer Vergangenheit, indem sie persönliche Entwicklungen und historische Ereignisse ihrer Stadt und der Welt über die vergangenen drei Jahrzehnte auf Zeitleisten auftragen und in Kleingruppen analysieren.

2 In einer zweiten Phase werden Trends identifiziert, die zur Zeit die Entwicklung der Stadt/Region beeinflussen. Diese werden in Form eines gemeinsamen Mindmaps dargestellt und in Kleingruppen analysiert.

3 Danach wird der Sprung in die Zukunft gewagt: Maximal gemischte Kleingruppen "erträumen" sich die ideale Zukunft der Stadt und stellen diese als Theaterstück, Gedicht oder Kunstwerk den anderen Gruppen vor.

4 In einer vierten Phase wird aus all den Ideen das Gemeinsame, der Konsens identifiziert und alle Streitpunkte werden "weggeheftet", ohne vertieft diskutiert zu werden.

5 In der letzten Konferenzphase bilden sich frei zusammengesetzte Aktionsgruppen, die Aktionspläne für die prioritären Konsensthemen ausarbeiten.

Die Handlungsfähigkeit der Konferenz steht und fällt mit der An- oder Abwesenheit einflußreicher Persönlichkeiten, die willens und in der Lage sind, Konferenzergebnisse umzusetzen und weiterzutragen.

Für die öffentliche Akzeptanz einer Zukunftskonferenz ist es unerläßlich, daß eine heterogen zusammengesetzte Vorbereitungsgruppe gewissenhaft daran arbeitet, Repräsentanten/innen aller Meinungsträger für die Konferenz zu gewinnen, und sich nicht mit einem bestimmten Spektrum zufriedengibt.

gremium für den Gesamtprozeß aus den Ansprechpartnern der 6 Arbeitsgruppen begründet, das jedes halbe Jahr tagen soll. In den Wochen direkt nach der Zukunftskonferenz war der Tatendrang aller Konferenzteilnehmer/innen und ihr Verantwortungsgefühl für das Gelingen des Prozesses beeindruckend.

Planungszelle

Eine Planungszelle nach Peter Dienel besteht aus einer Gruppe von maximal 25 Bürgern/innen, die nach einem Zufallsverfahren ausgewählt wurden. Diese sind für eine Woche von ihren beruflichen Pflichten und Aufgaben befreit. Stattdessen sollen sie eine Woche lang Lösungsvorschläge für ein vorgebenes Planungsproblem erarbeiten. Damit die Teilnehmenden die Themen beurteilen können, stellen Fachleute die notwendigen Basisinformationen zur Verfügung. Der gesamte Prozeß wird professionell moderiert.

Die Ergebnisse der Zeit werden in einem sogenannten "Bürgergutachten" zusammengefaßt.

Für diese Methode gelten folgende zentrale Grundsätze:

- Zufallsauswahl der Teilnehmenden,
- Freistellung und Vergütung der Teilnehmenden,
- Problemstellung und Struktur des Ablaufs und
- Dokumentation.

Mit Hilfe dieses Verfahrens wird der Sachverstand von Experten/innen mit dem von Bürgern/innen zur Lösung einer Aufgabe verknüpft. Die Kommune holt sich damit eine "repräsentative Entscheidungshilfe" ein. Nachteilig sind die Kosten und der hohe Zeitaufwand für die Vorbereitung und die Durchführung einer Planungszelle.

Zum Weiterlesen über Methoden des Dialogs

- Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V., Bonn (Hg.): Umweltmediation in Deutschland. Innovative Formen bei Regelungen von Konflikten. Dokumentation: Wissenschaftlich-praxisorientierter Kongreß in Düsseldorf am 25. Juni 1995.
- Besemer, Ch.: Mediation. Vermittlung in Konflikten. Freiburg 1993.
- Bischoff, A. Selle, K. & H. Sinning: Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Dortmund 1996.

- Dauscher, Ulrich: Moderationsmethode und Zukunftswerkstatt. 2. Auflage. Neuwied/Kriftel/ Berlin 1998.
  Ein Versuch, Techniken, Verständnis für grundlegende Ideen und für die Dynamik der moderierten Gruppe zugleich zu vermitteln. Die beiden Methoden werden ausführlich beschrieben und einander gegenübergestellt, so daß die Hintergründe ihrer Unterschiede sichtbar werden.
- Dienel, P.: Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie. Opladen 1992.
- Dörner, Dietrich: Die Logik des Mißlingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen. Reinbek 1992.
- Jungk R. & N. R. Müllert: Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München 1989.
- Kuhnt, B. & N.R. Müllert: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten - verstehen, anleiten, einsetzen. München 1998.
- Lipp, Ulrich & Hermann Will: Das große Workshop-Buch. Konzeption, Inszenierung und Moderation von Klausuren, Besprechungen und Seminaren. Weinheim/ Basel 1996.
  Vorbereitung von Workshops, Abläufe, Methoden, Informationsinput, Beispiele - alle m.E. wichtigen Themen werden inhaltlich gut, praxisorientiert und unterhaltsam besprochen. Insbesondere wenn Sie schon etwas Grundwissen über Gruppen und Moderation haben, lohnt sich das nicht ganz billige Buch.
- Owen, H.: Open Space Technology. A User´s Guide. Potomac 1995.
- Redlich, Alexander: Konflikt-Moderation. Handlungsstrategien für alle, die mit Gruppen arbeiten. Hamburg 1997.

Open Space Konferenz

Die Open Space Konferenz, entwickelt von Harrison Owen, bietet vor allem eines: Freiraum. Ihr Ziel ist es, eine bestimmte Zielgruppe unter einem Dach für 1-5 Tage zusammenzubringen. Die Konferenz hat ein Thema, von dem angenommen wird, daß es allen Eingeladenen ein wichtiges Anliegen ist, aber keine Tagesordnung und keine vorbereiteten Reden oder Vorträge.

Das Kernprinzip des Open Space ist Selbstorganisation. Jede/r einzelne ist dafür verantwortlich, daß er/sie bestmöglich zum Gelingen durch eigene Beiträge beisteuert und daß er/sie durch bewußte Wahl von Workshops und Gesprächspartnern bestmöglich selbst dazulernt und Nutzen zieht aus der Konferenz. Diese Verantwortlichkeit wird durch das "Gesetz der zwei Füße" in die Praxis umgesetzt, das alle Teilnehmenden auffordert, stets den Workshop oder Gesprächspartner/in zu wechseln, wenn sie nichts mehr lernen oder nichts mehr beitragen.

Das zweite Grundprinzip läßt sich zusammenfassen als "Alles was ist, wird als das einzig jetzt Mögliche akzeptiert". Das umfaßt an- und abwesende Teilnehmer/innen sowie Anfangs- und Endzeitpunkte von Sitzungen. In der ersten Stunde einer Open Space Konferenz fällt der/dem Moderator/in eine gewichtige Rolle zu: Er/Sie muß diese Prinzipien verkörpern und vorstellen und setzt damit den Rahmen für die Selbstorganisation der Gruppe.

Die Gruppe trifft sich im Plenum stets im Stuhlkreis. In der ersten Stunde wird das Programm für die Konferenz von den Teilnehmenden selbstgestaltet - und zwar ohne jegliche Diskussion. Jede/r, der/die einen Workshop moderieren möchte, schreibt den Titel auf einen Zettel, stellt sich und den Workshop in zwei Sätzen vor und wählt einen Raum und eine Uhrzeit aus einem vorbereiteten Plan aus. Wenn keine Vorschläge mehr kommen, beginnen die Workshops und das Plenum trifft sich lediglich jeden Morgen und jeden Abend für eine halbe Stunde, um organisatorische Dinge zu besprechen oder eventuelle Konflikte innerhalb der Gruppe zu klären. In den einzelnen Workshops können auf der Stelle Ideen umgesetzt oder ausgetauscht werden.

Jede/r Workshop-Moderator/in füllt am Ende des Workshops ein Formular aus, in dem wichtige Erkenntnisse oder handfeste Planungen anderen Teilnehmern/innen verständlich dargestellt werden. Die Berichte hängen an einem Brett aus und werden am Konferenzende für alle Teilnehmenden zum Mitnehmen fotokopiert. Sie stellen den einzigen formalen Informationsfluß zwischen den Gruppen dar. Die meisten Informationen fließen aber auf informellem Wege - beim Essen, in der Sauna, beim Spaziergang.

- Seifert, Joseph W.: Visualisieren - Präsentieren - Moderieren. 10. Auflage. Bremen 1997.
  Kein tiefgehendes, aber breites und praxisorientiertes Buch. Es enthält viele Anregungen zu Darstellungsmöglichkeiten und Moderationsinstrumenten, bei denen jeweils angeführt ist, zu welchem Zweck und in welcher Situation sie eingesetzt werden können.
- Sellnow, Reinhard: Die mit den Problemen spielen... Ratgeber zur kreativen Problemlösung. Bonn 1994.
  Unterhaltsam geschrieben und inhaltsreich; das Heft ist nicht tiefgreifend, enthält aber viele praxisbewährte Methoden. Als Grundlage dient das Konzept der Zukunftswerkstatt.
- Weisbord, Marvin R. & Sandra Janoff: Future Search. An Action Guide to Findung Common Ground in Organizations & Communities. San Francisco 1995.

(Alle aus: Dauscher, 1998)

- de Haan, G., Kuckartz, U. & A. Rheingans: Umweltkommunikation und Lokale Agenda 21. Materialien, Papers der Forschungsgruppe Umweltbildung. Berlin, 1997.

13 Politische Repräsentanz

Wie ernst eine politische Aufgabe in einer Kommune genommen wird, wie wichtig sie eingeschätzt wird, hängt nicht zuletzt davon ab, durch wen sie repräsentiert wird. Dies gilt auch für die Lokale Agenda 21. Wo der Bürgermeister, die Bürgermeisterin sichtbar hinter dem lokalen Agenda-Prozeß steht, wird er als die zentrale, offizielle Suche der Kommune nach Wegen in die Zukunft begriffen und nicht als bloße "Spielwiese" oder Protestveranstaltung von Alternativen und Utopisten. Entsprechend leichter lassen sich Akteure für die Beteiligung am örtlichen Dialog gewinnen, die Verbindlichkeit wird erhöht und damit die Ernsthaftigkeit der Teilnahme.

Die Repräsentanz der Lokalen Agenda 21 durch weitere angesehene Persönlichkeiten kann ihre Bedeutung noch steigern.

Unterhachinger Bürgermeister

Der Bürgermeister der Gemeinde Unterhaching übernahm die Schirmherrschaft für den lokalen Agenda-21-Prozeß. Seit September 1995 fungiert er als aktives Bindeglied zwischen Gemeinderat, Gemeindeverwaltung und Bürgeraktion.

Münchner Agenda-Beirat

Der Beirat in der Stadt München setzt sich aus rund 40 Persönlichkeiten privater und öffentlicher Institutionen zusammen. Ihm gehören der dritte Bürgermeister, vier Stadträte, die Leiter/innen der Stadtwerke und der Stadtsparkasse, Vertreter/innen von Kammern, der Gewerkschaft und mehrerer Wirtschaftsunternehmen sowie von ökologischen Verbänden an. Im Laufe ihrer zweijährigen ehrenamtlichen Tätigkeit haben sie den Agenda-Prozeß mit Rat und Tat unterstützt und die Vorschläge der Fachforen begutachtet. Zudem hat der Beirat seine Sichtweise von zukunftsfähiger Entwicklung in München herausgearbeitet.

Das Vorgehen: Schritte und Strategien

Leitbild

14

Ein langfristiges Aktionsprogramm aufzustellen erfordert, eine langfristige Perspektive zu entwickeln. Wohin geht die Reise? Wie soll unsere Gemeinde in zehn, zwanzig, fünfzig Jahren aussehen? Wie lautet unsere örtliche Übersetzung von "Zukunftsbeständigkeit" in greifbare Zielvorstellungen für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung?

Ein gemeinsames Leitbild ist die Voraussetzung für zielgerichtetes Handeln. Solange nicht klar ist, ob alle am lokalen Agenda-21-Prozeß Beteiligten überhaupt eine wenigstens ähnliche Vorstellung von einer zukunftsbeständigen Gemeinde haben, können die widersprüchlichsten Ziele verfolgt werden - alle unter der Bezeichnung "Lokale Agenda 21"!

Ein Leitbild gibt das visionäre Idealbild von der Gestalt, der Struktur und der zukünftigen Entwicklung der Gemeinde wieder, auf das zugearbeitet wird. Es entspringt den geistigen, politischen, gesellschaftlichen oder ideologischen Motiven derjenigen Menschen, die es formulieren.

Leitsätze oder Leitlinien formulieren Prinzipien, nach denen die zukünftige Entwicklung der Kommune sich vollziehen soll. Sie zeichnen dabei nicht unbedingt ein Bild des angestrebten Zustandes.

Leitziele sind konkrete, für einzelne Handlungsfelder formulierte Etappen auf dem Weg in Richtung des Leitbildes. Sie nehmen eine nicht immer klare Stellung zwischen nicht meßbarem Leitbild und meßbaren Zielen ein.

Klassischerweise werden Leitbilder von Fachleuten - in der Regel Planern - formuliert. Es kann deshalb nicht davon ausgegangen werden, daß sie von allen örtlichen Akteuren mitgetragen werden, ja, bei diesen überhaupt bekannt sind.

- Ein Leitbild hat nur Sinn, wenn es von möglichst vielen getragen wird.
- Es stellt den Bezugspunkt dar, an dem die Zielrichtung politischer Entscheidungen und Beschlüsse überprüft wird.
- Es stellt den Prüfstein für Maßnahmen aller örtlichen Akteure dar, d.h. es hilft einzuschätzen, ob sie richtig oder falsch sind.
- Es hilft festzustellen, ob die Entwicklung der Gemeinde noch in die verabredete Richtung läuft oder nicht.
- Es stellt die "Unternehmensphilosophie" der Kommunalverwaltung dar.
- Aufgrund seiner recht allgemeinen Formulierung ist über ein Leitbild noch relativ leicht ein Konsens zwischen den örtlichen Akteuren möglich.

Der Bezirk Berlin-Lichtenberg im 21. Jahrhundert

Die europäische Metropole Berlin ist im 21. Jahrhundert noch mehr als heute eine pulsierende, lebendige Millionenstadt. Hier werden sich die im zwanzigsten Jahrhundert unterschiedlich gewachsenen Kulturen Ost- und Westeuropas begegnen und sich gegenseitig befruchten. [...]

Lichtenberg als Berliner Bezirk am östlichen Innenstadtrand ist mit modernen Stadtstrukturen voll in dieses vielgestaltige gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben eingebunden und für seine Einwohner ein lebenswerter, interessanter Wohn- und Aufenthaltsort. Sie schätzen hier die Lebens- und Aufenthaltsqualität und identifizieren sich mit ihm nachdrücklich. [...]

Im 21. Jahrhundert präsentiert sich Lichtenberg lebendig, als urbaner Bezirk mit vielen Angeboten für seine Bewohner. Inmitten der alteingesessenen Lichtenberger leben Menschen aus vielen anderen Ländern, die das Beste aus ihrer Kultur in den Bezirksalltag eingebracht haben. Viele junge Familien entscheiden sich für das Leben und Wohnen im Bezirk, weil hier für die junge Generation beste Entwicklungschancen bestehen. Sie wächst unter gesunden, friedvollen und menschenwürdigen Bedingungen auf.

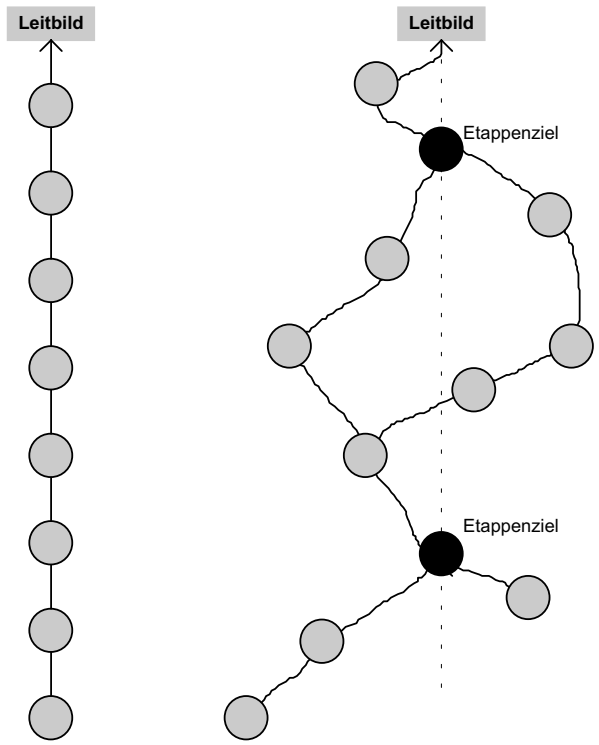
Aus. Leitstelle Lokale Agenda 21 Lichtenberg: Lokale Agenda 21 Lichtenberg. Kommunales Handlungsprogramm für eine zukunftsfähige Entwicklung des Bezirks Lichtenberg von Berlin. Entwurf. Berlin.1997.

Neu an der Lokalen Agenda 21 ist dabei zweierlei:

- Für alle örtlich zu formulierenden Leitbilder existiert bereits eine gemeinsame Zielrichtung: Die Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde. Gegebenenfalls hilft ein Check anhand der Prinzipien "Auf dem richtigen Weg?" in Kapitel 3.
- Die Umsetzung in ein örtliches Leitbild ist Ergebnis des Dialogprozesses und stellt damit eine verbindliche Verabredung zwischen den verschiedenen Akteuren vor Ort dar.

Auf dem richtigen Kurs? Leitbilder helfen, auch auf schwierigen Wegen die verabredete Richtung einzuhalten.

ICLEI 1998



Idealtypische Vorstellung eines lokalen Agenda-21-Prozesses:

Logisch aufeinander aufbauende Schritte in Richtung des verabredeten Leitbildes.

Lokaler Agenda-21-Prozeß in der Realität:

Mehrere Handlungsstränge, Kursabweichungen und u.U. notwendige Umwege

Etappenziele dienen immer wieder als "Kompaß" für die Ausrichtung auf das verabredete Leitbild.

Über ein Leitbild zu diskutieren ist nicht jedermanns Sache. Um einen beginnenden örtlichen Dialogprozeß nicht durch mangelnde Greifbarkeit der Themen bereits im Keim zu ersticken, muß von Anfang an ein ausgewogenes Verhältnis von konkret sichtbaren, motivierenden "Sofort-Maßnahmen" und Konsensfindung über die gemeinsame Zielrichtung hergestellt werden.

Ein Leitbild allein ist auch noch keine Lokale Agenda 21.

79 Leitziele für Berlin-Köpenick

Der Berliner Bezirk Köpenick verabschiedete bereits im November 1997 einen abgestimmten Arbeitsentwurf für eine Lokale Agenda 21. Kern des Aktionsprogramms bilden 79 sogenannte "Leitbilder" zur zukunftsfähigen Entwicklung Köpenicks, die jedoch eher konkrete Ziele und Leitziele darstellen. Sie umfassen verschiedene Themenfelder wie Stadtentwicklung/ Ökologie, Umweltbildung, Arbeitsplätze usw. und entstanden durch Zuarbeit und Befragungen aus den Arbeitsgruppen der Köpenicker Foren und weiteren Gruppen und wurden im Umweltamt Köpenick zusammengestellt.

Zwei Beispiele daraus:

7. Der Bezirk Köpenick von Berlin wird eine kinder-, jugend- und familienfreundliche, ebenso wie eine alters- und behindertengerechte Stadt. Dazu ist erforderlich, daß die Bau-, Struktur-, Entwicklungs-, Verkehrs-, Gesundheits- und Sozialplanung die Umsetzung dieses Leitbildes mit hoher Priorität berücksichtigt.

16. In Köpenick sollen die CO_2-Emissionen um mindestens 20% bis zum Jahr 2005 vermindert werden (Verpflichtung auf der Heidelberg-Konferenz 1994).

Aus: Umweltamt Köpenick: Lokale Agenda 21 Köpenick. Arbeitsentwurf November 1997, S. 5 & S. 7

In a sustainable community...

1 *Resources are used efficiently and waste is minimised by closing cycles.*

2 *Pollution is limited to levels which do not damage natural systems, including human health.*

3 *People´s good health is protected by creating safe, pleasant environments and health services which emphasise prevention of illness as well as proper care for the sick.*

4 *The diversity of nature is valued and protected.*

5 *Where possible, local needs are met locally.*

6 *Everyone has access to good quality food, water, shelter and fuel at reasonable cost.*

7 *Everyone has the opportunity to undertake satisfying work in a diverse economy. The value of unpaid work is recognised, whilst payments for work are fair and fairly distributed.*

8 *Access to facilities, services, goods and other people is not achieved at the expense of the environment or limited to those with cars.*

9 *People live without fear of personal violence from crime or persecution because of their personal beliefs, race, gender or sexuality.*

10 *Everyone has access to the skills, knowledge and information needed to enable them to play a full part in society.*

11 *All sections of the community are empowered to participate in decision-making processes.*

12 *Opportunities for culture, leisure and recreation which are not achieved at the expense of the environment are readily available to all.*

13 *Places, spaces and objects combine meaning and beauty with utility. Settlements are ´human´ in scale and form. Diversity and local distinctiveness are valued and protected.*

Leitbild des East Hampshire District Council, England, 1997.

Aus: European Environment Agency: Towards Sustainable Development for Local Authorities. Approaches, Experiences and Sources. Copen-

15 Analyse der örtlichen Situation

Bestandsaufnahme

Dem in möglichst breitem Konsens gefundenen Leitbild für eine zukunftsbeständige Gemeinde muß die reale Situation vor Ort gegenübergestellt werden: Wieviele Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger/innen gibt es nun tatsächlich vor Ort? Wie hoch sind eigentlich die Schadstoffbelastungen in den örtlichen Böden, Gewässern und in der Luft? Für welche Zwecke werden welche Verkehrsmittel benutzt? Welche Einkaufsmöglichkeiten gibt es für Alte und Behinderte?

Bereits die Auswahl solcher und ähnlicher Fragen beinhaltet die Verständigung darüber, anhand welcher Einzelphänomene überhaupt Aussagen über die Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde gemacht werden können - kurz: über Indikatoren. In Kapitel 19 finden sich hierzu viele weitere Hinweise.

Die dafür relevanten Daten müssen zusammengetragen oder gegebenenfalls auch erst erhoben werden. Eine Bestandsaufnahme hilft, sich bei der Analyse der örtlichen Situation nicht einseitig von Eindrücken leiten und damit womöglich zu Fehleinschätzungen verleiten zu lassen. Außerdem können leichter konkrete Ziele formuliert und Erfolge gemessen werden.

Analyse: Was trennt vom Leitbild?

Im Zuge einer Bestandsaufnahme wird sich schnell eine Reihe von Punkten finden, in denen die örtliche Situation mehr oder weniger weit vom Leitbild entfernt ist. Diese Analyse hat vor allem die Beantwortung folgender zwei Fragen zum Ziel:

- In welchen Bereichen liegen die größten Defizite in Bezug auf das Leitbild?
- Welches sind die drängendsten Probleme in Bezug auf die Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde?

Die drängendsten Probleme vor Ort stellen sich für verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich dar. Es empfiehlt sich daher, die Meinungen sowohl von Experten/innen innerhalb und außerhalb der Verwaltung als auch der örtlichen Bevölkerung zu erkunden, um ein möglichst differenziertes Bild zu erhalten.

Erst die Identifizierung der Bereiche, in denen größter Handlungsbedarf in Richtung Zukunftsbeständigkeit besteht, trägt zu einer klaren Zielsetzung für das weitere Vorgehen bei und macht Prioritätensetzungen möglich:

Die Lokale Agenda 21 wird relevant.

Die Bürger fragen

1995 wurden eine Umfrage in Berlin-Köpenick durchgeführt, bei der 1300 Bewohner/innen interviewt wurden. Dabei wurde festgestellt, daß der Begriff "nachhaltige Entwicklung" 55% der Befragten und der Begriff "Agenda 21" 39% der Befragten bekannt waren. Zufrieden waren die Köpenicker mit Ausflugsmöglichkeiten, Parks und Grünanlagen, der Luftqualität, der Ruhe im Umfeld der Wohnung und mit den Kinderbetreuungsangeboten. Die größten Probleme sahen sie im Zustand des Straßennetzes, den Müllmengen, dem Ausbau der Fahrradwege und dem Zustand der Gebäude.

Erhebung bereits bestehender Aktivitäten

Kommunalpolitische Weichenstellungen werden in Beschlüssen des gewählten Rates festgeschrieben. Doch wie sind die Weichen gestellt? Welche bereits gefaßten Beschlüsse weisen den Weg in eine zukunftsbeständige Gemeinde?

Es werden vor allem bereits vorhandene Grundsatzentscheidungen über Leitlinien und Ziele der örtlichen Entwicklung sein, die anhand des Leitbildes überprüft werden müssen. Weitere wichtige Weichenstellungen sind vorhandene kommunale Programme, Konzepte und Pläne. Sie sollten ebenfalls auf ihre Ausrichtung auf eine zukunftsbeständige Entwicklung der Gemeinde hin überprüft werden.

Visionen auf grünen Fähnchen

Am Tag der Umwelt 1997 wurden die Bürger/innen der Stadt Halle aufgerufen, sich mit Ideen, Vorschlägen und Meinungen zur "Lokalen Agenda für Halle" zu beteiligen. Mitarbeiter/innen des Umweltamtes verteilten grüne Fähnchen mit unterschiedlichen Fragen zur zukünftigen Entwicklung der Saalestadt. Rund hundert Bürger/innen nahmen sich Zeit für eine Antwort und erhielten im Gegenzug eine Blume überreicht. Die beschriebenen Fähnchen wurden in einen großen Strohballen gesteckt. Die Antworten wurden ausgewertet und an die jeweiligen Ämter der Stadtverwaltung weitergeleitet, deren Belange dadurch berührt wurden.

Auch unter den zahlreichen Aktivitäten der übrigen örtlichen Akteure finden sich bereits Beiträge zu einer zukunftsbeständigen Entwicklung im Sinne des örtlichen Leitbildes, sei es im ökologischen, wirtschaftlichen oder sozialen Bereich. Diese sollten ebenfalls identifiziert und benannt werden.

Externe Bewertung bestehender Aktivitäten

Im Auftrag der Stadt Heidelberg führte das dort ansässige Institut für Energie- und Umweltforschung 1996 eine Bestandsaufnahme "Heidelberger Agenda 21" durch. Ziele waren eine Zusammenfassung und eine Bewertung der bisherigen Aktivitäten der Stadtverwaltung zu diesem Thema und das Aufzeigen weiterer möglicher Handlungsbereiche. Zudem sollte der Bericht Vorschläge enthalten, wie bei der Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 und beim weiteren Umsetzungsprozeß vorgegangen werden sollte. Die Aktivitäten aus der Stadtentwicklungs- und Stadtplanung, Verkehrsplanung und anderen Bereichen wurden mit Hilfe eines Bewertungsrasters, das sich an den Zielen der Nachhaltigkeit orientierte, untersucht. Für die jeweiligen Lebensbereiche wurden zusätzliche Unterziele bzw. Zielfelder entwickelt. Bewertet wurde qualitativ. Vor allem wurden Aspekte wie Zeitverlagerung von Problemen und die globale Dimension der Probleme beachtet, die in der Kommunalpolitik oft vernachlässigt werden.

Das Gesamtbild, das sich aus der Erhebung bestehender Aktivitäten ergibt, soll zeigen, in welchen Bereichen bereits womöglich beachtliche Schritte in Richtung einer zukunftsbeständigen Entwicklung der Kommune gemacht werden. Dies ist hilfreich, damit die Aufgabe "zukunftsbeständige Entwicklung" etwas von ihrer Komplexität und Unüberschaubarkeit verliert und damit besser handhabbar wird. Die Erkenntnis, nicht "bei Null anzufangen", hilft bei der Prioritätensetzung und macht den Blick frei auf diejenigen Punkte, in denen die größten Defizite oder Schwierigkeiten bestehen.

Interne Projektliste

Eine interne Erhebung bestehender Projekte der Stadtverwaltung fand 1997 in Lübeck statt. Die "Projektliste" umfaßt 60-80 Projekte, von denen allerdings nur ein geringer Anteil sozial und sozioökonomisch ausgerichtet ist. Die jeweiligen Projektträger konnten sich anhand einer Definition "Nachhaltiges Projekt" sowie dreizehn Zielvorstellungen für Lübeck orientieren, welche ihrer Projekte nachhaltig sind oder nicht. Die Rückmeldungen wurden dokumentiert und veröffentlicht. In einem weiteren Schritt sollen die Projekte externer Akteure aufgezeichnet werden.

Ziele

16

Um konkrete Erfolge auf dem Weg zu einer zukunftsbeständigen Kommune erzielen zu können, braucht eine Lokale Agenda 21 neben einem Leitbild vor allem konkrete Ziele. Diese lassen sich am besten ableiten aus einer Gegenüberstellung von Leitbild und der Analyse der Situation vor Ort. Konkret sind Ziele dann, wenn sie eindeutig meßbar sind und sich auf eine klare Zeitvorgabe beziehen: Wieviele Tonnen Kohlendioxid sollen in welchem Zeitraum eingespart werden? Wieviele Hektar Fläche sollen jährlich zusätzlich für Siedlungszwecke in Anspruch genommen werden? Wieviele Quadratmeter Wohnraum sollen den Bürgerinnen und Bürgern in 10 Jahren pro Kopf durchschnittlich zur Verfügung stehen?

Konkrete Ziele sind in der Kommunalpolitik durchaus keine neue Erfindung. Sie werden in Form von ihnen zugeordneten Maßnahmen oder Maßnahmenbündeln umgesetzt. Ob oder wie weit dies gelingt, kann anhand von Indikatoren gemessen werden.

Langfristige Perspektive bis 2010:

- *Der Siedlungsflächenzuwachs wird auf Null reduziert.*
- *Keine zusätzliche Versiegelung bzw. 100 Prozent Ausgleich.*
- *Passivhausstandard im Wohnungsneubau. Niedrigenergiehausstandard im Bestand.*
- *Halbierung der Luftbelastungen Strategische Orientierung: CO_2-Minderung um mindestens 3 % jährlich.*
- *Regionale Selbstversorgung [mit Wasser], Trinkwasserqualität nur bei Konsum als 'Lebensmittel'.*
- *Begrenzung der durchschnittlichen Wohnfläche pro Person auf den aktuellen Wert von 37 qm.*
- *Straßenrückbau und Reduzierung der Verkehrsleistung des motorisierten Individualverkehrs um 5 Prozent.*

Auszüge aus: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung: Arbeitspapiere - Strategiekatalog zum Forschungsfeld Städte der Zukunft im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt), Bonn 1997.

Zielkonflikte

Werden - wie bisher üblich - getrennt nach den zahlreichen kommunalpolitischen Handlungsfeldern Ziele formuliert, so ist es wahrscheinlich, daß untereinander konkurrierende Ziele verfolgt werden. Auch der Dialog zwischen den örtlichen Akteuren verläßt bei der Diskussion über konkrete Ziele ziemlich sicher die Ebene des allgemeinen Konsenses: Zielkonflikte sind vorprogrammiert. Es beginnt ein Aushandlungsprozeß, der jedoch für die Beteiligten gleichzeitig einen Meinungsbildungsprozeß darstellt.

CO_2-Reduktion in Saarbrücken

1993 beschloß die Stadt Saarbrücken, von 1990 bis 2005 die CO_2-Emissionen um 25% zu reduzieren.

Prioritäten

Auch ein zwischen verschiedenen Interessengruppen ausgehandelter Katalog von Zielen wird mit den vorhandenen Ressourcen nicht auf einmal umgesetzt werden können: Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Damit nicht über Jahre hinweg dieselben Prioritäten gesetzt werden, wird den Zielen oder Zielbündeln eine Rangfolge zugeordnet. Diese Rangfolge markiert die verabredeten Etappen auf dem Weg zu einer zukunftsbeständigen Gemeinde.

VOC-Reduktion im Landkreis Nordhausen

Der Landkreis Nordhausen beabsichtigt, seine Emissionen an flüchtigen organischen Verbindungen (VOC, in t/a) um 80% von 1987 bis 2005 zu reduzieren.

Die Prioritätensetzung sollte nach folgenden 3 Kriterien erfolgen:

- Dringlichkeit: Die drängendsten ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme vor Ort müssen zuerst angegangen werden.
- Lösbarkeit: Ziele, die mit den vorhandenen örtlichen Ressourcen oder aufgrund unveränderbarer Rahmenbedingungen nicht umsetzbar sind, müssen im Auge behalten, aber auf später verschoben werden.
- Taktik: Manchmal ist ein sichtbarer Erfolg im Hinblick auf ein bestimmtes Ziel die Voraussetzung für die Umsetzung eines anderen, wichtigeren Zieles.

Im Ergebnis soll ein umsetzbarer, von möglichst vielen örtlichen Gruppen getragener, aufeinander abgestimmter Katalog von Zielen stehen, der die beabsichtigte Richtung der Kommunalentwicklung beschreibt und die Etappen auf dem Weg dahin markiert.

Umweltqualitätsziele in Leipzig

Die Umweltqualitätsziele und -standards von Leipzig, die im Juni 1996 durch den Stadtrat beschlossen wurden, erweitern und untersetzen eine Reihe anderer Instrumente, Konzepte, Maßnahmen und eingegangene Verpflichtungen. Seit 1992 wurden sie sowohl in einem Konsensfindungsverfahren innerhalb der Stadtverwaltung und externen Facheinrichtungen als auch im Rahmen einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung diskutiert. Für die Bereiche Immissionsschutz, Lokalklima, Erholung, Landschafts-/ Freiflächenschutz, Abfall und Energie wurden Zielformulierungen und Standards festgelegt. Die Umweltqualitätsziele stellen eine politische Willenserklärung für die Schaffung bzw. Erhaltung gesunder, menschengerechter Lebensbedingungen sowie für eine nachhaltige Stadtentwicklung Leipzig dar. Sie sind nicht rechtsverbindlich, sondern nur intern bindend und bedeutend, wenn die anzuwendenden Standards und Zielwerte über derzeit geltende gesetzliche Festlegungen hinausgehen. Gleichzeitig mit der Beschlußfassung der Umweltqualitätsziele gab der Stadtrat den Auftrag an die Verwaltung, innerhalb der Stadt Leipzig einen lokalen Agenda-21-Prozeß zu initiieren. Ein Umweltqualitätsziel ist z.B. das Ziel, ihre als Restmüll zu entsorgenden Abfallmengen um 50% von 1993 bis 2010 zu reduzieren.

Potentiale für die Umsetzung

17

Eine Lokale Agenda 21 aufstellen heißt nicht, die Kommunalpolitik neu zu erfinden. Gerade in Deutschland verfügen Kommunen bereits über zahlreiche Elemente, die Teil einer Lokalen Agenda 21 sein können. Dies betrifft auch die Verfahren für die Umsetzung: In der Nutzung bestehender kommunalpolitischer Instrumente liegt eine der größten Chancen:

Die Lokale Agenda 21 wird verbindlich.

Anders als in vielen anderen Ländern hat sich in Deutschland ein sehr differenziertes Gefüge kommunaler Planungen entwickelt, das einen guten Ausgangspunkt sowohl für die Aufstellung als auch für die Umsetzung einer Lokalen Agenda 21 darstellt. Es umfaßt die gesamte Bandbreite von der Ebene der Leitbilder und allgemeinen Rahmenvorgaben bis hin zu sehr konkreten Maßnahmenprogrammen für einzelne Bereiche der Gemeindeentwicklung. All diese kommunalen Planungen können - ja sollen - Bestandteile des langfristigen Aktionsprogrammes werden, indem sie konsequent auf das Ziel einer zukunftsbeständigen Kommunalentwicklung ausgerichtet werden.

Spätestens bei den Haushaltsberatungen zeigt sich, wie ernst es einer Gemeinde mit der Lokalen Agenda 21 wirklich ist:

- Zunächst können Mittel für die Aufstellung eines langfristigen Aktionsprogrammes für die Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Sie setzen die Verwaltung in die Lage, den hierfür notwendigen Prozeß einzuleiten, zu koordinieren und die Ergebnisse zusammenzutragen.
- Daneben werden Mittel für konkrete Vorhaben und Projekte benötigt. Die Umsetzung des Aktionsprogrammes soll zwar nicht allein durch die Kommunalverwaltung erfolgen - dennoch müssen dafür ebenfalls Finanzentscheidungen getroffen werden. In der Regel werden dies Umschichtungen von Mitteln sein.
- Durch die generelle Einführung von "Zukunftsbeständigkeits-Kriterien" bei der Zuweisung von Haushaltsposten kann die Haushaltsberatung selbst zu einem sehr wirkungsvollen Instrument bei der Umsetzung der Lokalen Agenda werden und die Kommunalentwicklung gezielt steuern.

Haushaltsplan

Jede Kommune verfügt über einen eigenen Finanzhaushalt, der jedoch - und dies in zunehmendem Maße - nicht ausreicht, alle wünschenswerten Vorhaben zu realisieren. Wofür allerdings letztendlich Geld zur Verfügung steht und wofür nicht, ist abhängig von den Prioritäten, die eine Kommune sich jeweils setzt.

Diese Entscheidung, die damit auch eine Entscheidung über die vorrangigen Entwicklungsziele der Gemeinde darstellt, wird in den regelmäßig stattfindenden Haushaltsberatungen des gewählten Rates getroffen. Die Beschlüsse über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel bestimmen außerdem das Aufgabenspektrum der Verwaltung.

3 Leitsätze für Karlsruhe

In der Sitzung des Karlsruher Gemeinderats am 8. April 1997 wurden folgende Leitsätze diskutiert und einstimmig angenommen:

Leitsatz 1: Bestehende und künftige Planungen und Maßnahmen sind unter den besonderen Aspekten der "Nachhaltigen Entwicklung" nach sozialen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten zu prüfen, wobei die gesellschaftlich relevanten Gruppen und die Nichtregierungsorganisationen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt aktiv einzubeziehen sind.

Leitsatz 2: Vermeiden von Umweltbelastungen durch umweltentlastende Infrastrukturen und Techniken sowie Motivation der Konsumenten/innen zum verantwortungsbewußten Umgang mit der Infrastruktur und Technik.

Leitsatz 3: Abdeckung des nicht vermeidbaren Bedarfs durch vorrangige Inanspruchnahme bereits benutzter Flächen (Flächenrecycling) und geringstmöglichen Verbrauch der nicht nachwachsenden Ressourcen durch Erhöhung der Nutzungs-Effizienz.

Aus: Zwischenbericht Lokale Agenda 21 Karlsruhe, Stand: 20. Januar 1997

*öko*Budget® - Mit der Natur haushalten

Zusammen mit Bielefeld, Dresden, Heidelberg und dem Landkreis Nordhausen erprobt das ICLEI-Europasekretariat seit März 1996 ein neues Umweltmanagementsystem für Kommunen. In Analogie zum Finanzhaushaltsplan soll der Umweltverbrauch in den Kommunen in Naturhaushaltsplänen transparent gemacht und auf der Grundlage von Umweltqualitätszielen gesteuert werden. Im Laufe des Vorhabens wird in den Teilnehmerstädten ein Naturhaushaltsplan aufgestellt und im Stadtrat verabschiedet werden. Vorher und hinterher wird der tatsächliche Umweltverbrauch bilanziert. Der Umweltverbrauch soll dabei mittels Umweltindikatoren in physikalischen Größen ausgedrückt werden. Maßstab für den Verbrauch sollen mittelfristige Umweltziele sein, die die Kommunen analog zur mittelfristigen Finanzplanung aufstellen. Für die Indikatoren sollen keine neuen Erhebungen durchgeführt, sondern auf bestehende Daten zurückgegriffen werden. Ein neues Element und damit eine Herausforderung ist in vielen Fällen die jährlich wiederkehrende Bilanzierung.

Das Verfahren der Haushaltsplanaufstellung mit Vorbericht, Voranschlägen und öffentlicher Auslegung wird weitgehend übernommen. Einen besonderen Reiz stellt die momentane Umbruchsituation in der kommunalen Verwaltung dar - Stichwort: "Neue Steuerungsmodelle".

Stadtentwicklungsplanung

Die Stadtentwicklungsplanung liefert eine langfristige Zielsetzung für die Kommune. Sie stellt das Instrument dar, mit dem bereits heute - mit unterschiedlich intensiver Beteiligung der örtlichen Akteure - Leitbilder für die Zukunft formuliert werden. Auf der Basis der örtlichen Besonderheiten und Potentiale koordiniert sie die räumliche, soziale, ökonomische und infrastrukturelle Entwicklung sowohl untereinander als auch mit der Finanz- und Investitionsplanung.

Stadtentwicklungsplanung und Lokale Agenda 21: Berührungspunkte und Unterschiede

Die in den 70er Jahren entwickelte Stadtentwicklungsplanung (STEP) verfolgte bereits ganz ähnliche Ziele wie die in Rio proklamierte Lokale Agenda 21. Für die Agenda-Diskussion bietet dies die Chance, aus den Erfolgen und Fehlern der STEP zu lernen und diese gleichzeitig mit neuen Ideen anzureichern.

Berührungspunkte: STEP und Lokale Agenda 21 verfolgen beide das Ziel einer umfassenden, integrierten Stadtentwicklung mit langfristiger Perspektive. Allerdings schließen beide auch kurzfristig wirkende Maßnahmen ein. Theoriegebäude sind beiden Ansätzen fremd, sie fühlen sich hauptsächlich der politischen Umsetzung verpflichtet. Beide Ansätze sind freiwillig, also keine kommunale Pflichtaufgabe.

Unterschiede: Bürger/innen spielen auch bei der STEP eine wichtige Rolle, allerdings im Sinne der traditionellen Bürgerbeteiligung, weniger im gezielten Interessenausgleich und der Konsensfindung. Weit mehr als die STEP verfolgt die Lokale Agenda 21 ein bestimmtes inhaltliches Ziel: Die Zukunftsbeständigkeit - und dies weltweit. Die Kommunalverwaltung hat bei der Lokalen Agenda nicht primär eine planende Funktion, sondern eine initiierende, moderierende und umsetzungsorientierte Aufgabe. Die Lokale Agenda 21 lebt wesentlich weniger als die STEP vom Ziel der allumfassenden öffentlichen Planung, sondern eher von dem Wunsch, viele und ganz unterschiedliche Akteure mit ins Boot zu holen.

Leitlinien des "Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010" für die Lokale Agenda

Heidelberg strebt eine Entwicklung an, die auch in Zukunft unter Bewahrung seiner unverwechselbaren Eigenart gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Es orientiert sich dabei am Ziel der regionalen und globalen Verantwortung im Sinne der Charta von Aalborg.

Diese Präambel für ein neues Leitbild sowie die Ziele und Leitlinien des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010, der im Februar 1997 vom Gemeinderat verabschiedet wurde, beinhalten Aspekte der Nachhaltigkeit. Diese stellen gleichzeitig das Leitbild einer zukunftsfähigen Entwicklung im Rahmen einer Lokalen Agenda 21 Heidelberg dar.

Somit hat Heidelberg einen wichtigen Schritt vorweggenommen: Die inhaltlichen Ziele einer lokalen Agenda 21 wurden fest mit dem Stadtentwicklungsplan im regulären Planungs- und Arbeitsablauf der Kommune verankert.

Im Vorfeld fand ein breiter öffentlicher Diskussionsprozeß von November 1995 bis September 1996 über die verbindlichen Ziele vor der endgültigen Abstimmung statt. Eine zusätzliche innerstädtische Diskussion über nachhaltige Ziele im Rahmen einer lokalen Agenda 21 wäre - so die Stadt Heidelberg - vor diesem Hintergrund nicht sinnvoll.

"Kurs Rostock 2010" als Verwaltungsentwurf für die Lokale Agenda

Als Grundlage für die Lokale Agenda 21 Rostock war der Vorentwurf des Stadtentwicklungsprogramm “Kurs Rostock 2010” vorgesehen, der von der Leitstelle für Stadtentwicklung der Stadt Rostock 1996 konzipiert wurde. Der Entwurf enthält viele innovative Ideen. Allerdings stellt er nicht das Ergebnis eines partizipativen Prozesses dar, sondern soll erst nachträglich mit den örtlichen Akteuren beraten und diskutiert werden. Inwieweit diese Vorgehensweise für die öffentliche Diskussion und den Konsensfindungsprozeß über ein Leitbild für eine nachhaltige Entwicklung von Rostock eher hinderlich oder förderlich ist, wird sich zeigen.

Verknüpfung der Leverkusener Agenda 21 mit dem "Projekt Stadtentwicklung"

Der Rat in Leverkusen beschloß im September 1996, den lokalen Agenda-21-Prozeß mit dem seit Anfang 1997 angelaufenen Projekt Stadtentwicklung zu verknüpfen. Weil das Projekt Stadtentwicklung schon eine Organisationsstruktur etabliert hatte, die bereits Elemente eines Agenda-21-Prozesses enthielt, wurde eine zusätzliche Fachgruppe “Leverkusener Agenda” an diese Struktur angeschlossen. Die Lokale Agenda wird somit im Rahmen und in der Arbeitssystematik dieses Projektes erarbeitet. Die Vorteile liegen vor allem in einer Legitimation zur direkten Beteiligung an Gremien, die ursprünglich vor allem der Politik und Verwaltung vorbehalten waren.

"Entwicklungsstudie Dörverden 2020" als Ausgangspunkt für die Lokale Agenda 21

Bevor ein Beschluß zur Lokalen Agenda 21 seitens des Gemeinderates vorlag, hatten die Bürger/innen von Dörverden zusammen mit einem Moderations- und Planungsbüro aus Hannover eine Entwicklungsstudie “Dörverden 2020” durchgeführt. 120 Einwohner/innen beteiligten sich an dem Prozeß, ein Leitbild “Nachhaltige Entwicklung Dörverden” zu formulieren. Dieser Prozeß wurde im Laufe der Zeit zu einem lokalen Agenda-21-Prozeß.

Bauleitplanung

Über Flächennutzungs- und Bebauungspläne wird der kommunale Umgang mit der endlichen Ressource Fläche geregelt. Durch Festlegungen beispielsweise über die Mischung und Trennung von Funktionen oder die Dichte haben sie Auswirkungen auf die äußere Gestalt der Gemeinde, die Bandbreite und Anordnung der möglichen Aktivitäten der Menschen sowie ihre Wohn- und Lebensformen. Sie greifen damit weit in die ökologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Kommune ein. Im Bereich der Bauleitplanung liegen die umfassendsten Erfahrungen mit Formen und Methoden des Dialogs zwischen verschiedenen örtlichen Akteuren vor.

Klimaschutzkonzept

Anfang 1994 wurde Viernheim zur Brundtland-Stadt ernannt. Mit dieser Auszeichnung geht gleichzeitig die Verpflichtung einher, die CO_2-Emissionen bis 2010 um 30% zu verringern. In diesem Zusammenhang wurde ein kommunales Klimaschutzkonzept erstellt, das sowohl den Verkehrs- als auch den Energiebereich mit jeweiligen Trend- und Klimaszenarien umfaßt. Das Klimaschutzkonzept besteht aus Teilkonzepten wie z.B. einem Maßnahmenkatalog, einem Klimaschutz-Berichtsystem und einem Energiekonzept für öffentliche Gebäude. Mit Hilfe von Klima-Tischen wird beabsichtigt, die Viernheimer Bevölkerung an der Gestaltung ihrer Brundtland-Stadt stärker zu beteiligen.

Sektorale Entwicklungsplanung

Verkehrsentwicklungspläne, Energiekonzepte, Klimaschutzpläne und andere sektorale Entwicklungspläne enthalten neben übergeordneten Leitlinien konkrete Ziele sowie Vorschläge für Maßnahmen. Sie spiegeln die Bereiche wider, die am jeweiligen Ort prioritär behandelt werden, haben aber fast immer Auswirkungen auf zahlreiche andere Sektoren.

Kommunales Energiekonzept

Von Sommer 1994 bis Herbst 1995 erstellte das Amt für Umweltschutz der Stadt Graz in Österreich unter Einbindung von ca. 70 Grazer Institutionen ein Kommunales Energie-konzept. Aufbauend auf einer Situationsanalyse, bei der die Energie- und Emissionsbilanz ermittelt wurde, wurden Maßnahmen- und Instrumentenkataloge erstellt, Reduktionspotentiale untersucht und eine Maßnahmenanalyse (Hemmnisse und Kosten) durchgeführt. Nach Beschluß des Rates wurde das Energiekonzept umgesetzt.

"Tourismusleitbild 2000"

Der Tourismus war und ist in Heidelberg von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Aber die Stadt wurde dadurch zunehmend belastet. Von 1991 bis 1992 diskutierten Experten/innen, Wissenschaftler/innen und Bürger/innen über eine Umorientierung hin zum sozial- und umweltverträglichen Tourismus. Dabei entstand ein neues Leitbild mit drei Leitzielen. Ziel war es, dieses in übergeordnete stadtentwicklungspolitische Zielsetzungen zu integrieren. 1993 wurde es vom Gemeinderat beschlossen.

Umweltplanung

Die kommunale Umweltplanung befaßt sich mit den örtlichen Erfordernissen und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Umweltschutzes. Aufgabe ist u.a., umweltbedeutsame Ziele und planerische Darstellungen mit konkreten Maßnahmenprogrammen und Zeitplänen zu verknüpfen. Mit Hilfe von Indikatoren sollen Zustände bewertet sowie Erfolge bzw. Mißerfolge gemessen werden.

Die kommunale Umweltplanung liefert somit die Grundlagen und Maßstäbe für die Berücksichtigung der Umweltbelange in der gesamtplanerischen Abwägung und in sonstigen raumrelevanten Verwaltungsverfahren. Um die Umsetzungschancen von Umweltplänen zu erhöhen, ist es wichtig, nicht nur Restriktionen sondern auch Perspektiven für eine umweltverträgliche Inanspruchnahme von Ressourcen aufzuzeigen, d.h. sie mit wirtschaftlichen und sozialen Aspekten zu verknüpfen.

Zu den rechtlich verankerten Umweltfachplänen zählen u.a. die Landschaftspläne, die Lärmminderungspläne und die Luftreinhaltepläne.

Einzigartig: Der Umweltplan Münster

Der Umweltplan der Stadt Münster wurde 1996 nach mehrjähriger Arbeit dem Gemeinderat vorgelegt. Da bis zu diesem Zeitpunkt für die Aspekte Boden, Wasser, Luft und Klima ein medienübergreifendes Planwerk fehlte, wurde der Umweltplan als neues Instrumentarium entwickelt, um dieses planerische Defizit auszugleichen. Er dient als Arbeits-, Entscheidungs- und Planungshilfe für die gesamte Stadtverwaltung.

Der Umweltplan berücksichtigt neben den ökologischen Belangen keine anderen städtischen Belange, wie z.B. städtebauliche oder wirtschaftliche Belange. Unterschiedliche Zielvorstellungen der verschiedenen städtischen Belange müssen auf der Flächennutzungsplanebene im Rahmen des Abwägungsprozesses gelöst werden. Nach der Abwägung mit anderen Belangen und Übernahme in den Flächennutzungsplan erhalten die Aussagen des Umweltplanes Verbindlichkeit für die Gemeinde und die Träger öffentlicher Belange. Der Umweltplan ersetzt dabei als solches nicht die im Einzelfall notwendige konkrete Stellungsnahme zum Flächennutzungsplan. Der Umweltplan steht neben Landschaftsplan und Grünordnung, denn er enthält nicht die Aspekte der Freiraumplanung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Freizeit und Erholungsplanung.

Aus: Stadt Münster: UmweltPlan Münster. Werkstattberichte zum Umweltschutz. Münster. 1996.

Arten- und Biotopschutzprogramme in Bayern

Das Bayerische Landesamt für Umweltschutz hat für alle bayerischen Landkreise und mehrere bayerische Städte Arten- und Biotopschutzprogramme (ABSP) erarbeitet, in denen auch die Ressourcen behandelt werden. Im ABSP der Stadt Nürnberg beispielsweise nehmen die Themen Boden, Wasser und Luft breiten Raum ein und die Kartendarstellungen können im Rahmen der Agenda als Handlungsgrundlage verwendet werden.

Programme zu weiteren kommunalen Handlungsfeldern

Neben den übergeordneten Planungen und räumlichen Fachplanungen gibt es in jeder Kommune eine Vielzahl von Konzepten und Programmen zu zahlreichen kommunalen Handlungsfeldern, die ebenfalls zu Instrumenten einer zukunftsbeständigen Kommunalentwicklung - und damit der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 - werden können.

Fahrradwegepläne, Stadtteilsanierungskonzepte, Integrationsprogramme für Ausländer/innen, arbeitslose Jugendliche, alleinerziehende Mütter, Sozialhilfeempfänger/innen etc. bestehen aus konkreten Aktionen und Projekten und werden daher am deutlichsten wahrgenommen. Sie sollten sich an den übergeordneten, langfristigen Zielen für die Kommunalentwicklung orientieren.

Literatur

- Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hg.): Die umweltbewußte Gemeinde. Leitfaden für eine nachhaltige Kommunalentwicklung. Band I - Handlungskonzepte. Band II - Maßnahmenbeschreibungen. Nördlingen 1996.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung: Nachhaltige Stadtentwicklung. Herausforderungen an einen ressoucenschonenden und umweltverträglichen Städtebau. Städtebaulicher Bericht. Bonn 1997.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung: Strategiekatalog zum Forschungsfeld Städte der Zukunft im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt). Bonn 1997.
- Bunzel, A., Hinzen, A. & G. Ohligschläger: Umweltschutz in der Bebauungsplanung. Wiesbaden/ Berlin 1997.
- Deutsches Institut für Urbanistik: Kompakt, mobil, urban: Stadtentwicklungskonzepte zur Verkehrsvermeidung im internationalen Vergleich. Im Auftrag des Umweltbundesamtes.
- Deutscher Städtetag: Städte für eine umweltgerechte Entwicklung. Materialien für eine “Lokale Agenda 21”. DST-Beiträge zur Stadtentwicklung und zum Umweltschutz. Reihe E, Heft 24. Köln 1995.
- Fischer, A. & C. Kallen: Klimaschutz in Kommunen. Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimakonzepte. Berlin 1997.
- Hinzen, A. u.a.: Umweltschutz in der Flächennutzungsplanung. Wiesbaden/ Berlin 1995.
- Kommunale Umwelt-AktioN (U.A.N.) & Deutscher Städte- und Gemeindebund: Rathaus & Klimaschutz. Hinweise für die kommunale Praxis (Lokale Agenda 21). Hannover 1995.
- Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Lokale Agenda 21. Frauen gestalten Umwelt und Zukunft. Düsseldorf 1997.
- Umweltbundesamt (Hg.): Umweltverträglichkeitsprüfung in der Bauleitplanung. Praxisprobleme und Lösungsvorschläge. Band 1: Leitfaden zur UVP in der Bauleitplanung mit dem Schwerpunkt auf der Ebene der Flächennutzungsplanung/ Berichte-Reihe 6/95). Berlin 1995. Band 2: Auswertung kommunaler Beispiele zu UVP in der vorbereitenden Bauleitplanung (TEXTE-Reihe 69/95). Berlin 1995.

18 Maßnahmen: Was zu tun ist

Die Lokale Agenda 21 ist ein kommunales Aktionsprogramm. Obwohl sie langfristig angelegt ist, bleibt sie nicht bei der Formulierung frommer Absichten stehen. Schon die wörtliche Übersetzung von "Agenda" legt nahe, worauf es ankommt: "Was zu tun ist" für das 21. Jahrhundert, soll für die eigene Kommune verabredet - und vor allem getan werden!

Die hierfür erforderlichen Maßnahmen sollen zum einen durch die Kommunalverwaltung, zum anderen aber auch durch weitere örtliche Akteure ergriffen werden. Sie ergeben sich sowohl aus der Integration neuer Ziele in die vorhandenen Planungen und Verfahren, als auch durch die eher spontane Durchführung von Projekten, die neben ihrem eigentlichen inhaltlichen Ziel meistens auch motivierende Wirkung haben.

Kostenloser ÖPNV statt Straßenbau

Die belgische Stadt Hasselt bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern seit einiger Zeit einen besonderen Service: Der Öffentliche Personennahverkehr ist für sie kostenlos. Die Ressonanz war entsprechend: Bereits nach kurzer Zeit mußten Takte verdichtet und zusätzliche Fahrten eingerichtet werden. Die Finanzierung dieser Maßnahme erfolgt durch Umschichtung aus dem Etat für den Straßennneubau.

Maßnahmen haben im Rahmen der Lokalen Agenda 21 verschiedene Funktionen und Eigenschaften:

- Sie stellen den eigentlichen Kernpunkt einer Lokalen Agenda 21 dar. Die zukunftsbeständige Entwicklung der Gemeinde soll als Gemeinschaftsanstrengung aller örtlichen Akteure nicht nur diskutiert, sondern angepackt werden. Maßnahmen sollen sich am gemeinsamen Leitbild orientieren und erhalten Verbindlichkeit durch klar definierte, meßbare Ziele und Zeitpunkte, zu denen diese Ziele erreicht werden sollen.

"Dosenfreies Allgäu"

Die Aktion “Dosenfreies Allgäu” initiierten im Oktober 1995 regionale und lokale Brauereien und der Zweckverband Abfallwirtschaft Kempten, der die Landkreise Oberallgäu, Kempten und Lindau umfaßt. Ihr Ziel war es, ein negatives Image von Getränkedosen aufzubauen und deren Auswirkungen auf die Umwelt aufzuzeigen. Mit Hilfe von Öffentlichkeitsarbeit und Pressekonferenzen machten sie die Bevölkerung auf ihr Anliegen aufmerksam. Zudem wurde versucht, den Einzelhandel für diese Kampagne zu gewinnen. Bei den kleineren Geschäften gelang dies, der große Einzelhandel zeigte jedoch keine Bereitschaft.

- Maßnahmen werden bereits in der täglichen kommunalpolitischen Praxis laufend durchgeführt. Die Lokale Agenda 21 soll dazu keine Konkurrenz- oder Zusatzveranstaltung werden, sondern dazu beitragen, daß sich die "ganz normale" Kommunalpolitik auf das Ziel der Zukunftsbeständigkeit ausrichtet. Bestehende Programme, Pläne und Instrumente können so zu Bestandteilen der Lokalen Agenda 21 werden.

Der "Rote Faden" als Denkanstoß

Plötzlich tauchte er auf - der Rote Faden als ein 10 cm breiter roter Strich. Seit dem Sommer 1997 zieht er sich durch die Straßen von Germering: Ausgehend von dem Sonnensymbol auf dem Martkplatz im Stadtzentrum verbindet er die Rathäuser sowie zwanzig bildhauerische Kunstobjekte. Immer wieder sind neben der roten Linie oder auf einigen Kunstobjekten Symbole zu finden, die nur mit Hilfe eines "Symbolwörterbuches" entschlüsselt werden können. Sie stehen für die wichtigsten Worte
einer nachhaltigen Entwicklung wie z.B. Respekt, Verantwortung, Harmonie, Gemeinsamkeit, Kreislauf und Natur. Mit Verwunderung, Freude und Ärger reagierten die Einwohner/innen in der Stadt darauf und fragten immer wieder, was dies bedeuten soll. Alles steht im Zeichen der Lokalen Agenda 21. Die Einwohner/innen werden auf ihren täglichen Wegen immer wieder damit konfrontiert - die Lokale Agenda rückt in ihr Bewußtsein.

- Die Lokale Agenda 21 soll den kommunalen Schuldenberg nicht weiter anhäufen, sondern abtragen helfen. Neue, bisher nicht vorgesehene Maßnahmen können also nur umgesetzt werden, indem von ursprünglich geplanten Vorhaben abgesehen wird (neue Prioritäten) oder indem sie nicht von der Kommunalverwaltung durchgeführt werden (neue Akteure). Anderenfalls widersprechen sie einer nachhaltigen Ressourcennutzung und damit der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen.

- Maßnahmen wirken bereits während ihrer Durchführung: Sie demonstrieren in die Gemeinde hinein den Aufbruch, liefern erste kleine Erfolge und motivieren damit Menschen zur Mitarbeit und Unterstützung bei der Lokalen Agenda.

100 Hamburger Haushalte begeben sich auf neue Wege

An dem Projekt zur umweltgerechten Haushaltsführung nehmen Einzelpersonen und Großfamilien aus 100 Haushalten seit August 1997 teil. Es wird zusammen mit der Umweltbehörde sowie verschiedenen Beratungseinrichtungen und Versorgungsunternehmen durchgeführt. Ziele sind, eine umweltgerechtere Haushaltsführung auszuprobieren sowie Schwierig-keiten beim umweltgerechteren Verhalten zu erfahren. Zudem soll für ein umweltgerechteres Verhalten medienwirksam geworben werden. Bestandteile des Projektes waren Beratungen zu den Themen "Wasser" und "Energie" sowie Informationsveranstaltungen zu den Themen "Ernährung", "Abfall" und "Mobilität".

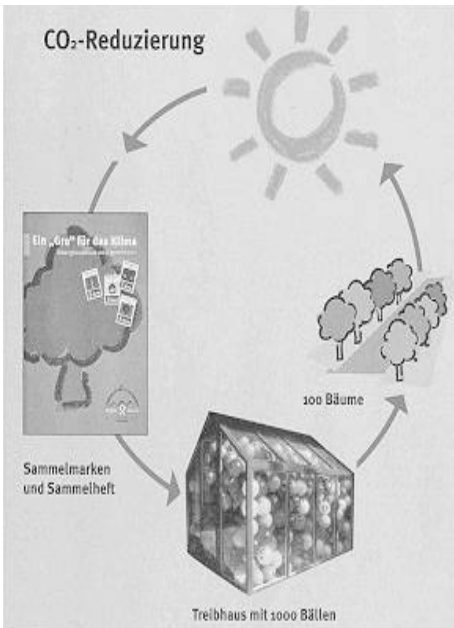
- Bei der Frage nach der Umsetzung von Maßnahmen wird die Notwendigkeit - aber auch der Erfolg oder Mißerfolg - des Dialoges zwischen den örtlichen Akteuren sichtbar: Werden sie tatsächlich zu "Akteuren" für eine zukunftsbeständige Gemeinde oder nicht?
- Spezielle "Agenda-Maßnahmen" gibt es eigentlich nicht. Wichtig wird jedoch die Suche nach Synergien zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen. Sogenannte "Win-Win-Optionen", bei denen die Vertreter/innen verschiedener Interessen gleichermaßen Erfolge für sich verbuchen können, werden besonders wirkungsvolle Bausteine einer Lokalen Agenda 21 sein.

"Fifty-Fifty" an Berliner Schulen

Das Fifty-Fifty-Projekt an rund 30 Berliner Schulen zeigt, daß Energie und Wasser eingespart werden können, wenn alle Parteien davon profitieren: Die Schulen können die Hälfte der eingesparten Energie- und Wasserkosten für ihre eigenen Zwecke verwenden. Die jeweiligen Bezirksämter und das Landesschulamt, mit denen die Vereinbarungen getroffen wurden, verringern ihre Energie- und Wasserkosten. Lehrer/innen und Schüler/innen lernen ein Umdenken beim Umgang mit Energie. Einige Schülergruppen wünschen sich mehr Mitspracherecht bei Entscheidungen über die Verwendung des Geldes - schließlich sparen sie alle mit. Um einige Zahlen zu nennen: Allein im Berliner Bezirk Köpenick sparten 5 Schulen im Schuljahr 1996/1997 knapp 17.000 DM an Energie- und Wasserkosten.

Tausche 20 Gro-Marken gegen einen bunten CO_2-Ball

Eine pfiffige und anschauliche Idee, die BürgerInnen zum Klimaschützen zu motivieren, ließ sich die Brundtland-Stadt Viernheim einfallen. Vor dem Rathaus steht ein CO_2-Barometer in Form eines Treibhauses, das mit 1000 bunten CO_2-Bällen angefüllt war. Die Bürger/innen waren aufgefordert, Sammelhefte mit 20 Gro-Marken zu füllen. Die Gro-Marken sind nach der Namensgeberin des Projektes Gro Harlem Brundtland benannt. In den Sammelheften stehen wertvolle und einfache Tips zum Energiesparen. Jedes mit 20 Marken gefüllte Heft konnte gegen einen CO_2-Ball eingelöst werden. Wenn das Treibhaus um 10 Bälle geleert worden war, wurde ein Apfelbaum gepflanzt. Geplant ist eine Allee mit 100 Apfelbäumen als ein symbolisches Zeichen für den Klimaschutz. Diese halbjährlichen Pflanzaktionen finden zusammen mit Verlosungen für alle statt, die ein volles Sammelmarkenheft abgegeben haben.



Erfolgskontrolle

19

Ein langfristiges Aktionsprogramm wie die Lokale Agenda 21 ist darauf angewiesen, daß die beteiligten Akteure immer wieder überprüfen können, ob die gewählten Maßnahmen geeignet sind, die verabredeten Ziele zu erreichen. Dies sollte so präzise, aber auch so einfach wie möglich geschehen.

Die notwendigen Nachbesserungen bei Maßnahmen oder Zielen, die durch die Erfolgskontrolle sichtbar werden, stellen keine Schwäche des Aktionsprogrammes dar, sondern unterstreichen den Prozeßcharakter der Lokalen Agenda. Je selbstverständlicher von der Möglichkeit von Fehlern ausgegangen wird, desto leichter ist der Umgang mit ihnen.

Bei der Festlegung des Kontrollverfahrens sind folgende Kriterien zu beachten:

- In welchen Zeitabständen soll die Erfolgskontrolle durchgeführt werden?
  (Für die Ermittlung von Tendenzen in der kommunalen Entwicklung sind regelmäßige Erhebungen notwendig.)
- Wer bewertet den Erfolg oder Mißerfolg?
- Mit welchen Methoden?
  (Dies können sowohl Fachleute sein, die Messungen durchführen, als auch die örtliche Bevölkerung, die die Veränderungen und Wirkungen wahrnimmt oder nicht.)
- Auf welche Weise fließen die Ergebnisse als Verbesserungen wieder in die Lokale Agenda 21 ein?

Ökoteam begutachtet Agenda-Fortschritte

Graz gilt als eine österreichische, ja, europäische Modellstadt für zukunftsbeständige Stadtentwicklung. Schon beim Grundsatzbeschluß zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 "Ökostadt 2000" im Jahr 1995 wurde festgelegt, daß der Grazer Agenda-Prozeß kontinuierlich überprüft werden soll. Dafür wurde ein Grazer "Ökoteam" berufen, das ab 1998 alle drei Jahre eine Begutachtung des Agenda-Prozesses durchführt.
Es setzt sich aus Vertretern/innen verschiedener Ämter sowie aus externen Fachleuten zusammen.

Indikatoren als Mittel zur Erfolgsmessung

Indikatoren: bekannt, aber tückisch!

Täglich erleichtern meßbare Daten die Arbeit, wenn es darum geht, komplexe, wenig anschauliche Dinge wie beispielsweise "Wohlstand" zu beschreiben: So werden Länder anhand ihres Bruttosozialproduktes verglichen, das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen sagt, ob es den Menschen an einem Ort gut geht oder nicht.

Jedoch nur scheinbar:

Das Bruttosozialprodukt faßt, grob gesagt, die Summe aller in Geldwerten erfaßten Güter und Dienstleistungen zusammen. Der Anteil der nicht erfaßten, aber dennoch für das tägliche Leben notwendigen wirtschaftlichen Vorgänge variiert von Land zu Land und ist vermutlich gerade dort am höchsten, wo das niedrigste Bruttosozialprodukt gemessen wird.

Auch das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen sagt wenig darüber, ob und wieviele Menschen über oder unter dem Durchschnitt liegen, kurz: reich oder arm sind.

Bruttosozialprodukt oder Pro-Kopf-Einkommen werden dennoch herangezogen, um Aussagen über den Wohlstand eines Landes machen zu können, sie dienen als *Indikatoren.*

Einfach gesagt ist die Lokale Agenda 21 dann erfolgreich, wenn die Gemeinde immer zukunftsbeständiger wird. Zukunftsbeständigkeit läßt sich jedoch nicht so leicht fassen wie beispielsweise Arbeitslosigkeit oder die jährliche Durchschnittstemperatur.

Für die Erfolgsmessung bei einer Lokalen Agenda 21 spielt deshalb die Auswahl geeigneter Indikatoren eine zentrale Rolle. Bei dieser Auswahl sollen folgende Tips helfen:

- Subjektivität: Indikatoren sind subjektiv. Ihre Aufgabe ist es ja, die komplexe Wirklichkeit mit möglichst wenigen Werten abzubilden. Welcher Teil der Wahrheit dabei weggestrichen wird, ist immer von der Wertung derjenigen abhängig, die die Indikatoren auswählen.

- Unterscheidung: Verschiedene Zwecke erfordern verschiedene Indikatorensysteme. Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 muß unterschieden werden zwischen
  - einem überschaubaren und auch an Nicht-Fachleute vermittelbaren Satz von Indikatoren, die die Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde anzeigen sollen, und
  - wissenschaftlichen Indikatorensystemen, die mit einer Vielzahl von Informationen und Daten der Leistungskontrolle für einzelne Projekte, Programme oder Pläne auf dem Weg dahin dienen.

- Ziele: Indikatoren sind "Anzeiger". Ihre Auswahl setzt Einigkeit darüber voraus, was man denn gerne angezeigt haben möchte, also verabredete Ziele.

- Zielerreichungsgrad: Indikatoren in Form von Meßwerten, die Aussagen über Menge, Konzentration, Verteilung, Häufigkeit, Anteil etc. eines bestimmten Vorkommnisses machen, können von Nicht-Fachleuten nicht ohne weiteres interpretiert werden.

Welcher Bürger, welche Bürgerin weiß schon, ob beispielsweise 10.000 Tonnen Schwefeldioxid-Emissionen wenig, viel oder gar zuviel sind?
Daher ist es wichtig, Beurteilungsmaßstäbe mitzuliefern. Hierzu dient der Zielerreichungsgrad: Der Indikator gibt hier den Abstand zu vorher verabredeten Zielwerten an.

"Umweltthermometer"

zeigen in der niederländischen Stadt Den Haag auf einer Skala von 1 bis 100 an, inwieweit die aufgestellten Umweltziele innerhalb der letzten 5 Jahre erreicht wurden. 11 Umweltfaktoren wie Wasser, Lärm, Luft, Abfall, Boden, Energie, Grünanlagen, Mobilität, Nachhaltigkeit oder Lebensqualität werden anhand von 35 Indikatoren gemessen. Jedes Jahr werden die Indikatoren aufs Neue überprüft. Die Thermometersäule des jeweiligen Indikators steigt bei erfolgreicher Durchführung einer Maßnahme an. Sie sinkt, wenn die Maßnahme erfolglos war. Dadurch erhalten die Bürger/innen einen Überblick, mit welchen Maßnahmen die Stadt den Klimaschutz vorantreibt.

- Verbindende Indikatoren: Bei der Aufstellung von Indikatoren für die Zukunftsbeständigkeit einer Gemeinde liegt besonderes Augenmerk auf der Verknüpfung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Aspekte. Dabei sind Zielkonflikte vorprogrammiert, die zwischen den verschiedenen Interessen ausgehandelt werden müssen. Verbindende (linkage-) Indikatoren können dabei hilfreich sein, indem sie immer ein Verhältnis zwischen diesen Bereichen anzeigen.

Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze

und die damit erforderliche wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Kommune mag die zusätzliche Ausweisung von Gewerbeflächen für richtig erachtet werden, für die Erhaltung des Naturpotentials hingegen die Reduzierung des Flächenverbrauches. Mit Hilfe des verbindenden Indikators "Zusätzliche Gewerbefläche pro zusätzlichen Arbeitsplatz" kann gemessen werden, ob Flächeneinsatz und erstrebter Nutzen in einem akzeptablen Verhältnis zueinander stehen.

- Eindeutigkeit: Indikatoren müssen so weit konkretisiert werden, daß eindeutig erkennbar ist, durch welche (Meß-)Werte sie ausgefüllt werden sollen. Bereiche wie "Luftgüte" oder "Flächennutzung" sind noch keine anwendungsfähigen Indikatoren.

"Abwasserqualität"

ist als Indikator untauglich, solange unklar ist, anhand welcher Parameter die Abwasserqualität gemessen werden soll. Diese Konkretisierung ist keine rein technische Übung, sondern beeinflußt die Aussagekraft des Indikators stark: Wird im gegebenen Fall z.B. die Ammonium-Konzentration genommen, ist das (in Deutschland) sicher geeignet, ein äußerst positives Bild der letzten Jahre zu zeichnen. Wird hingegen die Stickstofffracht gemessen, kehrt sich das Bild womöglich um.

- Datenverfügbarkeit: Die ausgewählten Indikatoren sollten auch mit Daten unterlegt bzw. die erforderlichen Berechnungen oder Erhebungen seriös durchgeführt werden können. Ist das nicht der Fall, muß dies klar ausgewiesen und nach alternativen Wegen gesucht werden. Dabei gilt es immer abzuwägen zwischen dem Aufwand, neue Daten zu erheben und der Aussagekraft und Verwendbarkeit bereits vorhandener Daten.

"Versiegelte Fläche"

wird in der Regel mit Hilfe der im Flächennutzungsplan als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesenen Flächen angenähert. Die *tatsächlich* versiegelte Fläche (in diesem Fall der gewünschte Indikator) dürfte hingegen - beispielsweise in Wohngebieten mit hohem Eigenheimanteil - deutlich geringer sein. Eine Erhebung wäre mittels Luftbildauswertung möglich, aber aufwendig. Einen Kompromiß zwischen Aufwand und Genauigkeit gibt es dennoch: Für eine Annäherung kann die Auswertung von Bebauungsplänen unter Berücksichtigung der Grundflächenzahl dienen.

Indikatoren im örtlichen Dialogprozeß

Die Auswahl von Indikatoren hängt eng mit Wertungen zusammen. Die Verwendung eines bestimmten Indikators beruht nicht unbedingt darauf, daß er am besten geeignet ist, objektive Aussagen über den Zustand eines Systems zu machen, sondern darauf, daß offenbar Konsens darüber herrscht, daß er dazu in der Lage sei. Indikatoren sind also subjektiv und damit abhängig von der Übereinkunft derer, die sie aufstellen und benützen.

Für den Dialogprozeß zwischen den vor Ort an der Aufstellung der Lokalen Agenda 21 Beteiligten spielen Indikatoren in erster Linie zur "Messung" der örtlichen Zukunftsbeständigkeit, d.h. bei der Gegenüberstellung von Ist-Zustand und Leitbild sowie bei der Messung der Zielerreichung, eine Rolle. Bereits mit der Auswahl der Indikatoren wird von den Beteiligten im Prinzip festgelegt, was in der betreffenden Gemeinde konkret unter einer zukunftsbeständigen Entwicklung verstanden werden soll. Die Auswahl von Indikatoren im lokalen Agenda-21-Prozeß beinhaltet also die Verständigung über Ziele und kann damit ein idealer Kristallisationspunkt für die örtliche Diskussion darüber sein, wie das Leitbild in konkrete, meßbare Ziele übersetzt werden soll.

Doch Vorsicht: Bei der Diskussion um Indikatoren stellt sich schnell heraus, was alles nicht abgebildet wird. Es liegt dann nahe, einfach mehr Indikatoren aufzunehmen. Heraus kommen dann aber Indikatorensysteme, die eine ihrer Hauptfunktionen nicht mehr erfüllen können: die Kommunikation erleichtern. Es kommt also auf das rechte Maß zwischen präziser Aussagefähigkeit und notwendiger Vereinfachung an.

Indikatoren für die Zukunftsbeständigkeit einer Kommune

Indikatoren für Zukunftsbeständigkeit müssen - im Gegensatz zu Indikatoren für alle möglichen Zwecke - Aussagen darüber liefern können, wie zukunftsbeständig ein Gemeinwesen ist. Die leitende Frage muß demnach sein:

Inwieweit ist die Wirtschaftsweise von Verwaltung, Unternehmen und Privathaushalten in der Lage,

- ökologische, wirtschaftliche und soziale Grundbedürfnisse aller Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde zu befriedigen,
- ohne dabei die natürlichen, gebauten und sozialen Systeme zu gefährden, auf denen die Grunddaseinsfürsorge beruht,
- und ohne die Chancen für eine zukunftsbeständige Entwicklung in den übrigen Gemeinden der Welt zu beeinträchtigen?

Ein System von Indikatoren für eine zukunftsbeständige Entwicklung müßte demnach sowohl Aussagen über soziale, wirtschaftliche und ökologische Systeme machen können als auch Wechselbeziehungen zwischen den dreien anzeigen.

Von verschiedener Stelle

wurden bereits Indikatorensysteme für Zukunftsbeständigkeit entwickelt, so beispielsweise von der OECD oder der Commission on Sustainable Development (CSD) der Vereinten Nationen. All diese Indikatoren dienten in erster Linie dem Ziel, Gebiete (in der Regel Staaten) im Hinblick auf ihre Zukunftsbeständigkeit miteinander vergleichen oder Aussagen über die Lebensqualität - oft einseitig im Sinne von Wohlstand - machen zu können. Für die Anwendung in Kommunen im Rahmen lokaler Agenda-21-Prozesse sind diese Systeme - nicht zuletzt wegen ihres Umfanges - kaum geeignet.

Den Zukunftsbeständigkeits-Indikator gibt es also nicht: Erst die Zusammenstellung einer Auswahl von Indikatoren im Hinblick auf die Ziele der Zukunftsbeständigkeit sorgt dafür, daß die gemeinsame Aussage mehr darstellt als die Summe ihrer Teile. Gleichzeitig sollte die Anzahl der Indikatoren auf das notwendige Minimum beschränkt sein, da sonst die Nachvollziehbarkeit für Nicht-Fachleute nicht mehr gegeben ist.

Pressure - State - Response:
Das Indikatorensystem der OECD

Das Pressure-State-Response-Modell (Belastung-Zustand-Reaktion) der OECD hat im Rahmen der Bemühungen um die Entwicklung eines Systems von Nachhaltigkeitsindikatoren internationale Bedeutung erlangt. Ihm liegt zugrunde, daß zum einen ein Ökosystem Belastungen durch ökonomische Tätigkeit ausgesetzt ist, andererseits ökonomische Systeme ihrerseits auf Veränderungen der natürlichen Umwelt reagieren. Es enthält drei Arten von Indikatoren:

- Belastungsindikatoren zeigen die Belastung des Naturhaushaltes durch menschliche Aktivitäten an, z.B. CO_2-Emissionen.
- Umweltzustandsindikatoren beschreiben die Umweltqualität, z.B. die Immission von Schadstoffen in der Luft.
- Reaktionsindikatoren zeigen die gesellschaftlichen Reaktionen auf eine veränderte Umweltqualität an, z.B. die Anzahl von Kläranlagen.

Die drei Indikatorentypen finden Anwendung auf folgende 13 Bereiche: Klimaveränderung, Zerstörung der Ozonschicht, Eutrophierung, Versauerung, toxische Kontaminierung, städtische Umweltqualität, Biologische Vielfalt, Landschaftsschutz, Abfall, Wasserressourcen, Forstressourcen, Fischressourcen, Bodenzerstörung.

Ein allgemein verbindliches oder zumindest übertragbares System mit einer überschaubaren Anzahl von Indikatoren zur Messung der Zukunftsbeständigkeit von Kommunen gibt es bisher nicht. Damit ist die Einigung darauf, woran die Zukunftsbeständigkeit der eigenen Gemeinde am besten abgelesen werden kann, Bestandteil des Dialoges zwischen den am lokalen Agenda-21-Prozeß Beteiligten. Es könnte im Extremfall denkbar sein, daß diese Einigung in einer Gemeinde darin besteht, nur einen einzigen Indikator als Maß für die Zukunftsbeständigkeit des Ortes festzulegen.

130 Indikatoren für Zukunftsbeständigkeit:
Das CSD-Indikatorensystem

In der Folge der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung wurde die Commission on Sustainable Development (CSD) beauftragt, ein Indikatorensystem zur Messung von Nachhaltigkeit zu erarbeiten. Das Ergebnis, das die CSD 1996 der Öffentlichkeit präsentierte, war ein Konzept mit insgesamt 130 Indikatoren.

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich mittlerweile als eines von rund 20 Pilotländern an einer Praxiserprobung und Weiterentwicklung des Indikatorensystems bis zum Jahr 2000. Die Testländer bestimmen dabei selbst, welche der Indikatoren sie aufgrund ihrer örtlichen Gegebenheiten, Ziele und Prioritäten sinnvollerweise auswählen und welche nicht.

Schlüsselindikatoren des Forums Umwelt & Entwicklung

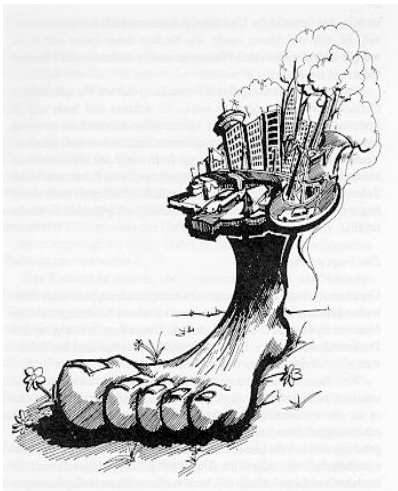
Mit einem Katalog von 12 "Schlüsselindikatoren" reagierte das Forum Umwelt & Entwicklung auf das von der CSD vorgestellte Indikatorensystem. Das in Zusammenarbeit mit dem Wuppertal-Institut entwickelte alternative Indikatoren-system setzt sich - ebenso wie das CSD-System - zusammen aus ökologischen, ökonomischen, sozialen und institutionellen Indikatoren sowie weiteren, die verschiedenen Bereiche verknüpfenden Merkmalen. Es wurde der Öffentlichkeit anläßlich der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen 5 Jahre nach Rio im Jahr 1997 vorgestellt.

Der ökologische Fußabdruck

Eine interessante Methode zur Bestimmung der Zukunftsbeständigkeit einer Stadt, eines Landes oder sogar einzelner Bewohner/innen daraus haben William Rees und Mathis Wackernagel entwickelt. Es zeichnet sich gegenüber anderen Indikatorensystemen vor allem dadurch aus, daß es ökonomische Aktivitäten mit ökologischen Folgen in Beziehung setzt, gleichzeitig die weltweiten Auswirkungen lokalen Handelns sichtbar macht und dabei noch leicht verständlich und vermittelbar bleibt:

Der Ökologische Fußabdruck ist ein Werkzeug, um unseren Naturverbrauch zu bilanzieren. Mit seiner Hilfe läßt sich der Naturverbrauch der Menschen messen. Die Energie- und Materialflüsse in einer Wirtschaftseinheit werden geschätzt und umgerechnet in Wasser- und Landflächen, die nötig sind, um diese Flüsse aufrechtzuerhalten. Das Werkzeug erlaubt es uns, wichtige Fragen zu beantworten: Wie groß ist unsere Abhängigkeit von globalen Ökosystemen? Wie stark belasten wir Ökosysteme, etwa wenn wir Rohstoffe aus anderen Regionen importieren oder unsere Abfälle entsorgen? Genügt die Produktivität der Natur, um auch im nächsten Jahrhundert die materiellen Bedürfnisse einer wachsenden Erdbevölkerung zu befriedigen? Wer braucht wieviel der globalen Produktivität der Biosphäre?

[...] Die biologisch produktive Fläche, die [beispielsweise] eine Stadt zu ihrer Versorgung braucht, entspricht ihrem ökologischen Fußabdruck auf der Erde.



Aus: Mathis Wackernagel: Unser ökologischer Fußabdruck: Wie der Mensch Einfluß auf die Umwelt nimmt, Basel 1997.

Unterhaching: Indikatoren für jeden Arbeitskreis

Im Rahmen des lokalen Agenda 21-Prozesses in Unterhaching wurden innerhalb der fünf Arbeitskreise zu den Themen Abfallwirtschaft, Bildung und Kommunikation, Energie, Natur und Landschaft sowie Siedlung und Verkehr jeweils drei bis fünf Indikatoren festgelegt.

Arbeitskreis	Indikatoren
Abfallwirtschaft	• Restmüll in kg/ Person • Kunststoffanteil in kg/Person • Biomüll in kg/Person
Bildung und Kommunikation	• Presseecho • Besucherzahl pro Veranstaltung • Infoverteiler und Anzahl der Multiplikatoren
Energie	• Wärmeverbrauch/Jahr/ qm^2 Wohnfläche • (Computermodelle für Haustypen etc. Kaminkehrer) • Einsatz der Primärenergie/ Jahr/ Person - fossil, nicht regenerativ - regenerativ • errechneter CO_2- Ausstoß/ Jahr / Person • Stromverbrauch/ Jahr/ Person (kWh)
Natur und Landschaft	• versiegelte Fläche in qm/ Person (Anteil am Gemeindegebiet) • Anzahl der Bäume im Gemeindegebiet • Vernetzung der Grünflächen in km-Länge • Brachflächen/ Magerrasen in ha • Feuchtgebiete in ha, Anzahl der Arten (nach Möglichkeit)
Siedlung und Verkehr	noch in Entwicklung: • gemeldete PKW/ Person • Stellplätze/ Person • PKW-Personen-km • Fahrrad-Personen-km • ÖPNV-Personen-km

Landkreis Nordhausen: Ausgewählte Indikatoren

Im Rahmen der Teilnahme am ICLEI-Projekt *öko*Budget® entwickelte der Landkreis Nordhausen ein Indikatorensystem, anhand dessen der Zustand des Naturhaushaltes gemessen und mit Zielwerten verglichen werden kann. Die Tabelle zeigt einige ausgewählte Indikatoren daraus:

Themenfeld	Indikator	Ziel	Bezug
Quantität der Wasserressourcen	langfristig nutzbares Grundwasserangebot zur Grundwasserentnahme	Verhältnis 1:1	§ 48 Abs. 1 Thür. Wassergesetz
Landschaft, Artenvielfalt	Intensive Landwirtschaft (in ha)	0 ha bis 2010	Wuppertal Institut 1996
Rohstoffe	Förderung von Gips/ Anhydrit (in t/a)	25% 1995-2010	BUND, Misereor, Wuppertal Institut 1996

Berlin-Köpenick: Nachhaltigkeitsindikatoren

Im Jahre 1997 wurden in öffentlichen Veranstaltungen und in den Arbeitsgruppen des Forums "Umwelt und Entwicklung" eine Reihe von Indikatoren vorgestellt bzw. erörtert. [...] Die Spalten der Tabelle enthalten Ausgangswerte und Zielwerte, die in den meisten Fällen noch zu ermitteln sind. Ein Richtungspfeil soll anzeigen, ob bei fallendem oder steigendem Wert des Indikators die Entwicklung zukunftsfähig ist oder nicht. [...] Ferner erfolgt in der Tabelle eine Zuordnung des Indikators zu den Gruppen Ökologische Nachhaltigkeit (1), Soziale Gerechtigkeit (2), Ökonomische Effizienz (3) und Institutionelle Aspekte (4). Wenn mehrere Gruppen betroffen sind, wird dies durch die Angaben weiterer Zahlen kenntlich gemacht.

Tabelle 13: Nachhaltigkeitsindikatoren für den Bezirk Köpenick von Berlin

Ind. Nr.	Indikator (Stand: Oktober 1997)	Bemerkungen	Nachhaltigkeit[1]	Ausgangswert	Zielwert	Gruppe[1]	Ordnung
1	Anzahl der Anwohner in Straßenabschnitten mit einem Lärmpegel größer 65 dB(A)	Meßbedingungen	←		0	1	
2	Anzahl der Schwimmgeschäfte in der Köp. Bürgerheide / Fläche des Untersuchungsgebietes		→			1	
3	Anzahl der Straßenbäume (ab 15 Jahre) / Gesamtlänge aller Straßen	Werte vorhanden	→	42 Stück/km	100 Stück/km	1	
4	Anzahl der Trauerweiden in "Die Bäke" (Rahnsdorf) / Fläche des Untersuchungsgebietes		→			1	
5	Bestand an naturnahen Ufersäumen / Länge der gesamten Ufersäume	Klärungsbedarf	→			1	
6	Feuchtflächen in den Außenbereichen / Feuchtflächen 1990		→			1	
7	Haushalte, angeschlossen an die öffentl. Kanalisation / Haushalte gesamt		→		1,0	1	
8	Einwohnerzahl gesamt / Einwohnerzahl des Umlandes	Umland: 20 km außerhalb der Bezirksgrenze				1, 2	
9	Umweltwissen bei Schülern mit standardisiertem Fragebogen ermittelt	Fragebogen wird in der AG Oberarbeitet	→			1, 2	
10	Zahl der Schüler der 10. Klassen mit vollständiger Impfung / Schülerzahl der 10. Klassen in Köpenick		→		> 0,9	1, 2	
11	Zahl der Überflüge von Müggelheim / Zeit in h		←	11.000		1, 2, 3	1 (1) 4 (3)
12	Anklagen der Staatsanwaltschaft gegen Jugendliche im Alter zwischen 14 und 21 Jahren / Anzahl der Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren	Werte vorhanden	←	6 %	0	2	
13	Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 0 und 18 Jahren / Einwohnerzahl von Köpenick	Werte vorhanden	→	0,17		2	
14	Anzahl der Kita- und Hortplätze / Anzahl der Kinder im Alter zwischen 0 und 10 Jahren	Zuarbeit Jugend vorhanden, Zuarbeit Schulen fehlt	→		> 0,7	2	
15	Anzahl der Partnerschaften mit Gemeinden oder Gruppierungen im Süden oder im Osten		→			2	
16	Anzahl der Singlehaushalte in Köpenick / Anzahl der Haushalte gesamt von Köpenick		←	40 % (1995)		2	
17	Durchschnittsmiete in Köpenick / Durchschnittsmiete in Berlin		←		≤ 1	2	
18	Fläche von Kinderspielplätzen / Einwohnerzahl von Köpenick		→	0,3 m²/Ew	1,0 m²/Ew	2	
19	Wohnungseinheiten für Senioren im Ortsteil / Wohnungseinheiten gesamt im Ortsteil		→			2	
20	Wohnungsnahe Grünflächen / Einwohnerzahl von Köpenick	im Umkreis 500 m	→	3,0 m²/Ew	> 6 m²/Ew	2	
21	Anzahl der Ausbildungsplätze für Jugendliche in Köpenick / Anzahl der Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren		→		1,0	3	2 (3)
22	Anzahl der Gewerbeanmeldungen / Anzahl der Abmeldungen, Konkurse, Liquidationen ...		→		≥ 1	3	3 (3)
23	Arbeitsplätze in Köpenick / Einwohner gesamt		→		0,5	3	1 (3)
24	Anzahl der Bürgerinnen in Bürgervereinen und -initiativen		→			4	
25	Anzahl der Bürgerinnen in den Arbeitsgruppen des Forum Umwelt und Entwicklung		→			4	

Aus: Bezirksamt Köpenick von Berlin: Lokale Agenda 21 Köpenick. Berlin. 1997.

Indikatoren für den Erfolg von Maßnahmen

Der Erfolg oder Mißerfolg von Maßnahmen und Projekten, die zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 durchgeführt werden, muß in irgendeiner Weise bewertet werden. Auch hierfür werden Indikatoren verwendet, und zwar sehr spezielle, dem konkreten Ziel der jeweiligen Maßnahme entsprechende Indikatoren. Dies ist in der täglichen Praxis deutscher Kommunalpolitik nichts Neues. Bei der Fülle der auf dem Weg zur zukunftsbeständigen Gemeinde durchgeführten Maßnahmen wird so eine erhebliche Anzahl von Indikatoren zum Einsatz kommen. Solche Expertensysteme sind für die öffentliche Diskussion vor Ort kaum geeignet und auch nicht dafür gedacht.

Gerade für im Umgang mit Indikatoren vertraute Fachleute aus Verwaltung, Wissenschaft und Planungsbüros ist es daher wichtig, zwischen den kommunikationsorientierten Indikatoren für die Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde und den differenzierten Indikatorensystemen zur Überprüfung von Einzelmaßnahmen zu unterscheiden. Während die einen dazu dienen, möglichst unkompliziert einschätzen zu können, ob sich die Gemeinde auf das Ziel der Zukunftsbeständigkeit zu bewegt oder sich eher davon entfernt, sollen die anderen eine präzise Auswertung der positiven und negativen Folgen durchgeführter Maßnahmen ermöglichen. Beide haben ihre Berechtigung, dienen aber verschiedenen Zwecken und dürfen daher nicht durcheinander gebracht werden.

Zum Weiterlesen über Indikatoren

- Born, M.: Handlungsleitfaden zur Entwicklung eines kommunalen Nachhaltigkeitsindikatorensystems im Rahmen der Lokalen Agenda 21. Bremen 1997.
- UVP-Förderverein (Hg.): Aufstellung kommunaler Umweltqualitätsziele. Anforderungen und Empfehlungen zu Inhalten und Verfahrensweise. Dortmund 1995.
- Walz, R., Ostertag, K. & N. Block: Synopse ausgewählter Indikatorenansätze für Sustainable Development. Bericht im Rahmen des Forschungsvorhabens "Weiterentwicklung von Indikatorensystemen für die Umweltberichterstattung" des Umweltbundesamtes. o.Ort 1995.

Das Dokument: Kommunaler Aktionsplan

Der kommunale Aktionsplan 20

Die vorangegangenen Kapitel haben es gezeigt:
Die Lokale Agenda 21 stellt für deutsche Kommunen eine Zusammenführung zahlreicher - teils vertrauter, teils neuer - Elemente zu einem zielgerichteten, in sich schlüssigen Ganzen dar: Sie ist die Summe aller Strategien und Verabredungen, um die Entwicklung der Gemeinde in Richtung Zukunftsbeständigkeit zu steuern.

Der Aktionsplan soll all diese Elemente in Form eines schriftlichen Dokuments zusammen- und für die Erfolgsmessung festhalten.

Er muß vom Rat beschlossen werden. Nur dann ist die Lokale Agenda 21 verbindlich, alle möglichen Strategien können umgesetzt werden und die Gemeinde wird Stück für Stück zukunftsbeständiger.

Inhalt des Aktionsplans

Der kommunale Aktionsplan für die zukunftsbeständige Gemeinde enthält die Ergebnisse und Verabredungen, die sich aus den einzelnen Arbeitsschritten ergeben haben. Er skizziert damit die Grundlagen für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde, über die ein größtmöglicher örtlicher Konsens erreicht wurde, sowie die verschiedenen Strategien, mit Hilfe derer diese Grundlagen in die Tat umgesetzt werden sollen.

Das Kommunale Handlungsprogramm in Berlin-Lichtenberg

In Berlin-Lichtenberg wurde ein Kommunales Handlungsprogramm für eine zukunftsfähige Entwicklung des Bezirks erstellt und im November 1997 auf einer öffentlichen Tagung des Forums Umwelt und Entwicklung vorgelegt. Folgende Punkte sind darin enthalten:

1 Leitbild, Leitlinien und Vision

2 Potentialanalyse - Übersicht zu Stärken und Schwächen des Bezirkes Lichtenberg

3 Nachhaltige Entwicklung Lichtenberg: Handlungsfelder und Maßnahmen

4 Lichtenberger Projektkatalog

5 Die Umsetzung des Handlungsprogramms in Lichtenberg

Lokale Agenda 21 Berlin-Köpenick

Am 27. Januar 1998 übergab der Bürgermeister den zweiten abgestimmten Arbeitsentwurf "Lokale Agenda 21 Köpenick" der Bevölkerung dieses Bezirkes von Berlin auf einer öffentlichen Veranstaltung des Forum Umwelt & Entwicklung Köpenick.

Damit soll der örtliche Konsulationsprozeß begonnen werden. Es ist beabsichtigt, bis zu 25.000 Menschen in diesem Prozeß der Bürgerbeteiligung bis 1999 miteinzubeziehen. Erst dann soll die Lokale Agenda von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen werden. Parallel dazu sollen die ersten schon aufgestellten Maßnahmen durchgeführt werden. Der Arbeitsentwurf enthält folgende Punkte:

1 Leitbilder zur zukunftsfähigen Entwicklung des Bezirks Köpenick von Berlin

2 Themenfelder, darunter jeweils: Bestandsaufnahme, Zielsetzung, Maßnahmen, Differenzstandpunkte

3 Entwicklung eines Systems von Nachhaltigkeitsindikatoren

4 Vorschläge zur Weiterarbeit

Die Inhalte des kommunalen Aktionsplans sind

- das im Konsens zwischen den örtlichen Akteuren gefundene Leitbild für die langfristige Entwicklung der Gemeinde,
- die im örtlichen Dialog verabredeten, nach Prioritäten gegliederten Ziele mit Zielwerten und Zielzeitpunkten als Etappen auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde,
- die Instrumente und Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele, einschließlich der zuständigen Akteure und der Herkunft der erforderlichen Mittel,
- die Kriterien und Verfahren zur Erfolgskontrolle wie z.B. Indikatoren, anhand derer die Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde sowie die Erreichung der Ziele gemessen werden soll.

Rolle des Aktionsplans

Lokale Agenda-21-Prozesse sind keine klassischen Planungsverfahren und laufen daher nicht nach einem standardisierten Muster ab. Vielfältig sind die örtlichen Konzepte, nach denen die in diesem Handbuch vorgestellten Elemente einer Lokalen Agenda 21 in unterschiedlicher Weise angeordnet, in den Vordergrund gestellt und miteinander in Beziehung gesetzt werden.

Tendenziell können 3 Varianten von Konzepten für lokale Agenda-21-Prozesse beobachtet werden. Entsprechend unterschiedlich ist die Rolle, die ein kommunaler Aktionsplan innerhalb der existierenden Agenda-Prozesse einnimmt.

Variante I: Lokaler Agenda-Plan als neues Instrument der Kommunalplanung (Der systematische Weg)

Ziel ist die Zusammenstellung und breite Verankerung eines Aktionsplans, welcher neben Leitbildern, Zielen und Indikatoren auch Maßnahmen einschließlich deren Umsetzungsplanung enthält.

Die Verwaltung hat eine besondere Aufgabe bei der Bestandsaufnahme und beim Entwurf des Aktionsplans.

Die Bevölkerung wird an der Erstellung beteiligt und bezüglich des Entwurfs für den Aktionsplan konsultiert. Starke Akteure außerhalb der Verwaltung sind gewünscht und werden systematisch in die Zielsetzung einbezogen, damit sie an der Umsetzung mitwirken werden.

✓ Dieser Weg eignet sich besonderes für Kommunen ohne längere Tradition der Entwicklungsplanung und Bürgerbeteiligung. Die Konzentration auf die Erstellung und Verabschiedung eines Dokumentes schafft politische Verbind-lichkeit und ermöglicht eine klare Erfolgskontrolle.

✘ Wie bei allen Plandokumenten ist auch der lokale Aktionsplan für die Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde nicht vor einem Vollzugsdefizit sicher. Die Erstellung eines umfassenden Dokumentes mit einer Vielzahl von Beteiligten benötigt von diesen eine hohe Motivation, die unter Umständen bei der Umsetzung nicht mehr vorhanden ist.

Variante II: Aufbau auf vorhandenen Planungsinstrumenten (Der strategische Weg)

Ziel ist es, vorhandene Planungsinstrumente als Transportmittel für die Verankerung der Zukunftsbeständigkeit zu nutzen. Lokale Agenda heißt hier hauptsächlich, Lücken zu schließen und Integration der Themen durch die Einführung der noch fehlenden Aspekte in Fachplanungen zu erreichen. Der Aktionsplan hat hier die Rolle einer "Klammer", mittels der die verschiedenen Wege und Strategien beschrieben und zusammengehalten werden.

Die Verwaltung erkennt ihre Aufgabe in der breiten Umsetzung der allgemeinen Ziele.

Die Bevölkerung wird immer wieder gezielt und sachbezogen in die jeweils anstehenden Verfahren und Entscheidungen einbezogen.

Dabei soll die Umsetzung von Einzelmaßnahmen und Projekten durch Zusam-

✓ Das kommunalpolitische System kann gut mit diesem Ansatz umgehen und dabei "erzogen" werden. Gelingt es, die strategisch wirklich wichtigen Planungen zu beeinflussen, erübrigen sich aufwendige Einzelmaßnahmen und Aktionen. Sobald entsprechende Grundsatzbeschlüsse gefällt sind, besteht eine relativ hohe Unabhängigkeit von einzelnen Personen.

✘ Es ist schwieriger, neue Akteure anzusprechen, da der motivierende Reiz der "besonderen Aktion" fehlt. Erforderlich ist eine bereits entwikkelte Tradition der Stadt- und Fachplanung und des kommunalen Umweltschutzes. Die Zusammenführung der einzelnen Strategien zu einer integrierten Kommunalentwicklung gelingt nicht immer oder ist zumindest schwerer sichtbar.

menarbeit von Akteure aus einzelnen Handlungsbereichen angeregt werden.

Variante III: Agenda-Prozeß als Anlaß, viele Akteure zu vielen guten Aktivitäten anzuregen (Der aktionsbezogene Weg)

Ziel ist es hauptsächlich, das Thema in der Öffentlichkeit so zu plazieren, daß viele Akteure zu vielfältigen Aktivitäten angeregt werden. Eine allgemeine Diskussion über Leitbilder, Indikatoren etc., findet weniger statt. Die Aufstellung eines Aktionsplans für die zukunftsbeständige Entwicklung der Gemeinde ist ausdrücklich nicht beabsichtigt. Die Lokale Agenda ist hier ein von Öffentlichkeitsarbeit, Dialog und der Umsetzung von Projekten geprägter Prozeß.

✓ Erfolge sind schnell sichtbar, Organisationsformen oft nicht so wichtig. Lokale Agenda wird sehr positiv besetzt durch Aktionen, die nicht "weh tun", Leitbilder können sich als Ergebnis von Dialog und Bewußtseinsänderungen ergeben.

✘ Art und Ausmaß der Aktivitäten orientieren sich eher an der Machbarkeit und den gerade aktiven Personen/Institutionen, weniger an systematisch gefundenen Prioritäten. Eine Erfolgskontrolle ist schwierig, weil Ziele oft nicht explizit beschlossen sind. Es besteht die Gefahr, daß die Lokale Agenda ein Strohfeuer bleibt oder puren Aktionismus darstellt.

Die Verwaltung versteht sich als Motor nach innen und nach außen und nimmt durchaus neuartige Rollen wie die des/der Moderators/in oder des/der Mediators/in an.

Die Bevölkerung steht in ihrer Eigenschaft als Handelnde des täglichen Lebens im Zentrum des Prozesses. Sie soll zum Nachdenken, zu einem Bewußtseinswandel und in der Folge zu Verhaltensänderungen animiert werden.

Mehr als von den genannten Vor- und Nachteilen hängt es letzlich von den aktuellen politischen Konstellationen und den Persönlichkeit der Aktiven ab, welche Schwerpunkte gewählt werden. Eine falsche oder richtige Variante gibt es (noch) nicht, für Analysen der Wirksamkeit ist es in Deutschland noch zu früh. Ein Rat sei dennoch gegeben:

Welcher Tendenz die eigene Vorstellung, das eigene Konzept einer Lokalen Agenda 21 auch am ehesten folgen mag: Die jeweils anderen Wege und Möglichkeiten sollten nicht aus den Augen verloren werden.

Das Wirkungspotential des Aktionsplans

21

Der Auftrag der Weltstaatengemeinschaft an die Kommunen der Welt, eine Lokale Agenda 21 aufzustellen, hat seit 1992 bereits eine unglaubliche Wirkung entfaltet.

Mehrere Tausend Kommunen auf allen Kontinenten der Erde arbeiten zusammen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern an langfristigen Aktionsprogrammen für eine zukunftsbeständige Entwicklung - und täglich werden es mehr. Die Bewegung, die die UN-Konferenz von Rio mit der Lokalen Agenda 21 ausgelöst hat, ist damit einmalig in der Geschichte: Nie zuvor haben Kommunen unterschiedlichster Größe, Lage und Kultur ihre Entwicklung auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet.

Dieses Ziel ist nicht einfach die Verbesserung der Lebens*qualität* der örtlichen Bevölkerung - zumindest nicht im traditionellen Sinne von materiellem Wohlstand - sondern die Verbesserung der Lebens*grundlagen* vor Ort - und dies an allen Orten zugleich und auf lange Sicht.

Auch in Deutschland ergreifen seit einigen Jahren immer mehr Städte, Gemeinden und Landkreise die Initiative zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21.
20 von ihnen nahmen zwischen 1996 und 1998 an einem Forschungsprojekt des Umweltbundesamtes teil, das die *Umweltwirksamkeit kommunaler Agenda-21-Pläne* zum Gegenstand hatte.

Umweltwirksamkeitspotential

So zahlreich die begonnenen Prozesse zur Aufstellung Lokaler Agenden auch in Deutschland mittlerweile sein mögen: Ein Dokument - einen fertigen Aktionsplan für eine zukunftsbeständige Kommunalentwicklung - haben erst einzelne Gemeinden erreicht.

Ihre Umweltwirksamkeit kann eine Lokale Agenda 21 erst im Laufe der Jahre und Jahrzehnte ihrer Umsetzung entfalten. Ob sie diese Wirkung jedoch überhaupt jemals entfalten kann, hängt nicht vom Zufall ab, sondern von ihrem *Umweltwirksamkeits-Potential*.

Daß eine Lokale Agenda 21 mehr als nur *Umwelt-*Wirkungen erzielen soll, ist klar. Klar ist aber auch, daß eine noch so optimale wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gemeinde nur zukunftsbeständig sein kann, wenn sie auf der Basis der ökologischen Tragfähigkeit stattfindet: Die Umwelt stellt den limitierenden Faktor dar. Ein Aktionsprogramm ohne *Umweltwirksamkeits-Potential* ist deshalb auch keine Lokale Agenda 21.

Unter diesem Gesichtspunkt wurden die lokalen Agenda-21-Prozesse der 20 Kommunen, die an dem oben genannten Forschungsprojekt des Umweltbundesamtes teilnahmen, exemplarisch beobachtet. Dabei wurden Kriterien entwickelt, die eine Einschätzung darüber ermöglichen sollen, ob ein lokaler Agenda-21-Prozeß so angelegt ist, daß der daraus entstehende Aktionsplan überhaupt Umweltwirkungen entfalten kann - also ein *Umweltwirksamkeits-Potential* hat.

Die Kriterien werden im folgenden erklärt. Sie können von jeder Gemeinde benutzt werden, um selbstkritisch das *Umweltwirksamkeits-Potential* des eigenen Agenda-Prozesses einzuschätzen.

Kriterien für das Umweltwirksamkeitspotential

Maß der Ausrichtung der Ziele auf Zukunftsbeständigkeit/Nachhaltigkeit

Sind die Ziele, die zur Zielerreichung bestimmten Maßnahmen und die Indikatoren zur Umsetzungskontrolle nicht nur auf Umweltqualität, sondern auf Zukunftsbeständigkeit ausgerichtet?

(1) Konsequenz

Nicht jedes verabredete Ziel dient auch der Zukunftsbeständigkeit der Gemeinde. Die in einer Lokalen Agenda 21 formulierten Ziele müssen sich an den Managementregeln einer nachhaltigen Ressourcennutzung orientieren, einfach gesagt: daran, ob von den "Zinsen" gelebt wird oder vom "Kapital".

(2) Integriertheit

Zielkonkurrenzen blockieren in der Regel die Umsetzung. Mit ihnen muß daher offen umgegangen werden. Umweltwirkungen können nur erreicht werden, wenn ökologische Ziele mit wirtschaftlichen und sozialen Zielen abgestimmt sind.

(3) Langfristigkeit

Tiefgreifende Veränderungen werden auch vor Ort nicht über Nacht erreicht. Soll die Lokale Agenda 21 Lösungen für die echten Probleme vor Ort finden helfen, muß sie die Verständigung auf langfristige und vorsorgeorientierte Ziele enthalten.

(4) Globaler Beitrag

Die Zukunftsbeständigkeit einer Kommune entscheidet sich zu einem erheblichen Teil an ihrem Beitrag zur globalen Zukunftsbeständigkeit. Nur eine Gemeinde, die sich ihrer Auswirkungen auf die globale Entwicklung bewußt ist, kann sicherstellen, daß die lokalen Umweltwirkungen nicht lediglich auf Kosten anderer Regionen erreicht werden.

Umsetzungspotential der aufgestellten Aktionspläne

Ein kommunaler Agenda 21-Plan kann nur in dem Umfang umweltwirksam werden, in dem die Maßnahmen tatsächlich realisierbar, das heißt finanzierbar sind. Es kommt also auf die Koordinierung der umweltrelevanten Maßnahmen untereinander, mit anderen Maßnahmen sowie der Raum- und Finanzplanung an.

(5) Beschluß

Die Zukunftsbeständigkeit des Gemeinwesens muß beschlossene Sache sein, wenn sie als langfristiges Ziel der Kommunalentwicklung Wirkung entfalten soll. Wie andere kommunale Programme muß eine Lokale Agenda 21, damit sie umgesetzt wird, vom gewählten Rat beschlossen werden. Dies gilt für das Aktionsprogramm selbst, aber auch bereits für den Prozeß seiner Aufstellung.

(6) Konkretheit

Ziele werden am ehesten dann umgesetzt, wenn sie konkret, d.h. anhand von Indikatoren meßbar und damit nachprüfbar sind und Zielzeitpunkte enthalten. Allgemein formulierte Absichtserklärungen haben hingegen kaum bindenden Charakter. Je konkreter die in einer Lokalen Agenda 21 formulierten Ziele sind, desto größer ist ihr Wirkungspotential.

(7) Handlungsorientiertheit

Die Lokale Agenda 21 ist ein kommunales *Aktions*programm. Neben möglichst konkreten Zielen müssen auch Wege - Maßnahmen oder Maßnahmenbündel - benannt werden, wie diese Ziele bis wann von wem umgesetzt werden.

(8) Verbindlichkeit

Ihre volle Wirkung entfaltet eine Lokale Agenda erst im Zusammenspiel mit allen bereits vorhandenen kommunalpolitischen Instrumenten und Routinen. Ihre Ziele müssen daher für alle Fachplanungen und nachfolgenden politischen Entscheidungen verbindlich sein.

(9) Effizienz

Nicht immer ist die spontan favorisierte Maßnahme auch diejenige, mit der im Hinblick auf die Zielerreichung die finanziellen Mittel optimal eingesetzt werden. Gerade in Zeiten knapper Kassen wird die Lokale Agenda 21 dann am meisten Wirkung entfalten, wenn Maßnahmenalternativen auf ihre Kostenwirkung hin miteinander verglichen und die effizientesten Maßnahmen ausgewählt werden.

(10) Finanzierung

Um wirken zu können, müssen Maßnahmen umgesetzt werden, und um umgesetzt werden zu können, muß die Höhe der dafür erforderlichen finanziellen Mittel, ihre Verfügbarkeit und Herkunft klar benannt werden. Andernfalls bleiben die besten Maßnahmenvorschläge fromme Wünsche.

(11) Erfolgskontrolle

Jedes kommunale Aktionsprogramm erfordert die Festlegung irgendeiner Form der Berichterstattung darüber, wie weit die vereinbarten Ziele in einem bestimmten Zeitraum umgesetzt wurden. Eine solche Erfolgskontrolle erfolgt üblicherweise anhand von Indikatoren. Sie motiviert zur Umsetzung und hilft Defizite zu erkennen - und erhöht damit die Wirksamkeit.

Durchsetzungspotential der aufgestellten Aktionspläne

Kommunale Agenda 21-Pläne können nur in dem Maße (umwelt-)wirksam werden, wie sie auch durchgesetzt werden können, also Akzeptanz seitens der Bürger/innen und der an der Umsetzung beteiligten gesellschaftlichen Gruppen erfahren. Das Maß an erzieltem Konsens, an Akzeptanz und Umsetzungsbereitschaft bei den gesellschaftlichen Akteuren bestimmt also maßgeblich das Umweltwirksamkeits-Potential des Aktionsplans.

(12) Politischer Konsens

Bei allen Ratsentscheidungen im Rahmen einer Lokalen Agenda 21 - von ihrer Aufstellung bis zur Umsetzung - sollte der größtmögliche politische Konsens gesucht werden. Einstimmige Beschlüsse sind ein stabileres Fundament für ein wirkungsvolles Aktionsprogramm als 51%-Mehrheiten.

(13) Relevanz

Eine Lokale Agenda 21 darf nicht zu einer Sammlung von Zielen für all diejenigen Bereiche der Kommunalentwicklung werden, die in der Tagespolitik vernachlässigt werden. Die formulierten Ziele müssen sich auf die wichtigsten örtlichen Probleme beziehen.

(14) Bürgerschaftlicher Konsens

Die Einbeziehung möglichst weiter Teile der örtlichen Bevölkerung in den Dialog über Wege zur zukunftsbeständigen Gemeinde entscheidet allein noch nicht über die Wirksamkeit einer Lokalen Agenda 21. Das Maß an erreichtem Konsens zeigt sich am deutlichsten in konkreten Verpflichtungen einzelner Akteure und Akteursgruppen zur Umsetzung von Maßnahmen.

Kriterien und Leitfragen zur Einschätzung des Umweltwirksamkeitspotentials einer Lokalen Agenda 21

1	**Konsequenz**	Orientieren sich die Ziele an einer nachhaltigen Ressourcennutzung?
2	**Integriertheit**	Sind ökologische Ziele mit wirtschaftlichen und sozialen Zielen abgestimmt?
3	**Langfristigkeit**	Sind die formulierten Ziele langfristig? Sind sie vorsorgeorientiert?
4	**Globaler Beitrag**	Werden die Auswirkungen kommunaler Entwicklung auf die globale Entwicklung gemessen?
5	**Beschluß**	Wurde die Aufstellung der Lokalen Agenda 21 vom Rat beschlossen? Wurde das Aktionsprogramm vom Rat beschlossen?
6	**Konkretheit**	Sind genannten Ziele konkret, meßbar, mit Zielzeitpunkten verknüpft?
7	**Handlungsorientiertheit**	Werden Maßnahmen oder Maßnahmenbündel zur Zielerreichung genannt?
8	**Verbindlichkeit**	Sind die vereinbarten Ziele verbindlich für alle Fachplanungen und nachfolgenden politischen Entscheidungen?
9	**Effizienz**	Wird die Kostenwirksamkeit der Maßnahmen genannt?
10	**Finanzierung**	Werden Höhe, Verfügbarkeit und Herkunft der finanziellen Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen genannt?
11	**Erfolgskontrolle**	Wird die Zielerreichung anhand von Indikatoren gemessen?
12	**Politischer Konsens**	Mit welcher Mehrheit wurden die Beschlüsse gefaßt?
13	**Relevanz**	Beziehen sich die Ziele auf die prioritären Pro-bleme vor Ort?
14	**Bürgerschaftlicher Konsens**	Verpflichten sich örtliche Akteure und Akteursgruppen zur Umsetzung von Maßnahmen?

ICLEI 1998

Jede Gesellschaft befindet sich in ständiger Veränderung. Was heute noch für die Zukunftsbeständigkeit einer Gemeinde als unabdingbar erkannt wird, spielt möglicherweise in einigen Jahrzehnten - und dies ist immerhin der zeitliche Horizont einer Lokalen Agenda 21 - keine Rolle mehr. Was heute noch nicht vorstellbar ist, erhält womöglich zentrale Bedeutung.

Zukunftsbeständigkeit bleibt damit langfristig ein Ziel. Wie alle anderen Gleichgewichtszustände wird sie nicht wirklich jemals erreicht werden. Die ständige Bemühung um eine Annäherung an sie ist jedoch eine menschliche Überlebensfrage.